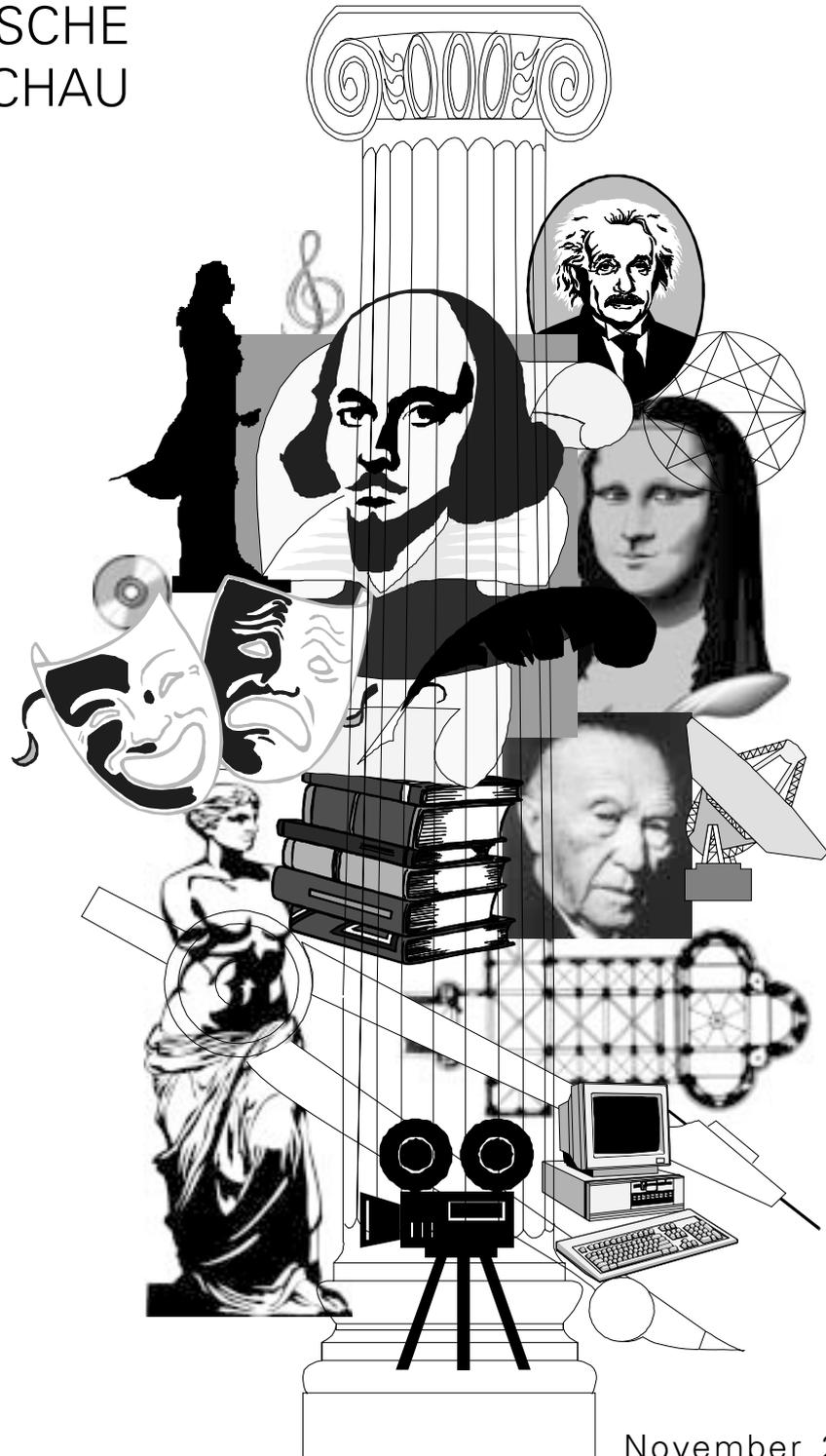
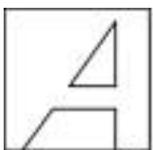


IM GESPRÄCH

KULTURPOLITISCHE
UMSCHAU



November 2001



Konrad
-Adenauer-
Stiftung



IM GESPRÄCH

KULTURPOLITISCHE UMSCHAU

Heft 10 - November 2001

INHALT

■ Zur Einführung	2
<i>Anton Pfeifer, MdB, Staatsminister a.D. Stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.</i>	
■ Berichte aus der Kulturpolitik:	7
<i>Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion</i> 7	
<i>Aus den Ländern</i> 18	
■ Kulturpolitik in der Presse	23
<i>Deutschland/Allgemeine Trends</i> 23	
<i>Finanzierung/Sponsoring allgemein</i> 28	
<i>Kulturpolitik im Bund</i> 31	
<i>Auswärtige Kulturpolitik</i> 33	
<i>Beutekunst</i> 35	
<i>Kulturpolitik in den Ländern</i> 35	
<i>Parteien, Verbände, Stiftungen</i> 39	
<i>Kulturpolitik im Ausland</i> 40	
<i>Personalien</i> 41	
<i>Zitate</i> 41	
<i>Zwischenruf</i> 42	
<i>Die Veranstaltung</i> 50	
<i>Aus kulturpolitischen Kulturzeitschriften</i> 54	
<i>Rezensionen</i> 54	
■ Letzte Meldungen	59
■ Hinweis der Redaktion	60

IMPRESSUM

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
HA Innenpolitik und
Soziale Marktwirtschaft
Rathausallee 12
D-53757 Sankt Augustin
Telefon (02241) 246-302 + 246-475
Telefax (02241) 246-694
E-Mail: barbara.kretschmer@kas.de
Internet: <http://www.kas.de>

Redaktion
PD Dr. Jörg-Dieter Gauger
(verantwortl.)
Barbara Kretschmer

Satz u. Layout
Barbara Kretschmer

Die Zeitschrift erscheint in unregelmäßiger Folge

ISSN 1439-7188

ZUR EINFÜHRUNG

Kulturförderung in Deutschland

von Anton Pfeifer, MdB, Staatsminister a.D.
Stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Als

- am Beginn dieser Legislaturperiode des Bundestags die Bundesregierung nach dem Regierungswechsel im Herbst 1998 ankündigte, die Kultur werde in der Bundespolitik einen neuen Stellenwert erhalten,

als gleichzeitig im Deutschen Bundestag ein Kulturausschuss gegründet wurde,

- und als in der Bundesregierung ein neues Amt des Beauftragten für die Kulturpolitik eingerichtet wurde,

waren die Erwartungen groß. Von einem neuen kulturellen Aufbruch war die Rede, von einem neuen Dialog zwischen Kultur, Geist und Politik, es sollten bessere Voraussetzungen für die Mitarbeit der schöpferischen Eliten an den großen gesellschaftlichen Aufgaben des herausziehenden 21. Jahrhunderts geschaffen werden und vor allem: die Rahmenbedingungen für die auswärtige Kulturpolitik sollten finanziell und organisatorisch grundlegend verbessert werden, kein Goethe-Institut mehr geschlossen und der Wissenschaftsaustausch ausgebaut werden.

Ich möchte hier nicht versuchen, eine Bilanz über die Verwirklichung dieser hochgesteckten Ziele zu ziehen. Da macht sich ohnehin jeder seine eigenen Gedanken, zumal nach den drastischen Kürzungen im Kulturretat des Bundes – sie betragen allein von 1999 bis 2003 nach den eigenen Bekundungen der Bundesregierung über 10 % - die Diskrepanz zwischen den verbalen Ankündigungen und den realen Entwicklungen viele hautnah zu spüren bekommen haben. Und zumal einige der Entscheidungen der Bundesregierung wie die drastischen Einschnitte bei der sozialen Sicherung der Künstler in der Künstlersozialversicherung ausgerechnet von einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung gewiss niemand erwartet hätte.

Der Deutsche Kulturrat hat aufgrund dieser realen Entwicklungen bereits die Befürchtung formuliert, "der zuvor bestehende Konsens, dass Kunst und Kultur zum Fundament der Gesellschaft gehören und dass deshalb die direkte und indirekte Förderung von Kunst und Kultur eine Investition für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft ist",

könne verloren gehen oder aufgeweicht werden.

Soweit ist es nicht gekommen, und ich möchte mich auch nicht an die Klagemauer stellen und darüber klagen, dass die Kulturpolitik in der konkret gestalteten Politik des Bundes jegliche prioritäre Position verloren hat. Wer den Stellenwert, den die Kulturförderung in sozialdemokratisch regierten Ländern und Gemeinden einnimmt, nicht völlig aus dem Auge verloren hatte, konnte an die hohe Priorität, welche die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung für die Kulturförderung versprochen hatte, ohnehin nicht glauben.

Wichtig ist mir dagegen folgendes: Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland in der Förderung von Kunst und Kultur ein hohes Maß an Grundkonsens über alle Parteigrenzen hinweg.

Zu diesem Konsens gehört, dass Kunst und Kultur signifikant und formend sind für unsere Identität als Kulturnation, zu diesem Konsens gehört, dass aus Kunst und Kultur Werte und Wertvorstellungen erwachsen, die für den einzelnen und für das Zusammenleben in der Gemeinschaft von eminenter Bedeutung sind, zu diesem Konsens gehört, dass Kulturförderung daher zu den identitätsstiftenden Investitionen für eine humane Zukunft unserer Gesellschaft gehört und zu diesem Konsens gehört auch, dass ohne den Kulturstandort Deutschland auch ein attraktiver Wirtschaftsstandort Deutschland nicht denkbar ist. Diese Nütz-

lichkeitserwägung muss erlaubt sein, auch wenn ich weiß, dass man gerade in der Kulturpolitik mit derartigen Nützlichkeits-erwägungen zurückhaltend sein sollte.

Diesen Konsens sollten wir uns bewahren, für diesen Konsens gilt es das Bewusstsein zu mehren, und dieser Konsens muss dann auch in der Politik zu glaubhaften Ergebnissen führen.

Dringend notwendig ist dabei eine Klarstellung der Aufgaben des Bundes in der Kulturpolitik, zumal angesichts der neu auf-gekommenen Diskussion über die Errichtung einer Nationalstiftung und ihre inhaltliche Auf-gabenstellung. Hier ist große Sorgfalt und zumindest zu eini-gen der für sie geplanten, aber noch unklaren Aufgabenstellun-gen eine sorgfältige Diskussion notwendig ist. Ich kann die Län-der nur auffordern und ermuti-gen, hier sehr genau ihre Positi-on zu formulieren, wenn sie überhaupt noch Einfluss nehmen wollen auf die gesamtstaatliche kulturpolitische Entwicklung. Eines allerdings muss dabei auch gesagt werden: eine Natio-nalstiftung errichten zu wollen mit kläglichen 25 Millionen DM, die jetzt im Bundeshaushalt 2002 vorgesehen sind und für welche Reduzierungen an ande-ren Etatposten vorgenommen werden sollen, das deutet nicht auf eine neue große kulturpoli-tische Initiative hin, auch wenn die 25 Millionen nur als An-fangsfinanzierung gedacht sind.

In den Kontext dieser Überle-

gungen gehört schließlich auch ein Wort zur Kulturförderung in Berlin. Es gibt in diesem Zusam-menhang immer wieder Stim-men, die von der Förderung einer Kulturhauptstadt sprechen. Dazu habe ich eine eindeutige Meinung: Wir haben in Deutsch-land keine Kulturhauptstadt, und ich möchte auch keine haben. Der Reichtum und die Vielfalt unserer Kultur kommt auch dar-in zum Ausdruck, dass wir in Deutschland anders als bei-spielsweise in anderen europäi-schen Ländern viele lebendige, dynamische Kulturzentren ha-ben, in denen sich spannende Kulturentwicklung oftmals kon-trovers, oftmals kooperativ, aber eben immer kreativ entwickelt. Diese Zentren sind nicht Pro-vinz, wie es der frühere Staats-minister für Kultur mit der un-säglichen Diskreditierung der Kulturhoheit der Länder als "Verfassungsfolklore" insinu-ierte.

Deshalb ist nicht nur die Vor-stellung von einer Kultur-hauptstadt Berlin falsch, auch gegenüber dem Begriff Haupt-stadtkultur ist Skepsis am Platz. Im Kern geht es um nichts an-deres als um die Kulturförderung in Berlin, dessen Kultur auch im Hinblick auf Berlins internatio-nale Bedeutung als eine der gro-ßen europäischen Metropolen und aufgrund seiner Anzie-hungskraft auf viele ausländi-sche Besucher eine besondere Visitenkarte für den kulturellen Reichtum unseres Landes sein muss. Für mich ist deshalb der von der Bundesregierung jetzt eingeschlagene Weg der Kultur-förderung in Berlin, nämlich die

Übernahme einiger Kulturein-richtungen der Stadt in die Fi-nanzierung und Trägerschaft des Bundes, keine überzeugende Po-litik. Im Grunde ist auch dies eine der vielen politischen Fehl-entscheidungen des Vorgängers des jetzigen Staatsminister für Kultur, zumal es ihm ja auch an jeder konzeptionellen, inhaltli-chen Vorstellung darüber fehlte, was in den vom Bund übernom-menen Einrichtungen geschehen soll. In den Medien ist gar nicht zu Unrecht die Frage gestellt worden, ob es ihm mit diesem Konzept nicht doch eher um die kulturelle Selbstdarstellung des Bundes und der Bundesregie-rung gegangen ist als um die Kulturförderung in Berlin. Na-türlich ist es schwer, das wieder zu korrigieren, aber ich hätte es für besser gehalten, wenn die Bundesregierung neben dem Kulturfond, den wir noch in der Regierungszeit von Bundes-kanzler Kohl begründet haben, zusammen mit dem Berliner Se-nat die gemeinsame Verantwor-tung für einige wenige Kultur-einrichtungen der Stadt über-nommen und diese dann in die Lage versetzt hätte, ein künstle-risches Angebot von auch im internationalen Maßstab erst-klassiger Qualität und einer Aus-strahlung weit über die Grenzen unseres Landes hinaus dauerhaft und verlässlich abzusichern.

Richtiger wäre es darüber hin-aus auch gewesen, wenn man mit den Ländern darüber ernst-haft gesprochen hätte, dass die Förderung der Kultur in Berlin auch zu der gesamtstaatlichen Verantwortung für die Kultur unseres Landes gehört, für wel-

che die Länder in der Mitverantwortung stehen oder stehen sollten und deren Wahrnehmung letztlich auch im wohlverstandenen Interesse der Länder liegt.

Die vornehmliche Aufgabe des Bundes in der Kulturpolitik muss es sein, neben den Ländern und den Gemeinden, die ja zusammen über 90 % der öffentlichen Mittel zur Förderung von Kunst und Kultur in unserem Land aufbringen, und neben den privaten Stiftungen und Mäzenen Freiräume und notwendige Rahmenbedingungen für eine lebendige und qualitätvolle Kultur zu entwickeln und sichern. Das heißt, der Bund muss vor allem dort seiner Verantwortung gerecht werden und seinen Beitrag leisten, wo aufgrund der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern im Grundgesetz nur oder vor allem er für gute Rahmenbedingungen sorgen kann. Das ist einmal die Steuergesetzgebung.

Gerade in Zeiten mit begrenzten Etats in der Kulturförderung in Bund, Ländern und Gemeinden brauchen wir neues Nachdenken über Finanzierungsmodelle außerhalb der seitherigen öffentlichen Kulturförderung. Das aber verlangt als erstes, dass das in unserem Land in manchen Teilen des politischen und gesellschaftlichen Spektrums immer wieder latent sichtbar werdende Misstrauen gegenüber privatem Spenderwesen und Mäzenatentum in der Kulturfinanzierung verschwindet. Es ist nicht wahr, dass allein die öffentliche Kulturfinanzierung die künstlerische Unabhängigkeit gewähr-

leistet. Wer sich insbesondere in den verschuldeten Städten noch einen Blick für die Realitäten bewahrt hat, für den ist längst klar, dass neue Finanzierungsmodelle zur langfristigen Sicherung vieler Kultureinrichtungen notwendig sind.

Die Höhe und die Zahl zu vererbender Vermögen ist heute in Deutschland größer als je zuvor. Und es wächst auch die Zahl derer, die es für sinnvoll halten, einen Teil ihres erarbeiteten Vermögens für gemeinnützige Ziele einzusetzen.

Wir haben in den Regierungsjahren von Helmut Kohl insgesamt 13 Gesetze und Verordnungen zur Verbesserung im Stiftungssteuerrecht erlebt, immer wieder in mal größeren, mal kleineren Schritten. Für diese Legislaturperiode war nun eine umfassende und in sich geschlossene Neuregelung dieses Gesetzgebungsbereiches vorgesehen. Die rot-grüne Koalition in Berlin hat auch hier große Ankündigungen gemacht.

Herausgekommen ist bisher nur eine weitere Steuernovelle, die niemand gering achtet, die aber vor allem in einem Punkt weit hinter den Ankündigungen zurückgeblieben ist: von den Neuregelungen im Bereich des Stiftungssteuerrechts ist die zugesagte Neuregelung des Stiftungsrechts erneut abgekoppelt geblieben. Es wurde uns zwar zugesagt, sie komme noch in einem zweiten Schritt in dieser Legislaturperiode, aber ich fürchte, sie liegt längst auf Eis, und es wird für uns notwendig wer-

den, hier einen neuen Anlauf zu initiieren.

Nicht weniger wichtig ist die soziale Absicherung der Künstler und der Angehörigen der künstlerischen Berufe. Das Künstlersozialversicherungsgesetz war ein großer Schritt, der von Bundeskanzler Willy Brandt ganz persönlich initiiert und in den 16 Jahren, in denen Helmut Kohl Bundeskanzler und Norbert Blüm Arbeits- und Sozialminister waren, mit großer Sorgfalt weiterentwickelt worden ist.

Dass nun ausgerechnet der jetzige Bundeskanzler und sein Kulturbeauftragter am Beginn dieser Legislaturperiode in dieses Gesetz mit einer massiven Kürzung des Bundeszuschusses eingeschnitten haben, war kein gutes kulturpolitisches Signal. Und auch wenn seither versucht wurde, wieder einiges zu korrigieren, die Wunde ist noch nicht vernarbt, und sie zeigt letztlich den Rückgang der Bedeutung von Kunst und Kultur in der Gesamtpolitik des Bundes.

Wir werden jetzt eine sorgfältig Bestandsaufnahme der Auswirkungen dieser Gesetzgebung vorbereiten und werden nicht zögern, dort, wo sich die Ergebnisse als unzutraglich erweisen, Korrekturen zu verlangen.

Aus der Vielfalt der Themen, in denen der Bund seine Kompetenzen wahrnehmen kann, möchte ich noch drei weitere herausgreifen, die weniger zum Thema Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur sondern eher in den Bereich der Kulturförde-

zung zählen. Ich meine als erstes die Bewahrung des kulturellen Erbes, aus dem das dichte und vielseitige Kulturangebot auch in unserer Zeit viele fruchtbare Anstöße gewinnen kann. Das ist nicht nur eine Finanzierungsfrage, denn der Substanzverlust, den wir in vielen europäischen Ländern an Kulturdenkmälern erleben, hat seine Ursache häufiger in der rasanten Industrialisierung, der Technisierung vieler Lebensabläufe, dem Verkehrsausbau oder in Eingriffen aufgrund von städtebaulichen und landschaftsplanerischen Neuentwicklungen.

Hier vor allem muss die Kulturpolitik gegenüber den Um- und Abwertungen kultureller Zeugnisse der Vergangenheit entgegenwirken und Bewusstsein dafür schaffen, dass es zwar nicht für jedes, aber doch für viele dieser Zeugnisse unserer Vergangenheit eine Bewahrungspflicht gibt, wenn wir den Anspruch ernst nehmen, Kulturnation zu sein.

Aus dem Programm des Bundes für die Erhaltung der Kulturdenkmäler mit besonderer nationaler Bedeutung haben seit 1950 fast 500 solcher Denkmäler eine substantielle Hilfe für ihre Bestandssicherung erhalten. Ich anerkenne ausdrücklich, dass diese Programme nach dem Regierungswechsel ihre Fortführung, auch in den neuen Ländern erfahren haben. Hier könnte ein Schwerpunkt einer Nationalstiftung liegen, aber eben nicht mit 25 Millionen DM im Jahr.

Im übrigen möchte ich an die-

ser Stelle mich auch nochmals nachdrücklich für die Pflege und Weiterentwicklung des deutschen Kulturgutes aus dem Osten einsetzen. Es handelt sich hier um einen gesetzlichen Auftrag, und ich kann es eigentlich nicht verstehen, warum sich die Bundesregierung hier oftmals eher abwehrend als impulsgebend verhält. Denn nach der Überwindung der Spaltung Europas sind hier doch für die Pflege gerade dieses Kulturbereichs neue Perspektiven entstanden. Es ist doch unübersehbar, dass gerade bei unseren Nachbarn im Osten, beispielsweise in Polen ein großes Interesse besteht, die Geschichte und die Kultur der ehemals ostdeutschen Landschaften aufarbeiten, gemeinsam an der Dokumentation dieser Geschichte zu arbeiten und zu einem regen Austausch unter den Wissenschaftlern zu kommen bei der Gesamtdarstellung der Geschichte, der Baudenkmäler, der Musik, der Literatur und der bildenden Kunst. Das sind Chancen, bei denen es zuzugreifen gilt.

Zum zweiten möchte ich daran erinnern, dass Helmut Kohl und seine Regierung eine wesentliche kulturpolitische Aufgabe darin gesehen haben, in der Bevölkerung und vor allem in der jüngeren Generation die Bereitschaft zur eigenständigen Auseinandersetzung mit unserer Geschichte und die gesellschaftliche Auseinandersetzung über Kernfragen unserer nationalen Identität zu erweitern.

Hierzu hat es eine Vielzahl sehr konkreter Initiativen gegeben, von der Errichtung neuer

Museen bis zur Förderung einer Vielzahl von Stiftungen, ganz besonders der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Ich finde, das sollte Priorität behalten, und deshalb verstehe ich nicht, warum die Zuschüsse beispielsweise zum Bonner Museum für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und seiner Einrichtung in Leipzig jedes Jahr weiter gekürzt werden, mit der Folge, dass demnächst kaum mehr Programmmittel zur Verfügung stehen. Das sollte im kommenden Jahr korrigiert werden.

Ein kulturpolitisches Thema von ganz herausragender Bedeutung ist schließlich die deutsche Sprache.

Für uns stellt sich zunehmend die Frage, ob in Bund, in den Ländern und in unseren Kultur- und Bildungseinrichtungen genug getan wird für die Pflege und die Verbreiterung der deutschen Sprache, für die Fähigkeit unserer Schüler und Studenten, sich in der Muttersprache differenziert und genau auszudrücken.

Es war doch ein Unding, dass in einigen – allerdings sozialdemokratisch regierten Ländern – sogar die jetzt zum Glück wieder korrigierte Möglichkeit geschaffen wurde, die deutsche Sprache vor dem Abitur aus dem Fächerkatalog abzuwählen.

Zur Sprachpflege gehört auch das Lesen und die Förderung des Lesens. Wir haben in der Regierungszeit von Helmut Kohl die Buchpreisbindung aus guten Gründen gegen die Wettbewerbsfetischisten in der EU verteidigt,

erfolgreich verteidigt, und es ist gut, dass die jetzige Bundesregierung diese Position ohne Abstriche aufrecht erhält. Die Aufhebung der Buchpreisbindung hätte das Sterben von vielen kleineren Verlagen und kleineren Buchhandlungen unmittelbar zur Folge.

Wenn der Börsenverein des deutschen Buchhandels jetzt vor einigen Novellierungsregelungen beim Urheberrecht, die von der Bundesregierung vorgeschlagen werden, fast in dramatischer Weise warnt, weil sie die Zukunftsperspektiven von kleineren Verlagen negativ beeinflussen, dann sollte der Gesetzgeber das allerdings genauso ernst nehmen, auch im Interesse z. B. der Autoren, die keine Bestseller, aber wunderschöne, leider oft zu wenig beachtete Poesie schreiben und wohl bei nur auf wirtschaftlichen Erfolg setzendem Verlagswesen kaum eine Chance hätten. Das gleiche gilt für nicht arrivierte, um Anerkennung ringende, vor allem jüngere Autoren.

Das Buch ist keine Ware wie jede andere im Wettbewerb, es ist auch immer Kulturgut, und die kleineren Verlage und Verleger sind bedeutende Träger und Förderer unserer Sprache und Kultur. Unser Land würde kulturell ärmer sein ohne die reiche Palette dieses Verlagswesens, und es würde kulturell ärmer sein, wenn wir die vielen Buchhandlungen in den kleineren Städten oder auf dem Land nicht mehr hätten und mehr und mehr auf die kulturell sprachlose Auswahl und Bestellung über

das Internet angewiesen wären.

Schließlich möchte ich doch noch wenigstens einen Gedanken zu den deutschen Schulen im Ausland vortragen. Der Bundesaußenminister hat uns neue konzeptionelle Überlegungen dazu vorgelegt. Aber alle schön formulierte Rhetorik kann nicht darüber hinweg täuschen, dass die Bundesregierung 1997, also am Ende der Regierungszeit von Helmut Kohl, 380 Millionen DM für unser Auslandsschulwesen bereitgestellt hat. SPD und vor allem die Grünen haben dies damals als unglaublich wenig und als Vernachlässigung der auswärtigen Kulturpolitik bezeichnet, die durch einen Regierungswechsel schnellstens beendet werden müsse.

Jetzt teilt die Bundesregierung mit, dass die Mittel für die Auslandsschulen bis zum Jahre 2006 auf 320 Millionen DM reduziert werden. Rechnet man die jährlichen Inflationsraten in diesen zehn Jahren ein, so bedeutet das eine Reduzierung der Mittel für diese großen deutschen Kulturinstitutionen im Ausland um real ca. 40 %.

Da kann man ja nun von Fördern nicht mehr reden. Wir bereiten deshalb in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion derzeit eine große Anfrage über die Deutschen Schulen im Ausland vor.

Das Beispiel zeigt, dass beim derzeitigen Außenminister Anspruch und Wirklichkeit, rhetorische Ankündigungen und politische Realität in der auswärtigen Kulturpolitik um Lichtjahre auseinander sind.

In diesen gewaltigen politischen, wirtschaftlichen und geistigen Umbrüchen unserer Zeit spüren wir, dass Europa auch eine kulturelle und geistige Identität gewinnen, im Grunde zurückgewinnen muss und dass sich uns geradezu vital die Aufgabe stellt, um diese kulturelle, geistige und sittliche Identität Europas zu ringen und damit auch faszinierender werden für den Dialog und den Austausch mit anderen Kulturen. Gerade zu diesem Dialog möchte ich ermutigen.

(Ausschnitte aus einer Rede gehalten am 18. September 2001 in Erfurt)

BERICHTE AUS DER KULTURPOLITIK Berichtszeitraum Mai bis Oktober 2001

Aus der CDU/CSU- Bundestagsfraktion

1. Mehr Deutsch in der deutschen Sprache

Dr. Norbert Lammert, MdB

Medien- und Kulturpolitischer Sprecher

der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Bitte keine Minderwertigkeitskomplexe

Die öffentliche Diskussion über die zunehmende Überfrachtung der deutschen Sprache vor allem durch Anglizismen ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist die überfällige Antwort auf eine Entwicklung, die immer mehr Menschen mit einer Mischung aus Amusement und Verärgerung verfolgen. Wenn jeder Treffpunkt zum Meeting-Point, jedes Büro zum Office aufgeblasen und jede Auskunft zum Operator in einem Call-Center verwiesen wird, leidet nicht nur die Allgemeinverständlichkeit, sondern vor allem die Ernsthaftigkeit im Umgang mit der eigenen Sprache. Jedenfalls ist der offensichtlich unwiderstehliche Hang, Produkte und Dienstleistungen vorzugsweise mit angloamerikanischem Wortschatz auszustatten, kein Nachweis für Modernität, auch wenn es so wirken soll. Denn diese Anleihen sind eher ein Indiz für Hilflosigkeit als für selbstbewusste Weltläufigkeit - und oft schlicht albern.

Dass die Sprache der Literatur unsere Werbung nicht prägt, will ich nicht beanstanden. Umgekehrt muss die Werbesprache nicht unbedingt die Umgangssprache beherrschen. Der zunehmende Gebrauch nicht einmal in der britischen Umgangssprache verwendeter Begriffe ist völlig unnötig. Es mangelt hier weniger an einer Sprachpolizei als an Kritikfähigkeit im Umgang mit Texten - und an der Zivilcourage, sich gegen offenbaren Unsinn zur Wehr zu setzen.

Sprachen sind lebendig. Sie leben auch von der Begegnung mit anderen Sprachen und von ihrer wechselseitigen Beeinflussung. Das ist gut so. Und dies kann und soll nicht aufgehalten werden. Aber: Es geht immer um das richtige Maß. Dass Preußenkönig Friedrich vorzugsweise die französische Sprache sowohl privat als auch in amtlichen Texten benutzte, hat Preußen offensichtlich nicht geschadet. Im Gegenteil: Die Einflüsse der damals von ihm geförderten Zuwanderung der Franzosen auf die sprachliche Verständigung in

allen Bevölkerungsschichten haben bestimmt zur Entwicklung einer selbstbewussten preußischen Bürgerschaft beigetragen.

Der Staat hat nur begrenzt Einfluss auf sprachliche Entwicklungen in der Gesellschaft, aber immerhin sollte er Fehlentwicklungen mindestens in der Amtssprache begrenzen. Solange Lehrpläne an deutschen Schulen als Curricula verkündet werden, können Deutschlands Kultusminister nicht glaubwürdig in den Kampf zur Erhaltung der deutschen Sprache ziehen. Statt die deutsche Sprache als Wissenschaftssprache für klinisch tot zu erklären, könnte der amtierende Staatsminister für Kultur und Medien als Beauftragter der Bundesregierung dieses Thema auf die Agenda, besser: auf die Tagesordnung der Kulturpolitik setzen und damit zur notwendigen Sensibilität für dieses Thema beitragen.

In einem Land, in dem möglichst alles per Gesetz geregelt werden soll, liegt ein Gesetz zum Schutz der Sprache gewissermaßen in der Luft. Sprache eignet sich jedoch für gesetzliche Regelungen herzlich wenig. Wer die quälende Debatte und die umstrittenen Ergebnisse der Rechtschreibreform nicht völlig verdrängt hat, wird von einem Gesetz - schon allein wegen der komplizierten Kräfteverhältnisse zwischen Bund und Ländern - nichts Überzeugendes erwarten können - Gelassenheit statt Hektik möchte man empfehlen. Zur Pflege und Weiterentwicklung der deutschen Sprache ist weniger staatliche Autorität gefragt als vielmehr das Selbst-

bewusstsein einer Gesellschaft. Für die Menschen darf die eigene Sprache nicht etwas Zufälliges, Beliebiges sein, sondern muss vielmehr die Grundlage ihres Selbstverständnisses und ihrer Verständigung darstellen. Die Gesellschaft darf die Pflege dieser Sprache deshalb nicht an unseriöse Zwischenhändler out-sourcen - eine weitere dieser unsinnigen Wortanleihen.

Das soeben begonnene europäische Jahr der Sprachen mag ein willkommener Anlass sein, die Sprache neu zu entdecken - ob als Mittel, sich die Welt schöpferisch anzueignen oder als Instrument der Integration, ob als Kommunikations- oder als Kunstform. Ich plädiere für weniger Minderwertigkeitskomplexe und mehr Selbstbewusstsein, weniger Gesetze und mehr Kultur - nicht nur im Feuilleton!

2. Kulturförderung ist Verfassungsauftrag

*(Das Parlament vom 11.5.2001)
Dr. Norbert Lammert, MdB*

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein "sozialer Rechtsstaat", d. h., nach unserer Verfassung als Republik, Bundesstaat, Rechtsstaat und Sozialstaat definiert. Nach ihrem Selbstverständnis, der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und der ausdrücklichen Formulierung im Einigungsvertrag soll und will sie zugleich Kulturstaat sein.

Zur kulturellen Vielfalt tragen Bund, Länder und Gemeinden bei und tragen der Tatsache

Rechnung, dass die Bürgerinnen und Bürger die Beschäftigung mit ihrer Geschichte und dem kulturellen Erbe sowie mit zeitgenössischer Kunst zunehmend als sinnstiftendes Lebenselement begreifen. Kunst und Kultur prägen individuelle und gesellschaftliche Identität, ihre Förderung hat auch deshalb Verfassungsrang. Öffentliche Kulturförderung ist Verfassungsauftrag.

In der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist Kultur eine Gemeinschaftsaufgabe, von Bund, von Land und Kommunen. Der Streit zwischen Bund und Land um die vermeintliche "Kulturhoheit" ist doppelt absurd: zum einen finanzieren die Kommunen fast die Hälfte der öffentlichen Kultur Ausgaben und damit fast genau so viel wie Bund und Land zusammengenommen, zum anderen ist das Verhältnis der Politik zur Kultur kaum missverständlicher auszudrücken als durch den Begriff der "Kulturhoheit". Ein Staat, der der Kultur mit hoheitlicher Gebärde begegnet, ist sicher kein Kulturstaat.

Unbeschadet der besonderen Verantwortung der Länder für Bildung, Kunst und Kultur hat der Bund von Beginn an und unbestritten Aufgaben der Auswärtigen Kulturpolitik, aber auch der institutionellen oder projektorientierten Förderung kultureller Institutionen und Ereignisse im Inland wahrgenommen. Seit Beginn der 80er Jahre ist die Förderung bis heute im Gesamtvolumen etwa verdreifacht worden, besonders intensiv und auf-

fällig im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit.

Die unbestrittene Verantwortung der Länder und der Kommunen insbesondere in der Kulturförderung wird durch ein stärkeres kulturpolitisches Engagement des Bundes nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern im Ergebnis gestärkt. Der Bund ist zur Sicherung einer flächendeckenden Versorgung mit Kultureinrichtungen (Theater, Orchester, Museen, Volkshochschulen, Bibliotheken, Musikhochschulen usw.) weder verpflichtet noch legitimiert; zur Sicherung des Erhalts von Denkmälern und Kultureinrichtungen von nationaler und internationaler Bedeutung ist er nicht nur legitimiert, sondern als Kulturstaat auch verpflichtet.

Die Bundesrepublik Deutschland muss ihr Selbstverständnis als Kulturstaat in besonderer Weise in ihrer Hauptstadt deutlich machen, darf Kulturförderung des Bundes aber nicht auf Hauptstadtförderung reduzieren. Kulturfinanzierung in Berlin bleibt vorrangig Aufgabe des Landes. Mittelzuweisungen des Bundes dürfen daher nicht zu Kürzungen im Landeshaushalt für Kunst und Kultur führen. Die herausragende kulturpolitische Aufgabe des Bundes in Berlin und darüber hinaus ist die Förderung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Kriterium der Bundesförderung ist die herausragende nationale Bedeutung und die daraus gegebenenfalls abzuleitende Hauptstadtfunktion. Vereinbarungen des Bundes mit dem Land Berlin müssen die Flexibi-

lität aufweisen, die zur ständigen Überprüfung der Förderungswürdigkeit notwendig ist. Die Beteiligung des Bundes an der Kulturfinanzierung in Berlin beschränkt sich nicht auf Institutionen, sondern muss für aktuelle Projekte von herausragender Bedeutung ausreichend Spielraum lassen und zugleich neue Förderschwerpunkte ermöglichen.

Rahmenbedingungen

Politik ist nicht für Kultur verantwortlich, sondern für die Bedingungen, unter denen sie stattfindet. Wesentliche Aufgaben der Kulturpolitik sind die Sicherung der Freiheit kultureller Entwicklung sowie der kulturellen Grundversorgung, die Pflege des kulturellen Erbes, die Innovationsförderung sowie die Förderung der kulturellen Bildung.

Die zur Verwirklichung dieser Aufgaben vorhandenen kulturpolitischen Instrumente müssen überprüft und neue innovative Instrumente entwickelt werden. Die Entwicklung von Kunst und Kultur ist aber auch entscheidend von allgemeinen rechtlichen Rahmenbedingungen wie dem Steuerrecht, Arbeits- und Sozialrecht und Urheberrecht bestimmt.

Auch diese Rahmenbedingungen müssen immer wieder auf ihre kulturellen Wirkungen hin überprüft und zur Förderung von Kultur verbessert werden.

Kulturpolitik ist eine besonders sensible Gestaltungsaufgabe des Staates, die von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsame und jeweils eigenverantwortlich wahrgenommen werden muss. Ein freiheitlicher

Staat, der die Freiheit der Kunst in seiner Verfassung ausdrücklich garantiert, muss inhaltliche Vorgaben und Festlegungen vermeiden und zugleich Entwicklungsmöglichkeiten für Kunst und Kultur eröffnen.

Für Selbstinszenierungen eignet sich die Kulturpolitik am wenigsten, aber die Versuchung ist offenkundig irgendwo größer als hier. Aber gerade in der Kulturpolitik geht es weniger um Verpackung als um Inhalte, nicht um Wirbel, sondern um Wirkung.

Kultur bedarf nicht der Legitimation durch Politik, wohl aber die Politik der Legitimation durch Kultur. Kulturpolitik ist – wenn sie seriös erfolgt – kein Feuerwerk, sondern ein Handwerk. Kulturpolitiker benötigen, um wirksam zu sein, die Einsicht in die eigene künstlerische Bedeutungslosigkeit, die menschliche Größe dies zu ertragen und das fröhliche Selbstbewusstsein, anderen Freiräume für Kunst und Kultur zu schaffen.

Kultur ist von großer ökonomischer Relevanz. Ihr Wert und ihre Bedeutung bestimmen sich allerdings nicht über den Markt, und schon gar nicht allein. Die Kulturwirtschaft hat inzwischen eine wesentlich höhere Wertschöpfung als der Bergbau – beides öffentlich subventionierte "Wirtschaftszweige".

Kultur findet nicht nur in großen Häusern statt, Theatern, Opern und Museen, sondern im Alltag. Auch deshalb ist die so genannte Soziokultur ein wichtiger Bestandteil der Kulturszene und damit auch der Kulturförderung. Auch hier gilt: Kul-

tur kostet Geld, öffentliches und privates, wobei der Einsatz von Steuergeldern immer öffentlich rechenschaftspflichtig ist, auch in der Kultur. Die Sanierung öffentlicher Haushalte aber kann nicht durch Kürzung der Kultur Ausgaben erfolgen.

Kunst und Politik sind keine natürlichen Zwillinge. Ihr Verhältnis gilt allgemein als schwierig; es muss geradezu gespannt sein, um nicht unter Verdacht zu geraten. Diesem Spannungsverhältnis von Kunst, Kultur und Politik verdankt nicht zuletzt der Deutsche Bundestag einige seiner vielleicht aufregendsten – und aufgeregtsten – Debatten: Die Diskussionen um Christos Verhüllung des Reichstages, um die Errichtung des Mahnmals zum Gedenken an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus und um die Realisierung des Projektes von Hans Haacke im Lichthof des Reichstagsgebäudes. Immer wieder wurde hier deutlich, dass die Kunst sich mit Politik und die Politik mit Kunst befassen muss. Die wechselseitige Bereitschaft zur Toleranz, das heißt die Achtung vor dem Urteilsvermögen und der Entscheidungsfreiheit des anderen, hebt das Spannungsverhältnis von Kunst und Politik nicht auf, aber sie macht es erträglich und manchmal sogar ertragreich.

3. Das Medium ist nicht die Botschaft: Im Jahr 2002 wird die Europäische Fernsehrichtlinie novelliert

Dr. Norbert Lammert, MdB

In diesem Sommer hätte der im

Jahre 1980 verstorbene Kulturwissenschaftler Marshall McLuhan seinen 90. Geburtstag gefeiert. Sein Lebensthema waren die Massenmedien. In seinem ersten Hauptwerk "Die Gutenberg-Galaxis", 1962 erschienen, vertrat der kanadische Wissenschaftler die These, die westliche Kultur sei mittlerweile – so der Untertitel – am Ende des Buchzeitalters angekommen. Jede Kultur oder Epoche wird von ihrem Leitmedium geprägt. Das Buch, wie es durch Gutenberg entstanden war, stellte für McLuhan nicht nur einfach einen Informationsträger dar. Wie Menschen denken und handeln, hänge nicht nur vom Inhalt, sondern auch von der Beschaffenheit des Mediums ab. Das Medium ist die Botschaft, lautet seine vielzitierte Schlussfolgerung.

McLuhans Diagnose für das ausgehende 20. Jahrhundert war eindeutig: Wie der Buchdruck vor 400 Jahren, werden nun die elektronischen Medien unser Weltbild auf den Kopf stellen. Durch Radio, Kino, Computer und insbesondere durch das Fernsehen schrumpft die Welt. Wer will, kann heute Kulturen auf verschiedenen Kontinenten gleichzeitig angehören. Die elektronischen Medien werden unsere Art zu denken ein weiteres Mal revolutionieren.

Wie der Alltag zeigt, haben sich seine Prophezeiungen in einem beträchtlichen Maße bewahrheitet. Das Medium ist nicht die Botschaft, aber zweifellos hat sich das Fernsehen zum einflussreichsten Medium der Welt entwickelt. Fernsehpro-

gramme wie beispielsweise CNN International oder BBC Worldwide haben sogar Einfluss auf die internationale politische und diplomatische Agenda. Darüber hinaus kommt den audiovisuellen Medien eine fundamentale Rolle in der Entwicklung und bei der Vermittlung gesellschaftlicher Werte und von Meinungen zu. Sie haben großen Einfluss auf das, was die Bürger wissen, glauben und fühlen, und sie sind entscheidend bei der Heranbildung und Ausprägung von kulturellen Identitäten.

Vor dem Hintergrund dieser Situation entschloss sich die Europäische Union erstmals im Jahre 1989, als ordnungspolitische Initiative die Europäische Fernsehrichtlinie "Fernsehen ohne Grenzen" zu erlassen. Ziel der Richtlinie ist es, Beschränkungen der Fernsehtätigkeit innerhalb der Europäischen Union aufzuheben und die geltenden rechtlichen Bestimmungen zu harmonisieren, um auf diese Weise in der letzten Konsequenz einen europäischen audiovisuellen Raum zu schaffen.

Die Mitgliedstaaten dürfen den Empfang von Rundfunksendungen aus anderen Mitgliedstaaten auf ihrem Hoheitsgebiet nicht beschränken (ausgenommen sind Sendungen, die den Bestimmungen der Richtlinie über den Schutz der Jugend nicht entsprechen). Um die audiovisuelle Produktion in Europa zu fördern, sollen die Mitgliedstaaten darauf achten, dass die Fernsehanbieter den Hauptteil ihrer Sendezeit im Rahmen des praktisch Durchführbaren europäischen

Werken vorbehalten. Zehn Prozent dieser Sendezeit müssen, wenn immer dies durchführbar ist, unabhängigen Produzenten zur Verfügung gestellt werden. Des Weiteren koordiniert die Fernsehrichtlinie auf Gemeinschaftsebene über die nationalen Gesetzgebungen den Zugang der Zuschauer zu (sportlichen) Großereignissen sowie Fernsehwerbung und das Sponsoring. Die Richtlinie stellt somit die rechtliche Grundlage für die geschäftliche Aktivitäten aller öffentlich-rechtlicher und privater Fernsehsender in der Europäischen Union dar.

Um die Auswirkungen der technischen Entwicklung und der Markttrends berücksichtigen zu können, wird die Kommission im Jahre 2002 eine Überprüfung der Richtlinie vornehmen. Zu diesem Zweck hat die Europäische Kommission drei umfangreiche Studien in Auftrag gegeben:

1. Studie:

Bewertung des Einflusses der Maßnahmen zur Förderung des Vertriebs und der Herstellung von Fernsehprogrammen im europäischen audiovisuellen Sektor - www.doutrelepoint.de

2. Studie:

Ausblick auf die Entwicklung des Marktes für europäische audiovisuelle Inhalte und auf den Regulierungsrahmen zur Herstellung und zum Vertrieb dieser Inhalte – www.andersen.com/website.nsf/comtent/Europe

3. Studie:

Entwicklung neuer Werbetechniken – www.twobirds.com

Die erste Studie soll die Auswirkungen der Maßnahmen ermitteln, die die Verbreitung und Produktion europäischer Fernsehprogramme fördern sollen. Dabei geht es insbesondere um die Wirksamkeit der in der Richtlinie festgelegten Quoten.

In der zweiten Studie sollen die jüngsten technischen Entwicklungen und Markttrends in diesem Sektor analysiert und Ursache-Wirkungs-Beziehungen ermittelt werden. Damit soll der Europäischen Kommission eine Reihe von Szenarien für die künftige Entwicklung des Marktes geliefert werden. Die dritte Studie behandelt neue Techniken der Werbung, insbesondere die Möglichkeiten der virtuellen Einblendungen bzw. der zeitgleichen Ausstrahlung von Werbung und Programm.

In den Workshops im Mai und Juli 2001 wurden die wichtigsten Zwischenergebnisse der Studien vorgestellt. Bei dieser Gelegenheit fand ein ausgiebiger Dialog zwischen den Vertretern der Fernseh-, Film- und Telekommunikationsbranche aus allen Mitgliedstaaten mit den Vertretern der Europäischen Kommission und den nationalen Behörden statt. Im März 2002 plant die EU-Kommission ein Konsultationspapier zu veröffentlichen, das eventuell in Form eines Grünbuchs erscheinen soll. Ab diesem Zeitpunkt können alle betroffenen Parteien ihre schriftliche Stellungnahme einreichen.

Darüber hinaus finden im Jahr 2002 eine Reihe von Anhörungen statt. Die Ergebnisse der Stu-

dien und der Anhörungen bilden eine wichtige Grundlage für die Überprüfung der Richtlinie durch die Kommission und für die Änderungsvorschläge, welche die Europäische Kommission dem Ministerrat und dem Europäischen Parlament Ende 2002 unterbreiten wird.

4. Desinteresse der Bundesregierung an der beruflichen Situation der Tänzerinnen und Tänzer in Deutschland beschämend.

Antwort der Bundesregierung übermittlemt am 16. Juli 2001

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Norbert Lammert, Bernd Neumann (Bremen), Renate Blank, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU - Drucksache 14/6493 -

Ausbildung, Umschulung und soziale Absicherung von Tänzerinnen und Tänzern

Der künstlerische Tanz ist eine bedeutende Komponente des kulturellen Lebens in Deutschland. Die Karrieren der Tänzerinnen und Tänzer, die dieser Kunstform Ausdruck verleihen, sind im Unterschied zu fast allen anderen Berufen von außerordentlich kurzer Dauer. Die Tatsache, dass die Laufbahn der Tänzerinnen und Tänzer meist vor dem 40. Lebensjahr beendet ist, unterscheidet diese Berufsgruppe von anderen. Anders als bei Spitzensportlern mit ihrer ebenfalls kurzen aktiven Zeit

haben Tänzerinnen und Tänzer weder vergleichbare Einkünfte noch stehen ihnen lukrative andere Einnahmemöglichkeiten zur Verfügung.

Für Tänzerinnen und Tänzer gibt es keinen standardisierten Karriereweg. Aber sie werden alle mit der Notwendigkeit eines Berufswechsels konfrontiert und damit mit der Tatsache, die Sicherung ihrer Lebensgrundlage auf andere Weise zu gewährleisten. Umfassende Untersuchungen über Ausbildung und Karrierewege von Tänzerinnen und Tänzern liegen nicht vor.

Vorbemerkung

So begrüßenswert die Befassung der Politik mit Fragen der Ausbildung, Umschulung und der sozialen Absicherung von Tänzerinnen und Tänzern in Deutschland ist, so bedauerlich ist die gewählte Form einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung. Denn für die Ausbildung und Beschäftigung von Tänzerinnen und Tänzern sind in erster Linie Länder und Kommunen zuständig. Der Bund setzt allenfalls einen allgemeinen ordnungspolitischen Rahmen. Deshalb verfügt er auch nicht über die für die Beantwortung der meisten Fragen erforderlichen Angaben und Informationen. Statistische Daten gibt es nur für einige Teilbereiche. Soweit der Bund zuständig ist, sind wegen der Kürze der für die Beantwortung „Kleine Anfragen“ vorgesehenen Frist nur sehr eingeschränkte Antworten möglich.

Das Ausbildungsangebot ist sehr differenziert (z. B. bestehen

Angebote an allgemein bildenden Schulen, Berufsfachschulen, Hochschulen und privaten Einrichtungen). Auch wenn die Bundesregierung - wie mit der von ihr finanziell unterstützten Studie zur Ausbildungssituation im zeitgenössischen Tanz zu Beginn der neunziger Jahre - eigene Akzente gesetzt hat, so bleibt die Frage, wie sich die gewonnenen Erkenntnisse im föderalistischen System in konkrete Maßnahmen umsetzen lassen. Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern, wie sie z.B. im „Nationalen Performance Netz“ zur Förderung der interessantesten Gruppen der freien Tanzszene seit 1998 entstanden ist, stellt ein Novum dar.

Schul- und Berufsausbildung

1. Welche staatlichen und privaten Ausbildungseinrichtungen für Tanz gibt es in der Bundesrepublik Deutschland und wie viele Ausbildungsplätze stehen zur Verfügung?

Hierzu gibt es - insbesondere auch zu den privaten Ausbildungseinrichtungen - keine umfassende Übersicht. Daten des Statistischen Bundesamtes zur Tanzausbildung liegen für die Ausbildung Bühnentänzer und Bühnentänzerin sowie klassischer Tänzer und klassische Tänzerin mit einem beruflichen Abschluss vor. Danach wurden 1999/2000 186 Schüler und Schülerinnen ausgebildet. Am Studium „Tanzpädagogik“ an 8 Hochschulen haben im Wintersemester 1999/2000 124 Studierende teilgenommen. Die Zahl der Ausbildungsplätze ist nicht bekannt.

Eine Übersicht über verschiedene Angebote der Aus- und Weiterbildung für Tänzer und Tänzerinnen bietet die Datenbank für Aus- und Weiterbildung „Kurs“ der Bundesanstalt für Arbeit (www.arbeitsamt.de). Diese Angebote reichen von Tagesveranstaltungen bis zu 8-semestrigen Studiengängen.

2. Wie viele Tänzerinnen und Tänzer haben Abschlüsse staatlicher Ausbildungseinrichtungen, wie viele privater, und wie haben sich die Anteile in den vergangenen Jahren entwickelt?

Die Zentrale Bühnen-, Fernseh- und Filmvermittlung (ZBF) der Bundesanstalt für Arbeit schätzt pro Jahr ca. 100 Absolventen staatlicher Ausbildungseinrichtungen. Über den privaten Ausbildungsbereich, der von der ZBF als steigend eingeschätzt wird, gibt es keine statistischen Angaben.

3. Wie hoch ist das Durchschnittsalter der Tanzschüler bei Eintritt in eine Schule?

Hierzu gibt es keine statistischen Angaben. Ballettschulen nehmen bereits 8- und 10-Jährige auf, Berufsfachschulen in der Regel Studierende ab 16 und Hochschulen ab 18 Jahren.

4. Wie hoch ist der Anteil ausländischer Schüler und aus welchen Ländern kommen sie?

Hierzu gibt es keine statistischen Angaben. Die ZBF schätzt den Anteil ausländischer Schüler und Schülerinnen auf ca. 30 v. H. mit steigender Tendenz.

5. Welches Durchschnittsalter haben Absolventen nach Beendigung der Ausbildung?

Hierzu gibt es keine statistischen Angaben. Die ZBF schätzt das Durchschnittsalter auf etwa 20 Jahre.

6. Über welche schulischen Qualifikationen (Mittlere Reife, Abitur, Sonstige) verfügen Tänzerinnen und Tänzer und wie hoch ist jeweils der Anteil?

Hierzu gibt es keine statistischen Angaben. Die ZBF schätzt, dass 50 v. H. der Tänzer und Tänzerinnen über die Mittlere Reife und 25 v. H. über das Abitur verfügen.

7. Wie hoch ist der prozentuale Anteil der Absolventen von staatlichen und von privaten Ausbildungseinrichtungen für Tanz, die im Anschluss an ihre Ausbildung ein Engagement an einem Theater erhalten?

Hierzu gibt es keine statistischen Angaben. Die ZBF schätzt, dass 70 v. H. der Absolventen von staatlichen Ausbildungseinrichtungen im Anschluss an die Ausbildung ein Engagement erhalten.

8. Sind vor dem Hintergrund kleiner gewordener Ensembles aufgrund von Kürzungen an den Bühnen Zugangsvoraussetzungen und Ausbildungskapazitäten der Ausbildungseinrichtungen evaluiert worden?

Evaluationen sind der Bundesregierung nicht bekannt. Es handelt sich hier um einen Aufga-

benbereich von Ländern und Kommunen.

9. *Sind nach Ansicht der Bundesregierung die formellen Abschlüsse, die an staatlichen und an privaten Tanz-Ausbildungseinrichtungen erlangt werden können, im Hinblick auf die Vergleichbarkeit mit der regulären Schulausbildung und im Hinblick auf Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen nach Beendigung der aktiven Tanzkarriere ausreichend?*

Der Bundesregierung steht keine ausreichende Information über die formellen Abschlüsse, die an staatlichen und privaten Tanz-Ausbildungseinrichtungen erlangt werden können, zur Verfügung. Ebenso fehlt es an Informationen, um beurteilen zu können, ob diese Abschlüsse im Hinblick auf die reguläre Schulausbildung und im Hinblick auf Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen nach Beendigung der aktiven Tanzkarriere ausreichend sind. Diese Aufgaben gehören zum Zuständigkeitsbereich der Länder.

10. *Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass Tänzerin/Tänzer kein staatlich anerkannter Beruf ist, im Hinblick auf die Möglichkeiten der Umschulung nach Beendigung der Bühnenlaufbahn?*

Die Förderung der beruflichen Weiterbildung nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) ist nach dem so genannten Notwendigkeitsprinzip ausgestaltet. Nach § 77 SGB III können Arbeitnehmer bei Teilnah-

me an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen bei Vorliegen der sonstigen Leistungsvoraussetzungen dann gefördert werden, wenn die Weiterbildung notwendig ist, um sie bei Arbeitslosigkeit beruflich einzugliedern, eine ihnen drohende Arbeitslosigkeit abzuwenden oder weil bei ihnen wegen fehlenden Berufsabschlusses die Notwendigkeit der Weiterbildung anerkannt ist. Anerkannt wird die Notwendigkeit der Weiterbildung bei Arbeitnehmern wegen fehlenden Berufsabschlusses u. a., wenn sie nicht über einen Berufsabschluss verfügen, für den nach bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften eine Ausbildungsdauer von mindestens zwei Jahren festgelegt ist.

Eine Umschulung von Tänzerinnen und Tänzern, die nicht über einen anerkannten Berufsabschluss verfügen, kann daher bei Vorliegen der sonstigen individuellen Leistungsvoraussetzungen durch Leistungen nach dem SGB III gefördert werden.

11. *Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass Tanzpädagogen in Deutschland - im Unterschied zur Praxis im internationalen Vergleich - kein Diplom über die pädagogische Eignung erlangen müssen, um zu unterrichten, vor allem vor dem Hintergrund der Qualitätssicherung der Ausbildung, der internationalen Konkurrenzfähigkeit und einer EU-einheitlichen Praxis?*

Der Deutsche Berufsverband für Tanzpädagogik e. V. hält diese pädagogische Qualifizierung für

dringend erforderlich und hat dazu einige Bundesländer angesprochen.

Hinsichtlich der anderen EU-Mitgliedstaaten ist ihm diese Qualifikation nur aus Frankreich bekannt. Die Bundesregierung sieht hier von einer Bewertung ab, da diese Fragen im Zuständigkeitsbereich der Länder liegen.

12. *Tragen nach Ansicht der Bundesregierung die in den Bundesländern bestehenden gesetzlichen Regelungen dem einmaligen Sonderfall der Schulbildung, zu der die Berufsausbildung parallel läuft, Rechnung, und wo sieht sie Beispiele vorbildlicher Schulgesetzgebung, die diesem Sonderfall in besonderem Maße gerecht wird?*

Der Bundesregierung ist keine gesetzliche Regelung in den Bundesländern bekannt, die dem einmaligen Sonderfall der Schulbildung, zu der die Berufsausbildung parallel läuft, Rechnung trägt. Eine kurzfristig durchgeführte Umfrage bei den Ländern hat hierzu keine weiteren Erkenntnisse gebracht.

Berufsausübung

13. *Wie viele Tänzerinnen und Tänzern sind an deutschen Bühnen - aufgeteilt nach Staatstheatern, Stadttheatern, sonstige Bühnen - beschäftigt?*

In der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit werden Tänzer gemeinsam mit Bühnenleitern, Regisseuren, Sängern, Schauspielern und den künstlerischen Bühnenhilfsberufen unter der Berufsgruppe „Darstel-

lende Künstler/innen“ (832) erfasst. Eine weitergehende Differenzierung nach den einzelnen Berufen erfolgt nicht. Auch im Mikrozensus werden keine differenzierteren Daten ausgewiesen.

Nach der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit waren im Jahr 1999 19.491 darstellende Künstler im gesamten Bundesgebiet sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Differenziertere Angaben lassen sich aus der Theaterstatistik des Deutschen Bühnenvereins ableiten. Nach dieser waren in der Spielzeit 1998/1999 1.604 Ballettmitglieder an den deutschen Theatern beschäftigt.

14. *Wie hoch ist der Anteil ausländischer Tänzerinnen und Tänzer?*

Der Ausländeranteil an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten darstellenden Künstlern lag nach der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit im Jahr 1999 bei 21,7 v. H.

15. *Wie hat sich die Anzahl der an deutschen Bühnen beschäftigten Tänzerinnen und Tänzer in den vergangenen zehn Jahren in Ost und West entwickelt?*

Nach der Theaterstatistik des Deutschen Bühnenvereins lag die Zahl der Ballettmitglieder in der Spielzeit 1998/1999 geringfügig unter der der Spielzeit 1997/1998 (-1,2 v. H.). Die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten darstellenden Künstler ist nach der

Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit im gleichen Zeitraum gestiegen (+2,7 v. H.). Nimmt man 1996 als Basisjahr, ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten darstellenden Künstler im Bundesgebiet West um 6,9 v. H. gestiegen und im Bundesgebiet Ost um 9,9 v. H. gesunken.

16. *Wie lange verbleiben Tänzerinnen und Tänzer in Deutschland durchschnittlich bei einer Compagnie bzw. einem Theater, und wie oft wechselt ein Tänzer während seiner aktiven Laufbahn durchschnittlich an ein anderes Haus?*

17. *Welchen prozentualen Anteil machen freiberuflich arbeitende Tänzerinnen und Tänzer aus im Vergleich zu angestellten, und welche Trends lassen sich beobachten?*

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Informationen vor. Es handelt sich hier um einen Aufgabenbereich von Ländern und Kommunen.

18. *Sind der Bundesregierung Untersuchungen über die Gründe, aus denen Tänzerinnen und Tänzer ihre Karriere beenden, bekannt?*

Nein. Es handelt sich hier um einen Aufgabenbereich von Ländern und Kommunen.

19. *Wie hoch ist das aktuelle Durchschnittsalter von Tänzerinnen, wie hoch das von Tänzern bei Beendigung ihrer Bühnenlaufbahn?*

Vergleiche Antwort zu den Fragen 16 und 17.

20. *Kann die Bundesregierung den international feststellbaren Trend auch für Deutschland bestätigen, dass die Altersgrenze der Tänzerinnen und Tänzer, die ihre aktive Bühnenlaufbahn beenden, seit einigen Jahren sinkt, und wenn ja, welche Gründe hat dies nach Ansicht der Bundesregierung?*

Wegen fehlender Informationen ist der Bundesregierung hierzu keine Aussage möglich.

Es handelt sich hier um einen Aufgabenbereich von Ländern und Kommunen.

Finanzielle und soziale Absicherung

21. *Wie hoch ist nach Auskunft der Bundesregierung das durchschnittliche Gehalt von Tänzerinnen und Tänzern?*

22. *Wieviel macht das durchschnittliche steuerpflichtige Gehalt einer Tänzerin/eines Tänzers im Vergleich zu dem anderer am Theater beschäftigter Künstler prozentual aus?*

Vergleiche Antwort zu den Fragen 16 und 17.

23. *Wird nach Ansicht der Bundesregierung mit der Dotierung der Stellen für Tänzerinnen und Tänzer an Theatern den finanziellen Erfordernissen des beruflichen Übergangsprozesses nach Beendigung der aktiven Bühnenlaufbahn entsprochen?*

Vergleiche Antwort zu Frage 20.

24. Welche staatlichen Fonds existieren, die finanzielle Unterstützung für Umschulungen oder Pensionsbezüge für Tänzerinnen und Tänzer bereithalten?

Die Förderung beruflicher Weiterbildung einschließlich Umschulung erfolgt im Wesentlichen durch Leistungen der Arbeitsförderung aus den den Arbeitsämtern zur eigenständigen Bewirtschaftung zugewiesenen Haushaltsmitteln des so genannten Eingliederungstitels. Im laufenden Haushaltsjahr sieht der Eingliederungstitel rd. 27,8 Mrd. DM vor, wovon die Arbeitsämter voraussichtlich rd. 13 Mrd. DM allein für die Weiterbildungsförderung verwenden werden. An dieser Förderung können auch ehemalige Tänzerinnen und Tänzer teilhaben, soweit sie die individuellen Leistungsvoraussetzungen erfüllen. Bei Vorliegen der Leistungsvoraussetzungen können während der Teilnahme an der Umschulung ein Unterhaltsgeld erbracht sowie die durch die Weiterbildung entstehenden Weiterbildungskosten (insbesondere Lehrgangsgebühren, Fahrkosten, Kinderbetreuungskosten) übernommen werden.

Abhängig beschäftigte Tänzerinnen und Tänzer sind neben ihrer Absicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung zusätzlich bei der Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen versichert. Diese Versorgungsanstalt, die von der Bayerischen Versorgungskammer verwaltet wird, stellt eine der wenigen gesetzlichen Zusatzversicherungen in der Bundesrepublik Deutsch-

land dar. Die Beiträge in Höhe von insgesamt 9 v. H. des Einkommens werden hälftig von den Versicherten und ihren jeweiligen Arbeitgebern gezahlt; daneben wird eine besondere Altersversorgungsabgabe in Höhe von 20 Pfennig je Eintrittskarte erhoben, die von den Arbeitgebern an die Versorgungsanstalt abzuführen ist.

25. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor über Erfahrungen mit Pensionsbezügen und Fonds etwa in Frankreich, Österreich und in skandinavischen Staaten?

Der Bundesregierung liegen keine entsprechenden Erkenntnisse vor.

26. Wie bewertet die Bundesregierung die Modelle der Frühpension für Tänzerinnen und Tänzer in Frankreich und in skandinavischen Ländern und die berufsbedingte Zuwendung in der früheren DDR?

Da der Bundesregierung Erkenntnisse über die angesprochenen Modelle nicht vorliegen, ist eine Bewertung nicht möglich.

Die Konzeption der berufsbezogenen Zuwendung in der früheren DDR (Gewährung ab Vollendung des 35. Lebensjahres nach 15-jähriger beruflicher Tätigkeit neben und damit zusätzlich zu einem vollen Arbeitsentgelt aus einem anderen Beruf und während des gesamten weiteren Arbeitslebens unabhängig von der Höhe des erzielten Einkommens) weicht von der Systeme-

matik der gesetzlichen Rentenversicherung ab. Es widerspräche dem Solidarprinzip, wenn die in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherten als Angehörige einer Solidargemeinschaft aus den Erträgen ihrer Erwerbstätigkeit die Beiträge aufzubringen hätten, aus denen zeitlich unbeschränkt Renten an ehemalige Tänzerinnen und Tänzer gezahlt würden, selbst wenn diese im normalen Erwerbsleben eine qualifizierte Tätigkeit Gewinn bringend ausüben könnten.

Beratung, berufliche Neuorientierung, Umschulung

27. Welche Modelle der speziell auf die Bedürfnisse von ehemaligen Tänzerinnen und Tänzern ausgerichteten Beratungsmöglichkeiten oder -einrichtungen bestehen für die Unterstützung bei der beruflichen Neuorientierung?

Die ZBF, die organisatorisch der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) in Bonn angegliedert ist, betreut den Personenkreis der Tänzerinnen und Tänzer vermittlerisch. Die Beratung in Einzelfragen der beruflichen Weiterbildung erfolgt bei den örtlichen Arbeitsämtern.

28. Welche Rolle kommt nach Ansicht der Bundesregierung bei der Beratung zur beruflichen Neuorientierung den Theatern zu und sieht die Bundesregierung hier Handlungsbedarf?

Die Theater übernehmen als Arbeitgeber bisher keine nennenswerte Rolle bei der Beratung zur beruflichen Neuorien-

tierung. Ausnahmen bilden große Theater, die Umsetzungen möglich machen können. Die ZBF gibt jedoch an, dass ein entsprechender Vorstoß der Gewerkschaft „ver.di“ bei den künftigen Tarifverhandlungen erwartet werden könnte.

Die Bundesregierung sieht keine Möglichkeit, in diesem Punkt Einfluss auf die Theater zu nehmen, da dieses alleinige Angelegenheit der Bundesländer ist.

29. Welche Berufsziele (Akademische Laufbahn/Berufe; künstlerische und kunstverwandte Berufe; Wirtschaft/unternehmerische Tätigkeit; Pflegeberufe; Sonstige) werden von ehemaligen Tänzerinnen und Tänzern in welcher prozentualen Verteilung angestrebt?

Die Bundesanstalt für Arbeit wertet Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nicht nach Herkunftsberufen aus. Deshalb liegen keine Erkenntnisse darüber vor, welche Berufsziele in welcher prozentualen Verteilung von ehemaligen Tänzerinnen und Tänzern angestrebt werden. Die Vermittlungserfahrung zeigt, dass grundsätzlich das gesamte Berufsspektrum in Betracht kommen kann.

Im Jahr 2000 haben 6 Teilnehmer eine nach dem SGB III geförderte Weiterbildung zum Tanzlehrer und 165 Teilnehmer zum Tanztherapeuten begonnen. Es ist davon auszugehen, dass es sich bei den Teilnehmern teilweise um den Personenkreis ehemaliger Tänzerinnen und Tänzer handelt.

30. Welche Trends lassen sich bei der beruflichen Neuorientierung beobachten, und werden Umschulungen auf besonders nachgefragte Berufe entsprechend stärker gefördert?

31. In welchem Verhältnis stehen die vorhandenen staatlichen Angebote der Umschulung von Tänzerinnen und Tänzern zu der Nachfrage?

Spezielle Trends sind nach den Erfahrungen der ZBF nicht auszumachen. Die Tänzerinnen und Tänzer sind sehr flexibel und streben je nach persönlicher Eignung und Neigung ein breit gestreutes Berufsspektrum an. Einige Bewerber fragen Weiterbildungen im erlernten Beruf nach, wie z.B. Ballettmeister oder Choreograph. Häufig werden auch Existenzgründungen, wie z.B. eine eigene Ballettschule, ins Auge gefasst.

Eine verstärkte Förderung „besonders nachgefragter Umschulungsberufe“ käme - unabhängig vom jeweiligen Ausgangsberuf - nur unter der Voraussetzung in Betracht, dass die gewünschten Schulungsziele nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zweckmäßig sind (§ 86 Abs. 1 Nr. 8 SGB 111).

Bei der Weiterbildungsplanung der örtlichen Arbeitsämter sind nachfrage- insbesondere aber auch marktorientierte Kriterien zugrunde zu legen.

Bei der Förderung der beruflichen Weiterbildung nach dem SGB III (der Begriff „Umschulung“ wird vom Gesetzgeber

nicht mehr verwendet), handelt es sich nicht um ein „staatliches Angebot der Umschulung“ im Sinne von Projektförderungen, sondern um Individualförderungen. Voraussetzung ist einerseits, dass die Antragsteller die persönlichen Förderungsvoraussetzungen erfüllen und andererseits, dass die angestrebte Weiterbildungsmaßnahme den in § 86 SGB III normierten Kriterien entspricht. Mehr als 99 v. H. der geförderten Personen nehmen an so genannten freien Bildungsmaßnahmen teil.

Valide Aussagen können zu beiden Fragen jedoch nicht gemacht werden, da entsprechende statistische Auswertungen nicht vorliegen.

32. Welche Möglichkeiten, Umschulungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen, bieten sich ehemaligen Tänzerinnen und Tänzern, die über keinen staatlichen Abschluss verfügen?

Die Förderung der beruflichen Weiterbildung richtet sich nach §§ 77ff. SGB III. Danach können Arbeitnehmer bei Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung u. a. gefördert werden, wenn die Weiterbildung notwendig ist, um sie bei Arbeitslosigkeit beruflich einzugliedern, eine ihnen drohende Arbeitslosigkeit abzuwenden, oder weil bei ihnen wegen fehlenden Berufsabschlusses die Notwendigkeit der Weiterbildung anerkannt ist. Arbeitnehmer ohne Berufsabschluss können gefördert werden, wenn sie drei Jahre beruflich tätig gewesen sind. In Ausnahmefällen

können Personen ohne Berufsabschluss auch dann gefördert werden, wenn das Erfordernis einer dreijährigen beruflichen Tätigkeit noch nicht erfüllt ist.

Arbeitnehmer können durch die Übernahme von Weiterbildungskosten und Leistung von Unterhaltsgeld (Unterhaltsgeld setzt 12 Monate Versicherungspflicht innerhalb der letzten drei Jahre vor Beginn der Teilnahme voraus) gefördert werden. Bei Vorliegen der Förderungsvoraussetzungen kann die Teilnahme an jeder für die Weiterbildungsförderung anerkannten Maßnahme über das gesamte berufliche Spektrum gefordert werden.

Aus fachlicher Sicht würde sich ein spezielles Weiterbildungsangebot für Tänzerinnen und Tänzer eher einschränkend auswirken; darüber hinaus würde sich die Frage nach der Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes für diese Spezialqualifikationen stellen.

33. Plant die Bundesregierung die Einrichtung von speziell auf die Bedürfnisse von Tänzerinnen und Tänzern ausgerichteten Berufsberatungsprogrammen, und wenn ja, wie sehen diese aus?

Die Bundesanstalt für Arbeit plant keine speziell an den Bedürfnissen von Tänzern und Tänzerinnen ausgerichteten Beratungsprogramme. Im Sinne der Antwort zu Frage 32 hält die Bundesregierung derartige Beratungsprogramme auch nicht für sinnvoll, da sie sich einschränkend auf die berufliche Neuorientierung von Tänzerin-

nen und Tänzern auswirken könnten.

Zu der Beantwortung der Kleinen Anfrage „Ausbildung, Umschulung und soziale Absicherung von Tänzerinnen und Tänzern“ durch die Bundesregierung

Dr. Norbert Lammert, MdB

Die Behandlung des Themas durch die Bundesregierung ist oberflächlich, lieblos und erkennbar desinteressiert. Der gebetsmühlenartige Hinweis auf fehlende eigene Erkenntnisse und auf die Zuständigkeiten der Länder zeigt, dass die Bundesregierung nicht nur kein Interesse an der besonderen beruflichen Situation der Tänzerinnen und Tänzer hat, sondern auch nicht gewillt ist, über mögliche und notwendige Verbesserungen im Anschluss an die zeitlich eng befristete künstlerische Laufbahn nachzudenken, die vorbildliche Regelungen in anderen europäischen Ländern aufgreifen. Hierzu hätte eine Erhebung relevanter Daten, wie sie die Kleine Anfrage eingefordert hat, eine wichtige Grundlage bilden können. Stattdessen wird der Hinweis auf einschlägige Informationsquellen für ausreichend erklärt (*www.arbeitsamt.de*).

Es ist beschämend, mit welcher Ignoranz einer ganzen Berufsgruppe gegenüber sich die Bundesregierung zu diesem Thema äußert. Einen verantwortungsvolleren Umgang mit darstellenden Künstlern hätte man zumindest aus dem für die Beantwortung zuständigen Hause

des Staatsministers für Kultur erwarten dürfen.

Die Kleine Anfrage hatte zum Ziel, erstmalig gesichertes Material zur Schul- und Berufsausbildung und zur Berufsausübung, zur finanziellen und sozialen Absicherung, sowie zum Thema Beratung, berufliche Neuorientierung und Umschulung von Tänzern zu erhalten, um auf dieser Basis ggf. parlamentarische Initiativen zu ergreifen.

Aus den Ländern

Niedersachsen

Musikkultur in Niedersachsen anerkennen, stärken und fördern

(Antrag der CDU-Fraktion, Juni 2001)

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest:

Anerkennung, Stärkung und Förderung der Musikkultur sind Aufgabe einer vorausschauenden und zukunftsorientierten Landespolitik.

- Musik und Musizieren leisten einen entscheidenden Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Durch sie gewinnen Menschen aller Altersgruppen Wertmaßstäbe und Orientierung für verantwortungsvolles Handeln, eröffnen sich Tätigkeitsfelder für die Entwicklung individueller Begabungen und wird Kreativität freigesetzt.

- Frühzeitige musikalische Erziehung fördert Intelligenz, Sozialverhalten und schulische Leistungen und gibt der Entfaltung der Humanität Raum.

- Neben Musikunterricht und Musikschulen bilden Laienmusikvereine das Fundament der Musikkultur. Die Zuführung von Menschen aus allen sozialen Schichten ist wohl nirgends so unkompliziert möglich wie hier. Sie erbringen für unser Gemeinwesen Leistungen, die für den Staat unverzichtbar sind.

- Eine lebendige Musikkultur stärkt die kulturelle Attraktivität der Regionen und ist ein Standortvorteil für unser Bundesland.

2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Musikkultur in Niedersachsen insbesondere durch folgende Maßnahmen zu fördern:

2.1. Gezielte Förderung in Kindergärten, Musikschulen, Schulen und Hochschulen

- Musizieren und Singen als Bestandteil der Kindergartenerziehung,

- musikalische Grundausbildung als Pflichtbestandteil der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung sowie des Grundschullehramtes,

- Vermittlung einer fundierten musikalischen Grundbildung in der Grundschule,

- Sicherstellung der Erteilung des in den Stundentafeln und in den Grundsatzverordnungen vorgesehenen Musikunterrichtes,

- Sicherung eines qualifizierten Nachwuchses von Musiklehrerinnen und Musiklehrern u.a. durch Attraktivitätssteigerung für den Lehrerberuf,

- angesichts des gravierenden Fachlehrermangels Gewinnung von Fachkräften ohne Lehramtsausbildung für die Schulen be-

gleitet von pädagogischen Qualifizierungsmaßnahmen,

- Entwicklung von Konzepten zur Nachqualifizierung, aber auch zur Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften in Zusammenarbeit mit dem Landesmusikrat und den Hochschulen,

- verstärkte Zusammenarbeit zwischen Schulen, Musikschulen, Musikvereinen und anderen Trägern der Musikkultur; Förderung von gemeinsamen Nachmittagsangeboten,

- Förderung eines landesweiten Netzes von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen mit musikalischem Profil,

- Landesförderkonzept für musikalisch hochbegabte Jugendliche insbesondere zur Verbindung von musikalischer Ausbildung und Abiturabschluss, gezielte Hochbegabtenförderung in den Hochschulen,

- ausreichende personelle und materielle Förderung an musikausbildenden Hochschulen,

- Straffung und Konzentration der entsprechenden Studiengänge zur Stärkung der Kernaufgaben,

- Förderung besonderer Profile musikausbildender Hochschulen wie etwa beim Institut für Musikpädagogische Forschung in Hannover.

2.2 Nachdrückliche Förderung des Ehrenamtes

- Erweiterung der sogenannten Übungsleiterpauschale auf ehrenamtliche Vorstandsmitglie-

der, Funktionsträger und Helfer sowie Erhöhung des Pauschbetrages auf 4.800 DM pro Jahr entsprechend der Gesetzesinitiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,

- Beseitigung bürokratischer Hemmnisse bei geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen,

- Anerkennung und Würdigung im Ehrenamt erworbener Kenntnisse und Verdienste als Qualifikation im Arbeitsleben,

- aktive Unterstützung der weiteren Forderungen von über 20 niedersächsischen Verbänden im Rahmen des "Aufrufs zum freiwilligen Engagement" vom 1. März 2001.

2.3. Verbesserte Landesförderung

- Sicherstellung einer verfassungsgerechten kommunalen Finanzausstattung, die den Gemeinden und Landkreisen die finanziellen Mittel zur Verfügung stellt, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen,

- Förderung und Unterstützung von „Kontaktstellen Musik“ in Landkreisen und kreisfreien Städten,

- besonderer Förderschwerpunkt „Musikkultur“ im Landeshaushalt 2002/2003,

- Überprüfung der Musikförderpraxis des Landes unter den Zielsetzungen Entbürokratisierung, Flexibilisierung und Planungssicherheit.

- Anhebung der Fördersumme

für musikalische Übungsleiter entsprechend der tatsächlichen Zahl qualifizierter Übungsleiter,

- Prüfung der Aufnahme der Laienmusik in den Kreis der Destinatäre des Niedersächsischen Gesetzes über das Lotteriede- und Wettwesen,

- Einbeziehung des Landesmusikrates in neue Vergabemodelle der Kulturförderung,

- umgehende Umsetzung des Landtagsbeschlusses in bezug auf die Einrichtung einer Landesmusikakademie.

Begründung:

Obwohl die positiven Wirkungen der Musikkultur auf unsere Gesellschaft immer wieder gewürdigt werden, droht sie in einer oft vom reinen Nützlichkeitsdenken geprägten öffentlichen Diskussion an den Rand gedrängt zu werden. Erforderlich ist vor dem Hintergrund der Vorgaben unserer Landesverfassung zur Förderung von Kunst und Kultur nicht nur ein eindeutiges Bekenntnis des Landtages, sondern sind auch konkrete Konsequenzen für landespolitisches Handeln.

Eine im Auftrag des Bundesbildungsministeriums erstellte Langzeitstudie mit Grundschulkindern hat aufgezeigt, dass musizierende Kinder und Jugendliche ihr Sozialverhalten verbessern, ihre Intelligenz erhöhen, gute schulische Leistungen erbringen und Defizite wie Konzentrationsschwächen besser kompensieren können. Musikalische Erziehung muss deshalb

frühzeitig in Kindergärten und Grundschulen ansetzen. Elementare Voraussetzung dafür sind qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher und entsprechende Grundschullehrkräfte.

Eine völlig unzureichende Unterrichtsversorgung im Fach Musik und mangelhafte Unterrichtskontinuität haben dieses Schulfach unverdient an den Rand gedrängt, sodass als Grundlage musikalischer Erziehung in der Schule mindestens der in den Stundentafeln und den Grundsatzverordnungen vorgesehene Musikunterricht an allen Schulformen zu erteilen ist.

Dem sich seit Jahren abzeichnenden gravierenden Fachlehrermangel hat die Landesregierung tatenlos zugesehen: „Der zukünftige Einstellungsbedarf in den Fächern Musik und Kunst wird mit den z. Zt. in Niedersachsen in der Lehrerbildung befindlichen Lehrkräften nicht gedeckt werden können“ (Landtagsdrucksache 14/1755 vom 13. Juli 2000). Erforderlich sind jetzt Notmaßnahmen, um Fachkräfte ohne Lehramtsausbildung zu gewinnen bzw. vorhandene Lehrkräfte nachzuqualifizieren.

Schulen sollen zur Förderung der musikalischen Erziehung mit Musikschulen, Musikvereinen und anderen Trägern der Musikkultur u.a. auch bei Nachmittagsangeboten verstärkt zusammenarbeiten. Erforderlich ist ferner ein regional ausgewogenes Netz von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen mit musikalischem Profil.

Für musikalisch hochbegabte Schülerinnen und Schüler sind spezielle schulische und hoch-

schulische Angebote auch in Niedersachsen vorzuhalten, damit diese nicht in andere Bundesländer abwandern müssen.

Die gezielte Förderung in Kindergärten und Schulen fordert entsprechende Konsequenzen auch für die niedersächsischen Hochschulen.

Der Landesmusikrat Niedersachsen hat mit seiner Studie „Ehrenamt in der Musikkultur“ eindrucksvoll dokumentiert, dass ehrenamtliches Engagement die tragende Säule der Laienmusik in unserem Bundesland bildet. 460.000 Menschen sind im Verbandsbereich des Landesmusikrates als Amateure organisiert, die von etwa 40.000 Ehrenamtlichen in Leitung, musikalischer bzw. Übungsleitung, organisatorischer und technischer Mitarbeit sowie Nachwuchs- und Jugendbetreuung unterstützt werden.

Diese ehrenamtlichen Aktiven verwenden einen erheblichen Anteil ihrer Freizeit zum Musizieren und zur Organisation von Konzerten, Proben, Orchesterfahrten und sonstigen öffentlichen Veranstaltungen. Die von ihnen eingesetzte Zeit summiert sich auf 4,32 Millionen Stunden pro Jahr, was einem Bruttogeldwert von 168 Mio. DM entspricht. Hinzu kommen noch etwa 5 Mio. DM pro Jahr, die durch die ehrenamtlichen Aktiven in Niedersachsen aus eigener Tasche den Vereinsmitgliedern und damit der Gesellschaft insgesamt geschenkt werden. Schwerpunkt dieser ehrenamtlichen Vereinsarbeit ist im übrigen der ländliche Raum.

Gefordert sind gerade auch vor dem Hintergrund des „Internationalen Jahres der Freiwilligen“ nachdrückliche Maßnahmen zur Förderung des Ehrenamtes.

Über 20 niedersächsische Verbände haben im Rahmen des „Aufrufs zum freiwilligen Engagement“ vom 1. März 2001 notwendige Weichenstellungen schon angemahnt. Auf die negativen Auswirkungen der 630-Mark-Neuregelung auf die Musikkultur hat der Landesmusikrat in seiner Presseerklärung vom 23. Juni 1999 hingewiesen.

Weitere notwendige Konsequenzen in bezug auf die Erweiterung und Erhöhung der sogenannten Übungsleiterpauschale hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ihrer entsprechenden Bundestagsinitiative aufgezeigt. Ohne ausreichende finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand kann die Musikkultur auch in Niedersachsen nicht existieren. Die Kommunen, die insbesondere als Träger der Musikschulen gefordert sind, leiden unter den dauerhaften Mittelkürzungen durch die Landesregierung und durch den verfassungswidrigen kommunalen Finanzausgleich. Ihnen müssen diejenigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch im Bereich der Musikkultur dringend benötigen.

Die von den CDU-geführten Landkreisen Emsland und Grafschaft Bentheim getragenen „Kontaktstellen Musik“ leisten hervorragende Arbeit im Hinblick auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Ge-

samtaufgabe musikalischer Weiterbildung und Aufführungspraxis in den Regionen über den Lehrauftrag der Musikschulen hinaus. Die Musikschulen können durch ihre organisatorische und räumliche Infrastruktur so die Kernzelle einer Kontaktstelle bilden, die die Zusammenarbeit mit Laienmusikverbänden, Schulmusikern und Laienkulturträgern und Künstlern strukturieren und fördern kann. Eine flächendeckende Verbreitung ist anzustreben.

Die Niedersächsische Landesregierung ist seit 1990 ihren finanziellen Verpflichtungen zur Förderung der Musikkultur nicht nachgekommen. Im Haushaltsjahr 2001 musste die Musikförderung eine weitere Kürzung hinnehmen. Gegenüber dem Haushaltsjahr 1990 (Fachmittel und Spielbankmittel) ergibt sich eine Kürzung von 13,5 %, unter Berücksichtigung der Preissteigerungsrate von ca. 12 % sogar ein Rückgang um 25 %. Erforderlich ist deshalb ein besonderer Förderschwerpunkt „Musikkultur“ im Landeshaushalt 2002/2003.

Die Musikförderpraxis des Landes ist mit Blick auf andere Fördermodalitäten im Kulturbereich unter den Zielsetzungen Entbürokratisierung, Flexibilisierung und Planungssicherheit zu überprüfen. Der Sachverstand des Landesmusikrates ist in bezug auf neue Vergabemodelle der Kulturförderung einzubeziehen, was im Falle der Übertragung der Kulturfördermittel auf den Landschaftsverband Südniedersachsen im Hinblick auf

ein fachlich anerkanntes Beiratsmodell unterblieben ist.

Unverzichtbar für die musikalische Breiten- und Jugendarbeit ist die seit langen Jahren immer wieder geforderte Einrichtung einer Landesmusikakademie. Ihre zügige Einrichtung und die Absicherung des Betriebes sind vor dem Hintergrund des einstimmigen Landtagsbeschlusses dringend erforderlich.

„Laienmusik ... ist - wie auch der schulische Musikunterricht und die Musikschulen - der Nährboden unserer Musikkultur“, dies hat der Präsident des Landesmusikrates am 20. November 1999 im Rahmen der Mitgliederversammlung seiner Organisation treffend formuliert. Damit dieser Nährboden fruchtbar bleibt, dulden die aufgezeigten Maßnahmen keinen Aufschub und müssen unverzüglich umgesetzt werden.

Information:

*Heidmarie Mundlos, MdL,
Hochschul- und Kulturpolitische
Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion
Niedersachsen/ Jan ter Horst,
CDU-Landtagsfraktion Niedersachsen
Tel. (0511)30 30-41 27/41 26*

Rheinland-Pfalz

Europapreis hinauf auf's "Hambacher Schloß"

In einem Brief an Ministerpräsident Kurt Beck machte der Neustadter Landtagsabgeordnete Lutz Frisch (CDU) den Vorschlag, dass der vom Ministerpräsidenten vergebene Europapreis künftig auf dem Hamba-

cher Schloß verliehen werden sollte. Frisch wollte mit seiner Anregung vom Mai "den europäischen Aspekt des Hambacher Festes stärker in den Vordergrund stellen". Ein solcher Schritt würde sicher der Bedeutung des Schlosses Rechnung tragen und für die Verleihung selbst einen würdigen Rahmen abgeben, warb der Hambacher und meinte abschließend "damit würde sicher auch der Preis selbst an Attraktivität gewinnen".

Bis heute war die Idee des Landtagsabgeordneten dem Ministerpräsidenten keine Zeile der Entgegnung wert. Trotz einer schriftlichen Erinnerung Mitte August. Der CDU-Mann: "Auch gegenüber Politikern der Opposition sollte ein Landesvater zumindest gesprächsbereit sein." Natürlich brauche Beck nicht jeden Vorschlag aufzugreifen, aber eine Antwort auf eine Anregung zur Sache "ist doch wohl nicht zu viel verlangt".

Stiftung "Hambacher Schloß"

Zu den Chancen einer Beteiligung des Bundes an der geplanten Stiftung für das Hambacher Schloß bestanden Anfang des Jahres in Rheinland-Pfalz unterschiedliche Auffassungen zwischen Ministerpräsident Beck und der CDU. Dann herrschte Funkstille bis nach der parlamentarischen Sommerpause: im August erhielten die Medien und damit auch Zeitungsleser Lutz Frisch als Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Rheinland-pfälzischen Landtag Antworten. Allerdings solche,

die dem Volksvertreter nicht gefallen. Und auch dem Ministerpräsidenten können sie eigentlich nicht schmecken. Denn bestätigt wurde nicht das Beck'sche Wahlversprechen sondern die "Wahlverkampfun-gen" (wie es in einer Stellungnahme der Staatskanzlei vom Februar geheißen hatte) seines politischen Widersachers von der Opposition: Anstatt sich institutionell mit jährlich 150.000 Mark an der Stiftung zu beteiligen, ist die Bundesregierung lediglich bereit, für einzelne auf das Hambacher Schloß bezogene Projekte einen jährlichen Zuschuss von bis zu 150.000 Mark zu gewähren.

Faktum sei nun, so Frisch, dass die Zweifel der CDU-Landtagsfraktion berechtigt gewesen seien. Im Mittelpunkt der Debatte habe immer die Gründung einer Stiftung unter Beteiligung des Bundes, des Landes und der regionalen Ebene (Bezirksverband Pfalz, der bisherige Schloss-Eigentümer Landkreis Bad Dürkheim und die Stadt Neustadt an der Weinstraße auf deren Gemarkung das Hambacher Schloß liegt) gestanden, um die Finanzierung des Hambacher Schlosses als "Nationales Symbol der deutschen Demokratie" langfristig und unabhängig von Haushaltsberatungen auf festen finanziellen Boden zu stellen. Dies sei ausweislich des Bundeshaushaltes nicht gelungen. Eine Finanzierung von Veranstaltungen und Ausstellungen seitens des Bundes durch eine Projektförderung sei grundsätzlich positiv, habe aber mit einer institutionellen Förderung und

den Ankündigungen des Ministerpräsidenten nicht so sehr viel zu tun.

Die Sache ist – wie alles und jedes auf dieser unserer Welt – interpretationsfähig. Die Variante, dass das Hambacher Schloß zu nicht mehr als zum Wahlkampfshärmützel taugt, wäre die denkbar unschönste. . .

Neue Heimat für die Kultur

Als die 13. Legislaturperiode des Rheinland-Pfälzischen Landtages im Mai 2001 endete, war auch die Amtszeit von Dr. Rose Götte als Ministerin in Mainz vorbei. Nach rund zehn Jahren verabschiedete sich die Frontfrau für die Bereiche Kultur, Jugend, Frauen und Familie.

Nachfolgerin Doris Ahnen kam als jüngstes Kabinettsmitglied aller Zeiten in der Ministerriege; zuvor hatte sie als Staatssekretärin im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung gearbeitet. Mit ihr kam ein neuer Zuschnitt dieser beiden Ministerien: Bildung wird fortan gepaart mit Jugend und Frauen von Ahnen bearbeitet, die Kultur wechselte zu Wissenschaft, Weiterbildung sowie Forschung und somit in den Verantwortungsbereich von Professor Dr. Jürgen Zöllner.

Während der mit vielen Kulturthemen eng verbundene Staatssekretär Joachim Hofmann-Göttig wieder zur Bildung zurückkehrte, kommt der neue Kulturstaatssekretär an Zöllners Seite aus dem Umweltministerium. Ein richtiger Politiker kann eben alles. . .

Im Geschäftsbereich des Mi-

nisteriums finden sich “alle kulturellen Angelegenheiten, insbesondere: das Archivwesen, die Museen und die Bibliotheken; die Förderung der bildenden Kunst, der Musik und der Literatur; die Denkmalpflege sowie die Archäologie und die Schlösserverwaltung; die Beziehungen des Staates zu den Religionsgemeinschaften; das Theaterwesen sowie die freie Szene; die Filmförderung; die Staatsorchester”. In dieser Reihenfolge und als Punkte 7 bis 13 am Schluss der Geschäftsbereichs-Gliederung.

Der kulturpolitische Teil der Koalitions-Vereinbarung zwischen SPD und FDP beschreibt in vielen schönen Worten die Bedeutung und den Stellenwert der Kultur, lobt den Kultursommer und die bestehenden Kulturhäuser. Ansonsten bleibt sie mit Ankündigungen vollkommen im Allgemeinen oder greift Selbstverständliches und längst vom Landtag Beschlossenes auf wie die Anträge auf das Prädikat “Weltkulturerbe” für Mittelrhein und Limes oder den Ausbau von Schloss Engers zur Landesmusikakademie. Immerhin enthält das Papier auch das Eingeständnis, dass es “Lücken im kulturellen Angebot des Landes gibt”.

Dies ist erstaunlich. Bisher wurde stets der Eindruck vermittelt, Rheinland-Pfalz sei so etwas wie ein Musterland in Sachen Kultur. Welche Lücken die neue Mehrheit im rheinland-pfälzischen Landtag, die bekanntlich auch die alte war, erkannt hat, wird in dem Koalitionspapier freilich nicht offenbart. Auf entsprechende Me-

dienfragen wusste auch der neue Kulturminister beim Start im neuen Amt keine Antwort. Es bedürfte des Gesprächs mit vielen Beteiligten, führte er aus und versprach schon vorab, dass diese Lücken geschlossen werden. Für die Opposition kann dies nur bedeuten: ein wachsames Auge darauf haben, dass im Doppelhaushalt 2002/2003 keine kulturellen Luftnummern gebucht werden.

Im luftleeren Raum hängt die Aussage, dass das “kulturelle Ehrenamt” mit “dem Ehrenamt im Sport gleichgestellt werden soll”. Gleichwohl ist sie vor dem Hintergrund der Forderung verschiedener Laienverbände im kulturellen Bereich nach einem “Kulturförderungsgesetz” entsprechend dem “Sportförderungsgesetz” interessant. Vor den Wahlen hatte die Landesregierung noch erklärt, ein solches Projekt sei nicht zu finanzieren. Ob das Thema jetzt in die Rubrik “Lücken im kulturellen Angebot” Eingang findet, darauf darf man gespannt sein. . .

Wirklich neu ist im kulturpolitischen Teil des Koalitionspapiers die Förderung der Kinder- und Jugendkulturszene – wie sie aussehen soll und welche Bereiche gemeint sind, wird nicht gesagt. Neu ist auch die Ankündigung einer Konstantin-Ausstellung in Trier.

Themen wie das Denkmalschutz- und -pflegegesetz oder die Aktivierung von privaten Förderern und Sponsoren aus der Wirtschaft für die Kultur bleiben im Gegensatz zur Koalitionsver-

einbarung von 1996 unberücksichtigt. Dabei wäre schnelles Handeln gerade beim Denkmalschutz angesagt. Seit Juli 2001 ist nämlich ein Absatz des Rheinland-pfälzischen Denkmalschutzgesetzes außer Kraft. Das Bundesverfassungsgericht hatte bemängelt, dass den Belangen der Eigentümer zu wenig Gewicht zugekommen ist.

Da eine rechtzeitige Novellierung unterblieb, gilt es jetzt, umgehend für eine sichere Rechtslage zu sorgen.

Großzügiger war die Regierung bei der Verwendung von Mitteln aus dem Bereich des Denkmalschutzes.

So flossen nach Feststellungen des Landesrechnungshofes mehrere hunderttausend Mark für Arbeiten auf Burg Namedy bei Andernach, für die es keine Fördergrundlage gab.

Hier besteht aus Sicht der CDU-Fraktion noch weiterer Aufklärungsbedarf . . .

*Information: Lutz Frisch, MdL,
Kulturpolitischer Sprecher der
CDU-Fraktion im Landtag
Rheinland-Pfalz
Tel. (06131) 208-33 13*

KULTURPOLITIK IN DER PRESSE

Berichtszeitraum März bis Oktober 2001

Deutschland Allgemeine Trends

Was ist Kunst, was ist Kultur?

Die Frage ist auch im letzten Quartal wieder nicht beantwortet worden; nur neue Aspekte haben sich nach dem 11. September ergeben: war es jüngst noch die "Leitkultur", die uns beschäftigte, so ist es jetzt "der Kampf der Kulturen"; beides hat mit unserer Fragestellung nichts tun, auch wenn Berlins amtierende Kultursenatorin Adrienne Goehler ("Phallus") oder Komponist Karl Heinz Stockhausen erkennen ließen, dass Äußerungen aus dem Kulturbereich nicht immer sinnvoll oder gar hilfreich sind. Auswirkungen auf das Klima der Frankfurter Buchmesse werden in allen Feuilletons unterstellt, sicher schadet das dem Schwerpunkt Griechenland.

Nachdenklich stimmen muss allerdings auch, dass nach einer Hochrechnung der UNESCO 4 Millionen Deutsche nicht oder nur mangelhaft lesen und schreiben können (für Frankreich nennt die UNESCO 8 Millionen, für die USA 20 bis 30 Millionen, FR 01.09.2001) und dass es immer noch auf eine gediegene Allgemeinbildung ankommt, daher das Monitum von Titanic (09/2001): "Kanzler! In einer Ansprache zu irgendwas Kulturrellem haben Sie kürzlich Ihre große Bewunderung für ‚Rainer Maria Fassbinder‘ kundgetan – und da fragen wir uns doch, wer denn sonst noch so von Ihnen be-

wundert wird: Rainer Werner Rilke? Klaus Werner Brandauer? Oliver Hans Schmidt? Gern geschehen."

Wie gut, das es die Kritik gibt: Auf die "Vagina-Monologe" wollen wir hier zwar verzichten (s. WELT, 3.8.2001), zur im Oktober 2001 in Köln wieder aufgeführten Homosexuellen-Schmonzette "Corpus Christ" bemerkt die Bild-Zeitung (4.10.-2001): "Viel Klopperei, Radau und nackte Haut, wenig Spannung, dämliche Pinkelszenen..."

Oder zur Inszenierung der Mozart-Oper *Così fan tutte* durch Doris Dörrie am Deutschen Theater in Berlin der Spiegel 24/2001: Aufführung "vergeigt": "Die verlassenen Damen greifen, nachdem sich eine von ihnen gerade noch auf der Kühlerhaube hat flachlegen lassen ... und probiert den Exitus ... mittels Wäschleine, beides vergebens. Dann schleichen sich die zur Täuschung verkleideten Partner heran, zuerst unglaublich komisch unter einem Bärenfell, schließlich im handgestrickten Hippiepulli, und damit versteigt sich die Aufführung ins nostalgische Gedünst von Haschwölchen und Rastalocken. Zum hohen Lied auf die freie Liebe lässt Dörrie Büstenhalter schwenken, einen Lover in der Unterhose tanzen und alle Beteiligten zwischenmenschlich an sich rum-

grabschen – Mozart ist endlich vermillowitscht ... Die ganze Bühne ein Hippiedrom mit Hashpuppies, die stricken und selig duselnden Zuckerpuppen, dazu die Viererbande unterm Baldachin, darüber die Leuchtschrift ‚Powerlove‘ und drumherum viel kunterbunter Firlefanz. Die Deutsche Staatsoper zeigt sich brutalstmöglich auf der Höhe der Zeit: Allaf unter den Linden.“ Dass immerhin die Malerei wieder wichtig werden wird, weil sie das Körpergedächtnis des Menschen gegen die globale Medialisierung verteidige, behauptet Jean-Christophe Ammann in der FAZ vom 16.06.2001.

Ansonsten viel Krise: zur Krise der klassischen Musik s. die Bilanz eines großen Beitrags in der SZ vom 19.06.2001, die WELT vom 5.10.2001 entdeckt dort „nackte Panik“. Krise auch am Theater, so jedenfalls die SZ vom 25.05.2001: Immerhin mehr Stimmen, die der lieblosen Gleichgültigkeit gegenüber den Autoren die Misere anlasten, die gegenwärtig zu einem Publikumsschwund führe. Der Feind des Theaters sei nicht so sehr die schlechte Behandlung der Autoren, sondern die Langeweile.

Buch

Zugelegt

1999 nahm der Umsatz an Büchern (16,2 Milliarden DM Umsatz), Zeitschriften und audiovisuellen Medien aus Buchverlagen um 1,5 % gegenüber 1998 zu, Neuerscheinungen 80.000 Titel; über das Web um-

gesetzt 165 Millionen DM (Steigerung um 175 %). Mehr als die Hälfte der Bundesbürger über 14 greift einmal im Monat zum Buch (iwd 41/2000).

Positive Signale

Entgegen vielen Prognosen stirbt das Buch keineswegs aus. Positive Signale sah jedenfalls der vormalige Vorsteher des Börsenvereins des deutschen Buchhandels, Roland Ullmer, für die Buchbranche, in der rd. 30.000 Beschäftigte arbeiten und weitere 31.000 im Buch-einzelhandel tätig sind. Mit dem Internet sei man wieder auf dem Weg zu einer Gesellschaft der Leser, so Ullmer auf der Leipziger Buchmesse Ende März 2001.

Verändert hätten sich allerdings die Lesegewohnheiten: Die Menschen lesen seltener, jedoch mehr Bücher. Das jährliche Lesequantum zwischen sechs und 20 Büchern hat um 5 % zugenommen (Bericht in der WamS vom 03.06.2001).

Im Juli 2001 stellte ebenfalls der Börsenverein fest, dass Deutschland sich mit 2,6 % mehr Umsatz eines wirtschaftlich gesunden Buchmarktes erfreuen könne. Dabei haben sich „elektronische Medien und Internet als hilfreiche Partner des Buchs erwiesen. Intensivnutzer des PC's sind auch Intensivleser, so der Börsenverein.

Zugleich weist eine Allensbach-Analyse nach, dass bei den 14- bis 19-jährigen der Anteil der täglichen Leser um ein Drittel höher ist als in der Gesamtbevölkerung. (WELT, 14.07.2001).

Auch die Prognosen aus Anlass der Frankfurter Buchmesse

sind eher positiv, selbst wenn sich der Taschenbuchmarkt zu verändern scheint und das e-Book so oder so ein Flop bleibt (WELT, 10.10.2001).

Verdrängungswettbewerb und Buchpreisbindung

Zugleich verstärkt sich der Verdrängungswettbewerb auf dem Buchmarkt. So wird zum 30. Juni 2001 die Münchner Firma Mail-Order-Kaiser, zuletzt im Besitz des Axel-Springer-Verlages, geschlossen. Zum Verhängnis wurden Kaiser die großen Internet-Buchhändler. Betroffen ist auch die österreichische Filialkette Libro mit ihrer Internet-Tochter Lion.CC. Der viertgrößte Buch-einzelhändler, auch bekannt durch den Kampf gegen die Buchpreisbindung (Spiegel 24/2001) im deutschsprachigen Raum steht vor der Insolvenz.

Dabei sollte freilich nicht übersehen werden, dass im Gegensatz zu den USA (80 % des Verlagswesens werden von 5 Konzernen dominiert) mehr als 90 % der deutschen Buchverlage noch unabhängig sind (FAS, 7.10.-2001).

Bußgeldforderung

Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels will die nationale Buchpreisbindung gesetzlich regeln. Das bisherige privatrechtliche System hat sich nach Angaben von Börsenvereinsgeschäftsführer Harald Heker zwar bewährt, doch sei zu befürchten, dass die Europäische Kommission den „deutschen Buchmarkt auch in Zukunft nicht in Ruhe“ lassen werde.

Das geplante neue Gesetz soll sich an dem seit Juli 2000 gel-

tenden österreichischen Modell orientieren (SZ, 21.04.2001). Zur Buchpreisbindungsgesetz auch Harald Heker in der FAZ vom 23.04.2001.

Im Juli 2001 ging der Streit mit Brüssel in eine neue Runde (Zeit, 26.7.2001): Aufgrund einer angeblichen Boykottabsprache hat die Brüsseler Kommission gegen mehrere deutsche Verlage Bußgeldforderungen erhoben und ein förmliches Kartellverfahren gegen alle deutschen Verlage eingeleitet (FAZ 23.07.-2001): die Verlage und Buchgroßhändler dürften sich nicht weigern, Internetbuchhändler ausserhalb Deutschlands mit Reimport unterhalb der Preisbindung zu beliefern, ein Kartellverfahren wurde gegen jene eingeleitet, die sich geweigert hatten die Ketten Libro (Österreich) und Proxis (Belgien) zu beliefern (FAZ, 21.7.2001). Betroffen sein sollen neben dem Börsenverein 1700 am Sammelrevers beteiligte Verlage (FAZ, 23.7.2001). Seitdem ist der Kampf um die Buchpreisbindung wieder neu aufgebrochen.

Dazu Verleger Bernd Lunke in der FAZ vom 02.08.-2001: "Bitte keine Brüsseler Einheitsfrisur": "Wenn ... preisgebundene deutsche Bücher ins Ausland gebracht und dann verbilligt nach Deutschland zurückgeschickt werden, ist das in diesem Sinne kein zwischenstaatlicher Handel, sondern eine Umgehung der in Deutschland im Interesse der Verlage, der Buchhandlungen, der Autoren und der Leser geltenden Gesetze zur Preisbindung. Wenn italienischer Käse nach Deutschland importiert und anschließend nach Italien

zurückschickt wird, wird daraus nicht deutscher Käse, sondern es bleibt italienischer Käse."

Im Herbst 2001 will Kulturstatsminister Nida-Rümelin ein Gesetz nach französischem Vorbild einbringen, an dem derzeit gearbeitet wird (FAZ/WELT, 9.10.2001).

Gescheitert?

Nach einem Bericht der FAZ vom 22.9.2001 droht das anstelle des 1999 abgewickelten Deutschen Bibliotheksinstituts geplante "Innovationszentrum für Bibliotheken" zu scheitern; 9 Bundesländer haben unter Anführung von NRW Mitte August 2001 ihre anfänglich zugesicherte Bereitschaft zur Mitfinanzierung der dafür vorgesehenen ca. 3 Millionen (¼ Bundesfinanzierung) widerrufen. Heinrich Wefing vermutet fehlende Abstimmung zwischen Kultur- und Finanzministern.

Denkmal

Bemühungen verstärken

Die Stiftung Denkmalschutz hat vor einem Nachlassen der Bemühungen um den Erhalt von Baudenkmalern gewarnt. Vor allem in den neuen Bundesländern warteten viele immer noch auf eine Notsicherung. Derzeit müssen zwei von fünf Anträgen abgelehnt werden. In den vergangenen zehn Jahren konnte die Organisation mehr als 1.800 bedrohte Bauten retten, davon etwa 1.450 in den neuen Ländern (FAZ 30.08.2001)

Gebäude als gefrorene

Politik

Zur Jahrestagung der Deutschen

Denkmalpfleger im Juni 2001 in Halle, siehe den Bericht in der WELT vom 20.06.2001. Hervorzuheben ist die Überlegung, dass gerade der Städteverfall in der ehemaligen DDR zum auslösenden Moment friedlicher Veränderung wurde.

Film

Umbau der Filmförderung

Im Spiegel 25/2001 fordert Filmproduzent Günter Rohrbach einen Umbau des Deutschen Filmförderungssystems. Zu sehr sei Hollywood zum allein seligmachenden Maßstab geworden, so dass der eigentliche deutsche Film seine Identität verliere. Außerdem sei der Einfluss des Fernsehens, das in den Fördergremien sitzt und Stimme habe, zu groß ("Das Fernsehen hat sich den Film zur Beute gemacht und deklariert dies in fröhlicher Unverschämtheit seit Jahren als Mäzenatentum"). Es sei dringend notwendig, das Fernsehen zurückzudrängen und dessen finanziellen Beitrag zugleich stark zu erhöhen. Zugleich plädiert Rohrbach für eine "Referenz-Filmförderung". Und natürlich muss ordentlich bei den Kulturausgaben des Bundes finanziell "aufgesattelt" werden. Jedenfalls muss doch stutzig machen, dass Deutschland auch im dritten Jahr in Folge bei den 58 Filmfestspielen in Venedig nicht mit einem eigenen Beitrag im großen Wettbewerb vertreten ist (FR, 28.07.2001).

Im offiziellen Wettbewerbsprogramm ist Deutschland nur mit der Koproduktion "The Navigators" vertreten.(WELT,

28.07.2001), in Cannes war der deutsche Film schon seit 8 nicht mehr für würdig befunden wurde, dort präsentiert zu werden, WELT, 21.05.2001: "Lernen von Frankreich".

Der Autor macht aber zugleich darauf aufmerksam, dass Kino ein gewaltiger Wirtschaftsfaktor wäre, immerhin hätten die Franzosen in Frankreich ihren Eigenmarkt zu 50 % zurückerobert, während es in Deutschland nur 13 % seien. Die Lehren aus dem französischen Exempel: Vertriebskanäle in eigenen Händen, keine Scham vor Kommerzfilmen, die das Geld für die Kunst verdienen, Pflege seiner Stars und seiner Kinodiskussionskultur. Immerhin hat sich Kanzler Schröder selbst eingeschaltet und angeregt, das Kino in den Schulunterricht einzuführen (Spiegel 26/2001).

Von Frankreich lernen

Im Vergleich dazu geht es – so Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin in der die SZ vom 18.08.2001 - "Frankreichs Kino fabelhaft". So wurden im Jahre 2000 in Frankreich 171 Kinofilme produziert. Damit ist Frankreich Spitzenreiter der europäischen Länder. Von der französischen Filmförderung könne man lernen – so das Blatt. So sind in Frankreich drei Viertel der französischen Produktionsförderung von Kinofilmen an den wirtschaftlichen Erfolg des Produzenten gekoppelt (Referenzförderung). In Deutschland liegt dieser Anteil nur bei einem Fünftel:

"Die kulturellen Aspekte der Filmförderung müssen ein stärkeres Gewicht erhalten. Zu prü-

fen ist, wie die Mittel des Bundes in diesem Sinne effizienter genutzt werden können. Es geht dabei nicht um eine Orientierung am Zentralismus des französischen Modells, wohl aber um eine verbesserte Koordination der Filmförderung zwischen Bund und Ländern ... Von Frankreich lernen heißt auch, besonderen Wert auf die Außenrepräsentanz Deutschlands zu legen und dies nachhaltig zu stärken ... Ich würde es begrüßen, wenn Filmgeschichte künftig in den Lehrplänen eine wichtige Rolle spielen würde ..." In dieselbe Kerbe haut auch die WELT vom 18.08.2001, die darauf hinweist, dass einerseits der Kino-Umsatz um 9,5 % gestiegen ist und zugleich der Markt aller deutschen Filme von 15,3 auf 13 % gefallen ist: "Im Vergleich zu Frankreich ist der Anteil heimischer Filmproduktionen am Gesamtmarkt geradezu lächerlich gering. Auf 30 bis 40 % Marktanteil bringen es die inländischen Produktionen beim Nachbarn." Auch für die WELT ist Verbesserung in der Filmförderung angesagt.

Umsatz gesteigert

Lt. Filmförderungsanstalt verzeichnen die deutschen Kinos im 1. Quartal 2001 gegenüber dem Vorjahreszeitraum einen Anstieg um 5,2 Millionen auf insgesamt 47,7 Millionen verkaufte Karten. Der Umsatz stieg gegenüber 457,8 Millionen in 2000 auf 512,9 Millionen DM (WELT, 09.05.2001).

Rückgänge

Der europäische Film hat in 2000 weniger Zuschauer ange-

lockt als noch 1999. Der Marktanteil sank von rd. 29 auf 22,5 %, während amerikanische Filme in europäischen Kinos 4 % dazu gewannen. Der deutsche Film büßte auf dem heimischen Markt gegenüber 1999 1,5 % ein und muss sich nunmehr mit 12,5 % Marktanteil bescheiden. (FAZ, 27.04.2001).

Deutscher Filmpreis 2001

Die Kommerzialisierbarkeit des Deutschen Films steht auch im Mittelpunkt der Kommentare, die die Verleihung des Deutschen Filmpreises 2001, „Lola“ genannt, begleiten. Die SZ vom 22.06.2001 weist darauf hin, man dürfe nicht immer nur auf Amerika starren, die FAZ vom 25.06.2001 rät zur Verschiebung des Verleihtermins, "im Januar am besten, wenn es draußen kalt ist und die von der Hollywood-Weihnachtsoffensive benommenen Zuschauer eher geneigt sind, wieder einmal ein einheimisches Filmchen zu sehen, dann ließe sich besser kaschieren, dass kein Hahn danach kräht. Die deutschen Filme des Jahres 2000 sind ohne jeden Nachhall aus den Kinos verschwunden."

Und behauptet, der Deutsche Filmpreis sei "kein Ritterschlag". "Er ist der Versuch, 5,36 Mio DM Steuergeld auf möglichst glamouröse Art und an die wenigen ambitionierten Filmleute zu verteilen. Wer es schafft, einen anspruchsvollen Spielfilm ins Kino zu bringen, darf einer Nominierung in wenigstens einer Kategorie so gut wie sicher sein."

Und die WELT vom 25.06.-2001 moniert: Gerhard Schröder habe statt der vorgesehenen 10

geschlagene 20 Minuten geredet, und unterstreicht: "Darin liegt die Crux des deutschen Films und der Grund für Schröders Hybris: die einen hängen am Tropf des Staates und der andere zeigt im Wissen darum keinerlei Hemmung, sich als Mittelpunkt zu inszenieren, wo er klüger die Fiktion des bescheidenen Gastes aufrecht erhalten hätte".

Die SZ vom 25.06.2001 kommt zu dem Schluss: "Das alles kommt einem ein bisschen vor wie der erfolgreiche Abschluss eines Schuljahres. Alle wurden versetzt, keiner sitzen geblieben. Es gibt nichts, worüber man sich ärgern müsste – aber ein spannendes Rennen um die goldene Lola hat nicht stattgefunden. Dazu war das alles viel zu lahm." Daher titelt auch der Rheinische Merkur vom 29.06.2001: "Lolas Rennen – aber der deutsche Film steht still."

Auch Schauspieler Jürgen Vogel übt in der WamS vom 24.06.2001 Kritik: "Die Deutschen (drehen) meiner Meinung nach weltweit immer noch die unwichtigsten Filme ... Film hat wie gesagt nun einmal etwas mit Kunst, Gefühl und Leidenschaft zu tun. Aber es gibt in Deutschland kaum Menschen, die das verstehen und sich wirklich verantwortlich fühlen, damit meine ich alle Produzenten, Regisseure, Autoren und Schauspieler. Es kann doch wirklich keiner ernsthaft wollen, dass wir jedes Jahr bei den Filmfestspielen in Cannes ausgelacht werden."

Museum

Schutz vor Zeitgeist

"Schützt die Museen vor dem Zeitgeist", das fordert Eduard Beaucamp in der FAZ vom 07.09.2001. Besonders gefährdet seien die Kunst-Gewerbemuseen, die Museen in der Provinz und die Spezialmuseen: Manche Museen setzen ihr Heil so sehr auf den Zeitgeist und eine nur vermutete Zukunft, dass sie ganze Domänen ihres Bestandes unbeanstandet und fast unbemerkt vielleicht auf Nimmerwiedersehen im Depot versenken. Dahinter stehe eine nicht gerade "feinsinnige Marktgesellschaft", die heute ziemlich rücksichtslos nach Art und Grad der Dienstleistung, nach dem musealen "Warenangebot" frage: Entertainment, die Straße, das Shopping, das Bistro- und Disco-Gewerbe, den Zirkus und den gesellschaftlichen Salon.

Beaucamp kommt zu dem Schluss: "Ohne bittere Wahrheiten kommt man nicht herum: Niemand glaubt mehr so recht an den ideellen Mehrwert, die konsensstiftende Leitwährung der Kunst, an ihre Zukunftsmächtigkeit und gesellschaftliche Repräsentanz ... Spezialisten und Forscher gelten als Sand im Getriebe ..."

Dagegen Beaucamp: "Wir müssen mit uns ins Gericht gehen, wir dürfen das Erbe nicht länger vielfach vulgären und erbärmlichen Bedürfnissen unterwerfen. Wir müssen der Geschichte ohne Kosten-Nutzen-Rechnung einen Platz in unserer Gesellschaft sichern."

Musik

Bündnis für

Ein gesellschaftliches Bündnis für Musik haben die deutschen Klavierhersteller gefordert. Der nächsten Generation drohe eine kulturelle Verarmung, so der Vorsitzende des Fachverbandes Deutsche Klavierindustrie (FDK) Christian Blüthner-Haessler, in einigen Ländern fielen bereits 18 % des Musikunterrichts an den Schulen aus. Die meisten Instrumente seien in einem schlechten Zustand (WELT 28.05.2001).

Einbrüche

Im ersten Halbjahr 2001 schrumpft der deutsche Tonträgermarkt (CD, Minidisk, Musik-kassette, LP) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um rd. 10 %. Im Mai 2001 knickte der Umsatz sogar um 20 %. Wesentlicher Grund dafür: das immer populärere Kopieren von regulären CDs auf Brennern. Allein im vergangenen Jahr wurden 120 Millionen CD-Rohlinge mit Pop- und Rockmusik bespielt. Im gleichen Zeitraum verkaufte die Tonträgerbranche 262 Millionen CDs. Daher wird in fast allen Produktionsfirmen ein Kopierschutz vorbereitet, allerdings gibt es dabei noch erhebliche technische Probleme (SZ, 06.07.2001).

Theater

Von der Wirtschaft lernen

Dass das Theater von der Wirtschaft lernen müsse, fordert Klaus Siebenhaar in der WELT vom 13.06.2001. Das Dilemma sei: "Weniger Geld, weniger Pro-

duktion, am Ende weniger Theater – die Probleme und der Apparat bleiben. Was tun? Die Totengräber eines vitalen Theaterbetriebs sitzen zunächst in den eigenen Häusern...” 80 bis 90 % des Budgets sind Fixkosten, nur 10 % disponible Produktionsmittel.

Avantgarde

Der Rheinische Merkur vom 20.04.2001 stellt die Frage, ob die Theater am Publikum vorbei produzieren. Was der neuen Literatur gelungen sei, nämlich relevant für unsere Zeit zu sein, müsse auch auf der Bühne gelingen. Es bedarf dafür ”einer neuen, vielleicht sogar stilleren Theatersprache und einer nicht abbildenden Bildlichkeit um der existentiellen Bedrohung des Subjekt nachzuspüren, das Gefahr läuft, hinter der Vielzahl seiner Masken und Selbstdarstellungen zu verschwinden. Das zu versuchen, halte ich für eine der großen Aufgaben von Avantgarde. Und sie scheint mir von einer Relevanz zu sein, der sich kein zeitgenössisches Publikum entziehen kann.”

Finanzierung/Sponsoring allgemein

Länder an der Ausgaben- spitze

Die deutschen Kommunen geben immer weniger Geld für Kultur aus und sind damit nur noch der zweitwichtigste Geldgeber bei der Kulturfinanzierung. Mit 6,8 Mrd DM leisten sie nur noch einen Anteil von 44 % aller öffentlichen Kulturhaushalte von Bund, Ländern und Gemeinden. An der Spitze liegen die Länder mit 7,4 Mrd sowie einem Anteil von 47 %. Der Anteil der Bundesmittel in Höhe von 1,4 Mrd DM entspricht einem Anteil von 9 %. Insgesamt stagnieren die Kulturausgaben in Deutschland: 1999 und 2000 flossen jeweils rd. 15,4 Mrd DM in den öffentlichen Kultursektor, was einem Anteil von lediglich 0,39 % am Bruttoinhaltsprodukt entspricht (SZ, 27.04.2001).

Sinkende Ausgaben

Allerdings sinken seit Mitte der 90er Jahre in allen neuen Ländern, mit Ausnahme Sachsens die Ausgaben in den Kulturbereich auf Landesebene. Am deutlichsten ist dieser Trend an der Denkmalpflege abzulesen, hier ist Brandenburg im Ländervergleich mittlerweile das Schlusslicht. Auch auf kommunaler Seite sinkt die Investitionsbereitschaft (FAZ, 19.07.2001).

STIFTUNGSRECHT 1

Ein Rückblick auf die Stiftungsdebatte bietet die FAZ vom 26.04.2001, und insbesondere zum 3. Anlauf der FDP vom April 2001. Dazu Peter Rawert

in der FAZ vom 26.04.2001: ”Wer ein stiftungsfreundliches Klima in Deutschland fordert, kann sich der Gunst der Öffentlichkeit gewiss sein. Wer rechtlich und ordnungspolitisch ernsthafte Beiträge dazu liefert, verdient Aufmerksamkeit und Unterstützung. Wo Gesetzgebungsentwürfe freilich zum reinen Mittel politischer Effekthascherei verkümmern, sollten sie besser unterbleiben. Mit ihrem 3. Entwurf zu einer Reform des Stiftungszivilrechts hat sich die FDP aus der ernstzunehmenden Diskussion endgültig verabschiedet. Schade.”

STIFTUNGSRECHT 2

1999 hatte noch der vormalige Kulturstaatsminister, Michael Naumann, Mehreinnahmen der Kulturkassen durch die Reform des Stiftungsrechtes auf 500 Millionen DM beziffert. Heute kann sein Nachfolger Nida-Rümelin nur konstatieren: Es sei verwunderlich, dass trotz ... Erbschaften in Milliardenhöhe aus dem umgeschichteten Vermögen so wenig in Stiftungen fließe.

Dazu Berthold Seebald in der WELT vom 28.04.2001 ”Wer etwas stiftet, möchte etwas dafür bekommen, sei es Ruhm, Anerkennung oder zumindest Dankbarkeit. Ob er solche Werte allerdings in einer Gellschaft findet, in der bereits sogenannte Besserverdienende fiskalisch wie moralisch stigmatisiert werden, darf bezweifelt werden.

Auch Heinrich Wefing sieht in der FAZ vom 30.7. 2001 wenig Stifter: “Allerdings war das nie

mehr als eine schöne Hoffnung, eine Wette auf die Bereitschaft der Bürger, das Ihre zum Gemeinwohl beizutragen." Über das "Phantom des Stifters" macht sich auch Ulrich Raulff in der SZ vom 7.7.2001 eher pessimistische Gedanken. Dazu die Zahlen: 600 Millionen DM fließen jährlich von Unternehmen in Wissenschafts- und Kultureinrichtungen, 10.000 Stiftungen mit einem geschätzten Gesamtvermögen von 100 Mrd. DM umfasst der Bundesverband deutscher Stiftungen.

STIFTUNGSRECHT 3

Aus Anlass der von finanziellem Ruin bedrohten Akademie der Künste in München, die zu einem Drittel von Beiträgen der Friedrich-Baur-Stiftung abhängig ist, die SZ vom 07.07.2001: "Wer mit dem Spender tanzt, kann in der Umarmung leicht ins Schwitzen geraten. Immer wieder suchen Stifter die ‚mit warmer Hand‘ geben, nicht erst beim Erbfall Einfluss zu nehmen auf die Verwendung der gespendeten Mittel." Von dieser Einflussnahme sind insbesondere die Museen betroffen.

Goethe-Stiftung

Hilmar Hoffmann, Präsident vom Goethe-Institut Internationales will eine Stiftung zur Unterstützung der weltweit 140 Goethe-Institute ins Leben rufen. Dafür können Privatpersonen bei Firmen, die 5 Millionen DM oder mehr zur Verfügung stellen, ihren Namen einem Goethe-Institut ihrer Wahl in repräsentativer Form hinzufügen (WELT, 26.04.2001).

Gründerzentren

Die Landesregierung NRW will an ausgewählten Standorten kulturelle Gründerzentren errichten, die 3 Jahre lang finanziell gefördert würden. Dazu die FAZ vom 25.04.2001: "Also Künstler raus aus den Elfenbeintürmen der Ateliers und Poetendachstuben und hinein in die Gründerzentren, dort werdet ihr rundum versorgt, und bevor ihr zu Feder oder Pinsel, Klavier oder Kamera greift, könnt ihr – von Profis beraten – erst mal kalkulieren, wie die Marktschancen dafür stehen, dass das, was ihr da in der Mache habt, als Produkt auch ankommt. Mit der Subvention erteilt der Staat euch seinen Segen dafür: auf dass aus ganz nutz- und oft auch brotlosen Künstlern erfolgreiche Kulturdienstleister werden!"

Niedriger besteuern!

Nach Einführung der Ausländersteuer für ausländische Künstler ist der Kulturaustausch mit Deutschland um ein Drittel zurückgegangen ist (WELT, 20.6.-201) - so soll wegen der Besteuerung ausländischer Künstler in Deutschland das internationale Tanzfestival in Kassel in diesem Jahr ausfallen (Ausländersteuer), SZ 19.06.2001.

Daher sieht nicht nur Monika Griefahn, Vorsitzender des Kulturausschusses des Bundestages (Focus, 23.7.2001), sondern auch Kulturminister Nida-Rümelin Handlungsbedarf: "Man darf von staatlicher Seite nicht so regide auf so ein zartes Pflänzchen wie den Kulturaustausch zurück greifen." Daher will Nida-Rümelin einen neuen Anlauf nehmen, den Widerstand der Finanzminister in

Bund und Ländern zu überwinden. Dabei soll es eine bestimmte Freigrenze geben, eine sogenannte Bagatellgrenze. Danach sollen Künstler bis zu einer Nettogage von DM 500,— pro Kopf und Auftritt in der Bundesrepublik keine Steuern mehr zahlen. Der Vorschlag wird vom Deutschen Kulturrat unterstützt (SZ, 20.06.2001).

Zunahme bei Kulturpreisen

In Deutschland werden mehr als 3.000 Kulturpreise im Gesamtwert von 104 Millionen DM vergeben, mit jährlich 9.000 Ausgezeichneten (Durchschnitt 11.000 DM). Damit hat die Zahl der Kulturpreise seit 1995 um rd. die Hälfte zugenommen, nicht zuletzt als Kompensation für zahlreiche nach der Wende in der früheren DDR eingestellten Auszeichnungen, so Andreas Wiesand, Direktor des Zentrums für Kulturforschung. Die größte Zahl der Ehrungen wird mit 519 in der Sparte Literatur vergeben, dicht gefolgt von spartenübergreifenden (498) sowie Auszeichnungen in Musik (463) und Bildender Kunst (421).

Eintrittslos

In Großbritannien erheben die staatlichen Museen künftig keinen Eintritt mehr. Auch Italien scheint sich auf den Weg des freien Eintritts zu machen, dafür hört man freilich, dass man in Venedig für die ganze Stadt Eintrittsgelder erheben will und dass dort der Hang wächst, auch in berühmten Kirchen Eintritt zu nehmen. Insgesamt verzichten von den 22 deutschen nur 8, von den 21 ausgewählten europäischen Museen in westeuropä-

schen Großstädten nur 6 auf Eintrittsgeld. Vor allem verlangen Museen in Deutschland keinen Eintritt, die weniger als 5.000 oder höchstens 5.000 bis 10.000 Besucher im Jahr haben, denn die Kassiererin würde mehr kosten als der Eintritt einbringe.

Dazu Peter Dittmar in der WELT vom 29.06.2001: "Eintrittsgeld ist durchaus mit dem kulturpolitischen Auftrag der Museen zu vereinen. Damit werden die öffentlichen Hände jedoch nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, da der Eintritt stets nur einen kleinen Teil der tatsächlichen Kosten abdeckt. 'Eintritt frei' will lediglich einen Reichtum vorgaukeln, der im krassen Widerspruch zu den von Sparplänen gebeutelten Museen steht, die aus den kargen eigenen und staatlichen Mitteln schon längst nicht mehr ihren Bildungsauftrag zu erfüllen vermögen und auf 'Drittmittel' angewiesen sind."

Mehr Geld

Die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger hat mehr Geld für die ostdeutschen Theater verlangt. Dabei seien Strukturveränderungen in der Theaterlandschaft "unumgängliche Schnitte".

Wie Beamte?

Immerhin stellt der Akademiepräsident György Konrad die interessante Frage: Warum nicht für Künstler das Durchschnittsgehalt eines Beamten? (WELT, 11.6.2001).

2,2 Milliarden

Für das Stadtumbauprogramm Ost hat der Bund 2,2 Milliarden

DM zur Verfügung gestellt (WELT, 5.9.2001).

Urheberrechtsnovelle modifiziert?

Im Streit um das von Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin geplante neue Urheberrecht zugunsten von Künstlern, Autoren und v.a. Übersetzern scheinen sich die Fronten zu verschärfen; Knackpunkt des neuen Gesetzes, das das seit 1965 geltende Urheberrecht ablösen soll, ist die Formulierung "angemessene Vergütung" auch für Nachzahlungen, die auf den entschiedenen Widerstand der Verleger stieß.

Dass der Entwurf etwa für die Produktion von Hörbüchern geradezu tödlich sei, betonte die Geschäftsführerin des Münchner Hörverlags, Claudia Baumhöver, im Spiegel 27/2001. Der Anspruch auf "angemessene Vergütung" sollte bis 20 Jahre rückwirkend gelten, "bei rd. 4.000 Verträgen, die der Hörverlag derzeit mit Autoren, Sprechern und Regisseuren abgeschlossen hat: "An die Hörbuchbranche hat offenbar niemand gedacht. Wenn dieses Gesetz im September tatsächlich beschlossen wird, dann können wir den Laden dicht machen." Die SZ vom, 6.10.2001 wertet: "Das Publikum aber wird ärmer dastehen, weil es viele, viele Bücher gar nicht mehr geben wird, und viele von dem, was bleibt, nicht mehr interessieren." "Seid gewarnt", meint Uwe Wittstock in der WELT vom 6.7.2001: "In ein paar Jahren wird er uns allen leid tun, der Däubler-Gmelin-Erlass".

In diese Richtung argumentiert auch die FAZ vom 10.10.-

2001. Helmut Heinen, Präsident des Bundes Deutscher Zeitungsverleger, wies darauf hin, dass die große Mehrzahl der freien Autoren sachgerecht bezahlt werden (WELT 18.09.2001).

Das Handelsblatt vom 10.7.-2001 vermutet, ein Teil der deutschen Produktion werde sich ins Ausland verlagern, da die Ministerin innerhalb der EU im Alleingang plant. Auch die deutsche Filmwirtschaft sieht sich bedroht und legte einen Alternativvorschlag vor, zumal es dort keinen Urheber ohne Produzenten gibt (Welt, 5.9.2001).

Mit einer großen Anzeigenkampagne und unbedruckten Büchern auf der Buchmesse (WELT, 11.10.2001) wollen die betroffenen Verbände die Nachteile der Gesetzesnovelle zum Urheberrecht verdeutlichen.

Hingegen begrüßt der Vorsitzende des Verbandes deutscher Schriftsteller Fred Breinersdorfer in der FAZ vom 3.1.7.2001 den Entwurf: "Selbstkritik statt Wehgeschrei". Bundesministerin Däubler-Gmelin hat Kritik am geplanten neuen Urheberrechtsgesetz zunächst zurückgewiesen (WELT 07.08.2001), soll aber jetzt zu Modifikationen bereit sein (SZ 21.9.2001).

Leistungs- und Urheberrechtsschutz beibehalten

"'Kultur' ist kein normales Handelsgut, es geht um unsere nationalen Eigenheiten und auch darum, nicht massentaugliche Produkte zu schützen und zu fördern." Mit diesen Worten warnte der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmer-

mann, davor, in internationalen Wirtschaftsverhandlungen den besonderen Leistungs- und Urheberrechtsschutz für Kultur zugunsten eines liberalisierten Weltmarktes aufzugeben.

Auch in einem liberalisierten Weltmarkt sei die öffentliche Kulturförderung zu erhalten. (WELT, 26.06.2001).

Kulturpolitik im Bund

Eine Bundeskulturstiftung....

Im Juni 2001 beschloss das Bundeskabinett die Errichtung einer Bundeskulturstiftung (mit Sitz in Halle?). Kulturstaatsminister Nida-Rümelin stellte sich einen Finanzbedarf von 75 Millionen DM jährlich vor. Zunächst war (SZ vom 19.06.2001) ein 2-Säulen-Modell angedacht. Dann sollte die Kulturstiftung der Länder (KSL) aufgelöst und in eine neue Nationalstiftung der Bundesrepublik Deutschland für Kunst und Kultur aufgehen, die Bund und alle Länder gemeinsam gründen. Zudem wird erwogen, die im Kanzleramt verwalteten Denkmalschutzmittel ebenfalls in die neue Nationalstiftung einfließen zu lassen. Damit wären sowohl die verfassungsrechtlichen Bedenken zerstreut wie auch eine unnötige Verdoppelung der Stiftungsstrukturen vermieden. Im Bundeshaushalt 2002 sind aber nur 25 Millionen DM für die neue Stiftung vorgesehen.

Am 28.06.2001 berichtet die FAZ, in den Ländern beginne sich Widerstand gegen die Kulturstiftung zu regen, die gegen die Grundprinzipien des Föderalismus zu verstoßen drohe. Allerdings ist von einer klaren Ablehnung noch nicht die Rede.

Das ändert sich rasch. Wie die FAZ vom 07.07.2001 berichtet, gibt es in Bayern, Thüringen und wohl auch in Nordrhein-Westfalen aus unterschiedlichen Gründen Vorbehalte gegen diese neuen Pläne. Bayerns Kultusminister Hans Zehetmaier drohte mit dem Gang nach Karlsruhe, soll-

te der Bund eine Nationalstiftung allein durchsetzen wollen. Auch der nordrhein-westfälische Kulturminister, Michael Vesper, hat föderale Bedenken. Es sei unzeitgemäß, Bund und Länder in ein Modell der Mischfinanzierung zu zwingen, während andererseits die Überzeugung vorherrsche "die Funktion von Bund und Ländern stärker zu trennen". (FAZ, 19.07.2001).

Berlins neue Kultursenatorin Adrienne Goehler erinnerte an die notwendige Transparenz der Bundeskulturpolitik und wies darauf hin, die Kulturhoheit der Länder dürfe nicht angetastet werden. Der Unmut bezog sich darüber hinaus auch auf den geplanten Stiftungszweck, nämlich die Förderung innovativer zeitgenössischer Kunst, die in einer solchen Bundeskulturstiftung monopolisiert werden könnte, und die Beschränkung der KSL auf die Bewahrung und Pflege des Kulturerbes. Man rätselt darüber, in welchem Bereich der zeitgenössischen Kunst Nida-Rümelin dringlichen Förderbedarf ausgemacht habe.

Gegen eine Bundeskulturstiftung sprach sich in der FAZ vom 23.06.2001 auch Michael Göring, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Bucerius-Stiftung, Hamburg, aus. Sie sei keine Stiftung im eigentlichen Sinne, denn ihr fehlt ein Stiftungskapital. Daher fehlt ihr auch die Unabhängigkeit vom Staat, Souveränität der Stiftungsverantwortlichen und eine moderne Struktur. Vor allem be-

mängelt Göring die Fokussierung auf die Förderung von Gegenwartskunst. Es gebe bereits heute für jeden wirklich guten Nachwuchskünstler Preise und Stipendien in ausreichender Zahl, zumal private Stiftungen und Unternehmen im Wege des Kultursponsorings 800 bis 900 Millionen DM zur Verfügung gestellt hätten.

In seiner letzten Pressekonferenz vor der Sommerpause wurde Kulturminister Nida-Rümelin etwas schärfer: er warnte die Länder vor einer Blockade. Es werde in jedem Falle eine eigene Bundesstiftung geben: "Ich bin wirklich nicht bereit, anlässlich der Vorgeschichte von 30 Jahren ein unendliches Spiel mitzumachen." Koppeln will er sein Modell auch an das Schicksal der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, bei der einige Länder im Jahre 2004 mit Auslaufen des Finanzierungsabkommens den Ausstieg erwägen. Für die Berliner Museumsinsel wiederholte Nida-Rümelin die "vage Idee", dass der Bund die Sanierungskosten komplett übernehmen könnte.

... und ein Bundeskulturminister?

Natürlich verband sich der Plan sofort wieder mit der seit 1996 immer wieder einmal diskutierten Idee eines Bundeskulturministers, der am Horizont auftauchte: Allerdings agiert Nida-Rümelin hier vorsichtiger als sein Vorgänger, Michael Naumann, dessen Wort von der "Verfassungs-Folklore" unvergessen bleibt; für ihn stelle sich weder für jetzt noch für den Rest der

Legislaturperiode die Frage nach einem Bundeskulturministerium (FAZ, 05.06.2001), zumal dann auch wieder die Frage nach der Auswärtigen Kulturpolitik auftauchen würde: Auch Alexander-von-Humboldt-Stiftung und Auslandsschulen im Bundeskanzleramt? Fraglich, ob Bundesaußenminister Joschka Fischer dieses Szenario mitmacht (s. auch NZZ 08.06.2001).

Während Uwe Wittstock in der WELT vom 12.06.2001 behauptet, ein Bundeskulturminister würde den Förderalismus nicht schwächen, die Kultur aber stärken, zumal nur 10 % der öffentlichen Ausgaben vom Bund kommen, der weitaus größte Teil, 60 %, von Städten und Gemeinden finanziert und nur 30 % den Ländern und nicht zuletzt ein Bundeskulturminister ein natürlicher Verbündeter des Berliner Kultursenators wäre, spricht sich Herbert Kremp in der WELT vom 06.06.2001 dagegen aus: "Wer nun aber versuchte, die Kulturkompetenz administrativ auf den Bund zu ziehen, würde den Grundsatzkonflikt heraufbeschwören." Er geriete in den begründeten Verdacht, die finanzielle Notlage Berlins auszunutzen, um das unitarische durch das zentralstaataliche Prinzip zu ersetzen. Berlin geriete in dieser Hinsicht in die Nähe Weimars. Und während der nordrhein-westfälische Kulturminister Michael Vesper einem Bundeskulturministerium nicht grundsätzlich ablehnend gegenübersteht, ein solches Ministerium dürfe nur kein Vorwand dafür sein, die finanziellen Ressourcen für die Kunst zu verringern

(WELT, 07.06.2001), sind NRW's Ministerpräsident Clement und Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Simonis gegen ein Bundeskulturministerium (siehe auch die Beiträge in der WELT 02.06.2001).

Gegen die Konzentration auf moderne Kunst

Die Kritik richtete sich aber auch gegen die Konzentration auf moderne Kunst. Für die Förderung der Gegenwartskunst tritt nur Jörg Lauch in der Zeit vom 21.06.2001 ein, glaubt aber auch, dass erst mit 75 Millionen DM, nicht mit 25, eine solche Kulturstiftung sinnvoll sei.

Karin von Welck, Generalsekretärin der Kulturstiftung der Länder, hält es hingegen für sinnlos, alles in die Förderung zeitgenössischer Kunst zu stecken (Kölner Stadtanzeiger, 30.05.2001).

Uwe Wittstock kommentiert in der WELT vom 02.06.2001: es sei "nicht eben wahrscheinlich, dass die Länder zustimmen werden, gerade die Förderung der Gegenwartskunst – die das Bewusstsein der Zeit sowohl ausdrückt als auch mit prägt – stärker in die Hand des Bundes übergehen zu lassen. Viel eher müssen wir uns wohl auf ewiges politisches Gefeilsche um mögliche Kompetenzen eines Bundeskulturministers einrichten. Und auf einen noch dichter werdenden bürokratischen Dschungel, in dem sich Künstler schon lange nicht mehr auskennen" und moniert am 3.7.-2001 ebd., es sei bedenklich, wenn nur die Kommissionen des Kulturstaatsministers festlegten, welche zeitgenössischen Künst-

ler finanziell gefördert würden und welche nicht. Ingo von Münch warnt in der FAZ vom 17.7.2001 vor dem "Danaergeschenk" und Heinrich Wefing moniert: "Woraus der Bundeskulturbeauftragte eine verfassungsrechtliche Zuständigkeit zur Förderung von Ausstellungen, Stipendienfonds oder Kompositionsaufträgen herleiten will ist jedenfalls einigermaßen schleierhaft." Daher äußert Wefing den Verdacht, die Bundeskulturstiftung diene nicht dazu, ein inhaltliches Defizit zu beseitigen, sondern ein politisch instrumentelles. Man wolle auch einmal selbst Schecks zum direkten Wohle der Kultur aufschreiben können: "Aber je näher der Staat der Kunst kommt, desto eher wird sie zur Staatskunst." (FAZ, 12.06.2001).

Hingegen machte Literaturnobelpreisträger Günter Grass einen sehr konkreten und inhaltlich auch sinnvollen Vorschlag: Die Bundeskulturstiftung solle auch das kulturelle Erbe der historischen deutschen Ostgebiete mitbetreuen: "Nachdem man im letzten Weltkrieg durch eigene Schuld deutsche Provinzen verloren hat – so Ostpreußen, Schlesien oder Vorpommern – musste man diesen Verlust zwar akzeptieren, aber es steht nirgendwo geschrieben, dass wir die kulturelle Substanz dieser Regionen vernachlässigen oder gar überforderten Flüchtlingsverbänden überlassen sollen. Eine Bundeskulturstiftung sollte auch dieses Erbe mitbetreuen."

Auswärtige Kulturpolitik

Gährende Leere

Zur Diskussion über die auswärtige Kulturpolitik im Deutschen Bundestag im Mai 2001 siehe den Bericht in der FR, 12.05.2001: "Gährende Leere im Parlament". Der kulturpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Norbert Lammert: "Wir haben uns weniger um die Grundsätze zu streiten als über ihre Umsetzung." "Der Ausverkauf der auswärtigen Kulturpolitik ist längst eingeläutet. Die Regierungsferne müssen sich die Mittlerorganisationen mit Wirtschaftsnähe erkaufen.", so die FR in ihrem Bericht.

"Feudalherrenmanier"

Für große Aufregung hat in den Feuilletons die Ausfuhr der Weltkarte von Martin Waldseemüller in die USA gesorgt. Die Bundesregierung erließ eine Lizenz, die es möglich machte, dass die Kongress-Bibliothek das einzigartige und unersetzliche Dokument vom oberschwäbischen Fürsten Johannes zu Waldburg-Wolfegg zum Preis von 10 Millionen Dollar erwerben konnte. Die Freigabe war wohl schon Anfang 2000 perfekt, ohne dass die Öffentlichkeit etwas davon erfuhr. Gesetzlich ist vorgesehen, dass der Kulturstaatsminister vor der Exporterlaubnis, die er geben kann, fünf Sachverständige hören muss. Vier der berufenen Experten stimmten 1998 gegen die Ausfuhr, worüber sich der Kulturstaatsminister, jetzt Nida-Rümelin, hinweg setzte. Der Verkauf der Weltkarte ist daher gegen das "Votum aller

Kulturfachleute in Deutschland zustande" gekommen, so Ministerialdirigent a. D. Waldemar Ritter im Juli 2001, im Bundesinnenministerium 25 Jahre lang für den Schutz wertvollen Kulturguts in Deutschland zuständig. Er nannte die von Kulturstaatsminister Nida-Rümelin gebilligte Transaktion ein "böses Omen". (FAZ, 24.07.2001).

"Feudalherrenmanier" nennt das Eduard Beaucamp in der FAZ vom 10.08.2001, der in der FAZ vom 31.7.2001 die "Böcke zu Gärtnern" geworden sah: Besonders empörend sei die vollständige Geheimhaltung. Sie zeuge für schlechtes Gewissen "... Die Bundesregierung hat die zwangsläufigen Folgen der Treulosigkeit gegenüber ihrer Schutzpflicht nicht bedacht.

Aufreizend wirkt nun die Doppelzüngigkeit gegenüber dem Westen und dem Osten. Welche Glaubwürdigkeit hat noch das Gerede und Gejammer über Beutekunst und die Rückführung deutschen Kulturguts, das unabdingbar sei für die deutsche Identität? Was man auf der einen Seite großspurig verspielt, kann man auf der anderen schlecht einfordern. Wer große Gesten gegenüber Amerika für richtig hält, müsse sich zumal gegenüber den Polen, deren Kultur die Deutschen im letzten Krieg systematisch vernichteten, zu weit großmütigeren Gesten entschließen."

Positiv sieht das Ganze hingegen Berthold Seewald in der WELT vom 1.8.2001: Kunst

müsse nicht nur bewahrt, sie müsse auch gezeigt werden.

Deutsche Welle

Mit einem "German Channel" also Bezahlfernsehen (ca. 15 Dollar) will die Deutsche Welle im Ausland attraktiver werden. Zu je 40 % von ARD und ZDF bestückt und mit Vorlaufkosten von 60 Millionen DM für sieben Jahre soll sich das Programm mit 70.000 Abonnenten dann selbst tragen.

Daneben will sich der neue Intendant Erik Bettermann (SPD) der "Standortbestimmung" der Deutschen Welle widmen. Welches Deutschlandbild will man vermitteln? Bettermann sieht die Deutsche Welle weder als reinen Informationssender noch als Krisen- und Präventionsrundfunk, er will die gesamte Vielfalt der deutschen Gesellschaft und Kultur abbilden und Sympathiewerbung für Deutschland betreiben, ohne in Schönfärberei zu verfallen, so die FAZ vom 21.08.2001.

Allerdings ist der "German Channel" einer vernichtenden Kritik des Bundesrechnungshofes unterzogen worden. Er sei durch den seit kurzem bestehenden privaten Anbieter Channel D entbehrlich geworden. Die Deutsche Welle hat die Kritik scharf zurückgewiesen. Bernd Neumann, medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion wies hingegen darauf hin, dass sich jetzt zunächst die Bundesregierung "einmal umfassend dazu erklären" müsse. Die Anschubfinanzierung für das Projekt könne nicht von der Deutschen Welle selbst kommen: "Diese Bundesregierung hat in

den zurückliegenden Jahren das Budget der Welle so zurückgefahren, dass es geradezu fahrlässig wäre, wollte man zulassen, dass sie nun auch noch für den 'German Channel' bezahlen müsse." Die Union werde darauf achten, dass die Deutsche Welle nicht mehr als "Spardose für kulturpolitische Sonderfinanzierung" erhalten dürfe, sie sei jetzt schon dramatisch unterfinanziert (WamS 19.09.2001).

Deutsche Schulen vor dem Ruin

Nach einem Bericht der WamS vom 02.09.2001, stehen die deutschen Schulen im Ausland vor dem Ruin. Durch drastische Einsparungen der Bundesregierung im Kulturretat des Auswärtigen Amtes sinken die Schulausgaben in dieser Legislaturperiode um 42 auf 337 Millionen DM, also um über 10 %. Bis zum Jahre 2003 will das Auswärtige Amt weitere 5 Millionen DM streichen, und so das Niveau von 1991 unterschreiten. Betroffen sind weltweit etwa 120 Schulen mit rd. 110.000 Schülern.

Zusammenarbeit

Nach einem Bericht der SZ vom 11.09.2001 wollen das British Council und das Goethe Institut künftig enger zusammenarbeiten (s. auch WELT, 20.6.2001: "Auswärtige Kulturpolitik wandert in Krisenländer"). Lt. FAZ vom 20.6.2001 hat das zusammenwachsende Europa den nationalen Kulturinstituten ein neues Problem beschert, nämlich die Tatsache, dass man in Südamerika, Süd-Ost-Asien, Ostafrika, auch Mitteleuropa zunehmend als Einheit sieht, da ma-

chen jeweils nationale Kulturinstitutionen wenig Sinn.

Umstrukturieren

Bundesaußenminister Fischer betonte im Mai 2001 (FAZ, 12.-05.2001) Deutschland müsse seine Darstellung im Ausland vielerorts neuen politischen Gegebenheiten anpassen, und dadurch stünden auch die auswärtigen Kulturinstitutionen vor einer regionalen Umstrukturierung. Zudem, so Fischer, müssten die vorhandenen Gelder effektiver eingesetzt werden.

Wieder Schließung

Die FAZ vom 07.08.2001 berichtet von der Schließung des Goethe-Instituts Internationales in Boston: "Boston ohne Goethe wäre in der Tat eine bittere Kapitulation der auswärtigen Kulturpolitik."

Beutekunst

Polen

Die WELT vom 16.06.2001 vermutet, dass trotz großer Warschauer Gesprächsbereitschaft der Deutsch/Polnische Gipfel bei der Beutekunst wenig bewirken werde: Trotz der im Nachbarschaftsvertrag von 1991 erklärten Absicht, die Probleme lösen zu wollen, ist herzlich wenig geschehen. Die Bundesregierung, so die WELT, ließ wertvolle Chancen verstreichen und "die Verhandlungen teils aufgrund personeller Veränderungen schleifen".

Russland

"Hoffnung für die Beutekunst-Gespräche in Sankt Petersburg" sieht hingegen Wolfgang Eichwede in der SZ vom 17.04.2001: "Dabei wird wesentlich sein zu verstehen, dass Russland in seiner Öffentlichkeit deutsche Leistung von symbolischer Kraft braucht, um uns entgegen zu kommen." Allerdings muss immer wieder daran erinnert werden, dass die Russen sich selbst gesetzlich in dieser Frage gebunden haben. (s. auch FAZ, 05.05.-2001). Nach einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Michail Schwydkoj will Kulturstatsminister Julian Nida-Rümelin unabhängig von den Fortschritten bei den Verhandlungen über die sogenannte Beutekunst die Kulturkooperation verstärken. Der Minister wies allerdings "Kompensationsgeschäfte" zurück.

Kritisch dazu Waldemar Ritter, von Mitte der 70er Jahre bis 1997 Koordinator des Bundes

für Beutekunst-Verhandlungen: es sei hohe Zeit, dass Bundeskanzler Schröder und der russische Präsident Putin nach einer Lösung für die Rückführung suchten, wobei die Möglichkeit einbezogen werden sollte, Russland die Schulden aus den Transfer-Rubel in Höhe von 10 Milliarden DM dann zu erlassen, wenn dafür unsere Kulturgüter nach Deutschland zurückkehren, so Ritter (WELT 08.09.2001).

Handreichung

Zur "Handreichung zur Umsetzung der Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der Kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz, auch "Handbuch zur Raubkunst" genannt, siehe den Bericht in der FR vom 25.04.2001 und den Bericht in der FAZ vom 08.05.-2001. Der Vorschlag von Staatsminister Nida-Rümelin, die Probleme, die sich aus einer Rückgabe der Naziraubkunst an ihre Eigentümer respektive deren Erben stellten, einer Ethikkommission zur Prüfung zu überantworten, trifft auf Kopfschütteln in der SZ vom 25.04.2001.

Museum für Beutekunst

Ein Beutekunst-Museum in Frankfurt an der Oder hat Günter Grass im Juli 2001 vorgeschlagen, das von Deutschen und Polen gemeinsam betrieben wird.

An der Grenze beider Länder könne die zwischen Deutschen und Polen umstrittene "Beutekunst" ausgestellt werden. (WELT, 14.07.2001).

Kulturpolitik in den Ländern

Föderalismus

In der WELT vom 17.07.2001 beschreibt Joachim Neander den "Prozess langsamer Ermattung" und konstatiert einen "fast geräuschlosen Prozess einer langsamen Kultureremattung in den ärmeren Bundesländern und Gemeinden. Vorbei ist die Zeit, in der die Kultur als wichtigster unter den sogenannten weichen Standortfaktoren selbst den ökonomischen Wettbewerb unter den Regionen beherrschte. In einer Zeit, in der wieder einmal erneut der Bildungsnotstand ausgerufen wird, gerät die allgemeine Kulturförderung, die Kunst und die Denkmalpflege ... an den Rand." Illustriert wird diese Entwicklung am Beispiel Rheinland-Pfalz.

HAUPTSTADTKULTUR

Hauptstadtkulturvertrag unterzeichnet

Am 13. Juni 2001 unterzeichneten Kulturstatsminister Julian Nida-Rümelin und der damals noch amtierende Kultursenator Christoph Stölzl den Hauptstadtkulturvertrag. Danach unterstützt der Bund von 2001 bis 2004 kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen in der Hauptstadt mit 100 Millionen Mark jährlich. Der Bund übernimmt das Jüdische Museum, die Berliner Festspiele, den Martin-Gropius-Bau und das Haus der Kulturen der Welt. Kulturstatsminister Nida-Rümelin ließ Bereitschaft erkennen, Infra-

strukturmaßnahmen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz u. a. mit der Sanierung der Museumsinsel zu 100 % zu finanzieren. Dazu müsste mit Berlin eine "einvernehmliche Lösung" gefunden werden.

Massive Kritik

Ebenfalls im Juli 2001 hat der Bundesrechnungshof die Kulturförderung des Bundes für Berlin massiv gerügt. Die bisher eingesetzten Bundesmittel von 300 Millionen DM hätten sich nicht auf die Qualität des kulturellen Angebots ausgewirkt, so der Bericht im FOCUS zu einem von der FDP angeregten Prüfbericht. Die Bundesmittel hätten "weitgehend wie eine Haushaltshilfe an das Land Berlin gewirkt", habe doch der Senat zeitgleich mit der Bundesförderung seine eigenen Ausgaben für Oper, Theater und Orchester gekürzt. (WELT, 23.07.2001).

Die Berliner Kulturverwaltung hat die Kritik des Bundesrechnungshofes zurückgewiesen. Ein Sprecher des Kulturstaaatsministers erklärte, der Bund habe aus dem Bericht bereits die Konsequenzen gezogen und mit Übernahme mehrerer Institutionen, wie dem Jüdischen Museum und den Berliner Festspielen, die Bundesförderung neu geordnet und transparenter gemacht. Dies spiegele sich im neuen Hauptstadt-Kulturvertrag und in der Übernahme der Verpflichtung für den Aus- und Umbau der Museumsinsel wider (WELT, 24.07.2001).

Abschied von Christoph Stölzl

Zum Abschied von Stölzl, von

"Tragik umwittert" (WELT, 09.06.2001), konstatiert die ZEIT vom 21.06.2001: "Vor dem Berliner Parlament wird jeder Kulturpolitiker zum anonymen User; er bekommt zwar anders als in der Computerwelt fürs Herunterladen des teuflischen Spiels ein Gehalt, aber dafür steht seine Niederlage fest."

Ein Rückblick auf die Berliner Kulturpolitik unter Stölzl in der FAZ vom 15. 06. 2001 ("Stölzls Ruf nach mehr Bundeshilfe für die marode Hauptstadtkultur blieb unerhört. Der am Mittwoch endlich paraphierte ‚Hauptstadtkulturvertrag‘ ist nicht die Tinte wert, mit der die Unterschriften geleistet wurden, da die angekündigte Übernahme der Baukosten für die Museumsinsel durch den Bund alle Verabredungen wieder infrage stellt."). Auch von der großen Opernreform sei nur wenig übrig geblieben. Eigentlich gelte das für jeden Kultursenator, der sich "von einer Pyramide von Problemen schier erdrückt und Sachzwängen eingemauert (sieht) wie ein Pharao in seiner Grabkammer."

Vor allem beklagt die FAZ die "unendliche Aufblähung und Verhätschelung des Öffentlichen Dienstes. Theater, Opern, Museen und Universitäten ächzen unter aberwitzig hohen Personalkosten, die längst über 80 % des Etats liegen ...".

Nachfolgerin von Christoph Stölzl wird Adrienne Goehler (Staatsekretärin: Alice Ströver, dazu WELT, 20.6.2001), die sich selbst nicht als "Herkula" bezeichnen will (siehe Interview in

der WELT vom 30.08.2001), "charmant und herrlich naïv" (WamS, 17. 06. 2001). Immerhin attestiert ihr die WamS "gute Karten", weil ihre Vorgänger Peter Radunski, Christa Thoben und Christoph Stölzl "schwerfällige Grundsteine gelegt haben".

Sie kündigte an, keine der 3 Opern zu schließen und überhaupt kein "Sparressort" führen zu wollen; damit widersprach sie Spekulationen, die Sozialdemokraten wollten in Berlin eine Oper weniger (FR, 09.06.2001). Eine zeitgemäße Fortschreibung des Hauptstadtkulturvertrages sei angesagt. Allein schon die Überlegung zur Übernahme der Investitionskosten auf der Museumsinsel (s.u.) veränderten die Gesamtsituation der Bundesförderung für Berlin (WELT, 06.08.2001).

Frau Goehlers Karriere weist eher bunte Flecken denn gerade Linien auf. Als Außenseiterin 1989 an die Spitze der Hamburger Hochschule für Bildende Künste berufen, wo sie 1993 wegen Fehlern in der Amtsführung vom Senat abgemahnt wurde; auch ihre zweite Amtszeit von 1996 an war von Streitigkeiten umwittert. Sie hat die "Frechen Frauen" bei den Hamburger GRÜNEN ebenso aus der Taufe gehoben wie die GAL-Frauenliste mitbegründet. Vorgeworfen wurde ihr Mangel an Sachverstand, unkooperative Amtsführung, eine ungerechte Verteilung der Haushaltsmittel. (FR, 15. 06. 2001).

Der Bund muss ran!

Für eine größere Rolle des Bundes in der Hauptstadtkultur tritt Joachim Braun in der ZEIT vom

23.08.2001 ein. Die Stadt sei mit der finanziellen Verantwortung für ihre zahlreichen Kultureinrichtungen "hoffnungslos überfordert" und folgert daher: Berlin ist eine Fehlkonstruktion. "Im föderalen Aufbau der Bundesrepublik zählt die Hauptstadt zu den 16 Bundesländern, aber das ist pure Fiktion, in Wirklichkeit ist Berlin eine verarmte Großstadt, die nur so tut, als sei sie Bundesland ..." Die These ist: der Bund muss in seiner Hauptstadt Berlin die gleiche Rolle übernehmen, die das Land Bayern in seiner Hauptstadt München spielt. ... "Weg mit den Misch-Finanzierungen, die nur unklare Verantwortlichkeiten schaffen, weg mit den Kompensationsgeschäften. Der Bund soll zwei Gruppen von Berliner Kulturinstitutionen ganz übernehmen: Die nationalen Erinnerungsorte, die Topographie des Terrors, die sowjetischen Ehrenmale und dazu alle Institute, die aus dem Erbe Preußens oder der DDR stammen."

Schlossplatz

Lt. FAZ vom 20.04.2001 habe die erste Anhörung der Schlossplatzkommission im April 2001 den Streit entschärft. Ein Konsens scheint dahin zu gehen, die außereuropäischen Sammlungen in Dahlem auf das Schlossareal hin zu verlagern, die Sammlung der Humboldt-Universität dort ebenfalls zu zeigen und schließlich die Zentrale Landesbibliothek Berlin dort hin zu überführen. Man will bis spätestens zur Jahreswende eine klare Empfehlung vorlegen, über die die Politik dann beschließen könne. Unklar ist al-

lerdings, wer dann die Politik sein soll und wie das Verfahren konkret weitergehen solle.

Immerhin drang in der 5. Sitzung der Schlossplatz-Kommission heraus, dass die Befürworter eines Wiederaufbau des Schlosses bisher die "Überhand" hätten, so der Vorsitzende der Schlossplatz-Kommission und österreichische Europapolitiker Hannes Swoboda. Allerdings sei eine "hundertprozentige" Rekonstruktion des Stadtschlosses "technisch nicht machbar" (WELT, 25.06.2001).

Nachdem sich der Trend zu einer vorsichtigen Rekonstruktion des Hohenzollern-Schlosses in Berlin abzeichnet, plädiert Jens Jessen in der ZEIT vom 26.07.-2001 gegen eine solche "Rekonstruktion der Trauer: Es wäre nicht einmal ein Denkmal der Restauration; denn niemand könnte das über Jahrhunderte gewucherte Bau-Ensemble nachschaffen. Es wäre nur die Simulation einer Fassade, die uns gerade gefällt, und als solche ein Denkmal buchstäblichen Konservatismus: nämlich der Bewahrung unseres Zeitgeschmacks."

Zu den vorliegenden Architektorentwürfen, siehe die eher zurückhaltende Betrachtung in der FAZ vom 17.07.2001 ("Fehlt das Schloss oder der Schlüssel?"); auch die ZEIT hält sich zurück, 19.07.2001. Ein Problem bleibt, dass nur vage Überlegungen (s.o.) existieren, was im Schloss untergebracht werden könne. Erst im Dezember wird die Expertenkommission konkrete Vorschläge vorlegen. (FAZ, 17.07.2001).

Für eine Konzentration des Berliner Kunst- und Kulturbesitzes in der Stadtmitte plädierte im April 2001 Peter-Klaus Schuster, Generaldirektor der staatlichen Museen zu Berlin. Dabei schloss er sich der Überlegung an, die außereuropäische Sammlung im neu zu erbauenden Berliner Schloss zu konzentrieren (FAZ, 20.04.2001). Hingegen plädiert der Kunsthistoriker Horst Bredekamp dafür, auf dem Schlossplatz ein Berliner Wissenschaftsmuseum einzurichten (FAZ, 18.04.2001).

Museumsinsel

Klaus-Dieter Lehmann forderte im August 2001 die komplette Übernahme der Baufinanzierung für die Museumsinsel durch den Bund (dazu s. auch den großen Beitrag von Jörg Lau in der ZEIT vom 17.05.2001 ["Das ehrgeizigste Kulturprojekt der Bundesregierung droht im Berliner Finanzsumpf zu versacken."]); FAZ, 18.05.2001; WELT, 28.5.2001) ab dem Jahre 2003. Mit dem derzeitigen Finanzierungsmodell der Kostenteilung zwischen Bund und dem Land Berlin lasse sich das zum Weltkulturerbe der UNESCO gehörende Ensemble bis 2010 nicht fertig stellen. Berlin sei mit seinem 50%igen Anteil an der mehr als 2 Milliarden DM teuren Masterplan der Museumsinsel erkennbar überfordert. Die 16 Bundesländer, die sämtlich im Stiftungsrat vertreten sind, will Lehmann für ein Viertel der Betriebskosten der Stiftung Preussischer Kulturbesitz gewinnen (WELT 20.08.2001). Aber natürlich will der Bund die Finanzierung der Museumsinsel nur

dann übernehmen, wenn Berlin die zukünftigen Mehrausgaben von rd. 1 Mrd. DM kompensieren könne. Man wird gespannt sein, so die WELT vom 22.06.2001, wie diese "Kompensation" aussehen wird, zumal die versprochene Aufstockung des Etats der vom Bund übernommenen Berliner Festspiele und der Kulturen der Welt von 5 Millionen DM sich auf 1,6 bzw. auf 1,2 Millionen DM reduziert haben, was, so ebenfalls die WELT "im Vergleich zu anderen deutschen Festivals einfach lächerlich ist."

Kulturstaatsminister Nida-Rümelin unterstrich, es gehe zwar nicht ohne Kostenkompensation, was aber nicht bedeutet, dass es eine 100-%ige Kompensation geben müsse, dazu die SZ vom 15.06.2001: "Es ist halt doch ganz nützlich, wenn der Regierende Bürgermeister derselben Partei angehört wie der Bundeskanzler."

Jüdisches Museum eröffnet

Die Stimmen der Presse sind überwiegend zustimmend und freundlich (z.B. SZ, 08.09.2001: "Die Nacht aus Stein"/"Die Lehre der Geschichte"). Nur Heinrich Wefing, FAZ vom 11.09.2001 kommentiert: "Das ist alles mehr als eine Enttäuschung, es ist eine grandios verpasste Gelegenheit." Eröffnungsbeschreibung des Jüdischen Museums WELT 11.09.2001 ("Triumph des guten Gefühls") SZ, 11.09.2001 ("Der strenge Gott der Diktatur").

Der Historiker Julius Schoeps kritisiert, das Fehlen eines roten Fadens. Bei einigen Objekten sei nicht ersichtlich, warum sie aus-

gestellt werden, zudem sei die Ausstellung wirr, weil nicht chronologisch angeordnet (WELT, 12.09.2001). Aber immerhin gab es in den ersten 4 Wochen mehr als 70.000 Besucher (FAZ, 6.10.2001).

Notlösung

Mit "Notlösung" beschreibt die WELT vom 8.10.2001 die Lage des Deutschen Centrums für Photographie. Die derzeitige und wohl auch weiter bestehende "Kleinstlösung" bedeutet: kein autonomes Gebäude, keine eigenen Ausstellungsflächen, kein unabhängiger Ankaufetat.

Baden-Württemberg

Beste Stadtbibliothek

Die Stadtbücherei Heidelberg ist in einem bundesweiten Vergleich die beste deutsche Großstadtbibliothek (FAZ, 2.8.2001).

Bayern

Würzburg

Die Zukunft des Main-Frankentheaters in Würzburg ist zumindest bis 2004 gesichert. Bis dahin soll das Dreispartenhaus erhalten bleiben. Land und der Landkreis Würzburg werden sich an den Kosten beteiligen (WELT, 10.05.2001).

Hamburg

Günstig subventioniert

Mit 192 DM Subvention pro Besucher von Theater und Oper schneidet Hamburg bundesweit am günstigsten ab. An der Spit-

ze liegen Frankfurt mit 336 DM Zuschuss, während Berlin mit drei Opernhäusern mit fast 20 % (276 DM) weniger auskommt. In Hannover wird jede Karte mit 290 DM subventioniert, in Stuttgart mit 275 DM, in München mit 227 DM (WELT, 26.04.2001).

Niedersachsen

Einsparungen

Die 3 niedersächsischen Staatstheater in Hannover, Braunschweig und Oldenburg müssen in den nächsten 2 Jahren 7 Millionen DM einsparen. Dazu Kulturminister Oppermann (SPD): "Insgesamt ist die Kultur noch glimpflich davongekommen." (WELT 14. 06. 2001).

Nordrhein-Westfalen

Ruhr-Triennale

Mit "erste Kratzer auf dem Lack" überschrieb die WELT vom 08.09.2001 einen Beitrag zur geplanten Ruhr-Triennale unter Gerard Mortier. Nachdem NRW Kulturminister Michael Vesper (Grüne) versichert hat, der Etat für drei Jahre, insgesamt 81 Millionen DM plus Eintritte, Sponsorengelder und großzügige Bauförderung, werde keinesfalls durch Einsparungen bei anderen Kulturinstitutionen finanziert, wurde aus dem NRW-Haushaltsentwurf für 2002 publik, dass die Landeszuschüsse für die öffentlichen Bibliotheken in Höhe von 5,5 Millionen DM gekürzt werden.

Außerdem sollen die Mittel für die Kultursekretariate in Wuppertal und Gütersloh um

jeweils 1 Million, also ein Drittel sinken.

Bonner Kultur gerettet

Als "respektables Ergebnis" bezeichnet die FAZ vom 23.06.2001, dass Bonn noch vor Ende der Übergangsregelung bis Mitte 2003 zusätzliche Mittel erhält. In 2002 2 Millionen, in 2003 5 Millionen, in 2004 20 Millionen und zunächst von 2005 bis "zunächst 2010" jeweils 10 Millionen.

Damit stellt der Bund insgesamt 87 Millionen DM zur Verfügung, die vor allem dazu dienen sollen, den anstehenden Personalabbau bei den Bühnen der Stadt sozialverträglich zu gestalten. Die Kommune selbst will 27 Millionen DM einsparen und 42 Millionen DM aus dem Gesamthaushalt zur Kultur umschichten.

Saarland

Im Streit

Der saarländische Kultusminister Jürgen Schreier liegt im Streit mit den saarländischen Museumsdirektoren. Sein Berater Wolf-Dieter Dube, Ex-General der Berliner Museen, verlangt, dass die historischen Museen und die Kunstmuseen jeweils räumlich und organisatorisch zusammenrücken und außerdem einem Generaldirektor unterstellt werden. In den Museen heftiger Widerstand der Museumsdirektoren.

Es zeichnet sich ab, so Gerhard Büse, Leiter des Saarländermuseums, dass "in Zukunft nur noch Event-Kultur stattfinden darf" (Spiegel 37/2001).

Thüringen

Weiter im Programm

Die Theater-Kooperative Erfurt-Weimar steht auch weiterhin auf der Tagesordnung: Über Details will sich Kulturministerin Dagmar Schipanski freilich nicht äußern. Skeptisch die WELT vom 22.6.2001 und die SZ vom 11.7.2001.

Parteien/Verbände/ Stiftungen

Grüne

Kulturpolitik kein Thema

"Greenhorns nachsitzen" so überschreibt die FAZ vom 10.09.2001 eine Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung in Köln, bei der Generalsekretär Ralf Fücks eingangs "mit nüchterner Offenheit" erklärt habe, Kulturpolitik sei bei der Stiftung wie bei den Grünen bislang kein Thema gewesen.

Vertriebene

"Zentrum gegen Vertreibungen"

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber hat der Bundesregierung vorgeworfen, den Stiftungen der Vertriebenen aus ideologischen Motiven die Mittel zu kürzen und bekräftigte, die Union setze sich weiter für ein "Zentrum gegen Vertreibungen" ein (WamS, 02.09.2001.)

§ 96 BVFG

In der großen Debatte zur auswärtigen Kulturpolitik hat der vormalige Vorsitzende der CDU-Fraktion Wolfgang Schäuble in seinem Betrag auch daran erinnert, dass die ehemals deutschen Gebiete in Mittel- und Osteuropa in die auswärtige Kulturpolitik einbezogen werden sollten. Hier könne ein wichtiger Beitrag zur Versöhnung geleistet werden.

Kulturpolitik im Ausland

UNESCO

Reichenau

Im August 2001 wurde die Insel Reichenau zum Weltkulturerbe erklärt.

EU

Einigung über Folgerecht

Die Einigung der EU über das Folgerecht kommentiert die WELT vom 11.06.2001. Dadurch werde auch der bildenden Kunst recht, was Musikern oder Autoren seit langem billig: 5 % des Erlöses bei Weiterverkauf, und zwar nicht von privat an privat, aber von Galerien und Auktionatoren stehen Urhebern zu. Dafür haben sich die Kunsthändler- und Auktionatorenverbände mit der VG Bild – Kunst auf eine Pauschale von gegenwärtig 1,2 % des Gesamtumsatzes geeinigt. Allerdings sei die Übergangsfrist von 6 Jahren bis 2007 ein "Schönheitsfehler".

Frankreich

Erhöhung des Kulturetats

Zugunsten der auswärtigen Kulturpolitik wurde der Kulturetat in 2000 von 39 auf 42 Mio. Francs erhöht. Dabei gilt Deutschland für Frankreich nach wie vor als eine der absoluten Prioritäten im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik.

Wichtige Themen sind die Zu-

sammenarbeit im Hochschulbereich und in der Filmförderung "Bei der auswärtigen Kulturpolitik zeigt der französische Staat Flagge", titelt daher die WELT vom 30.06.2001. Zugleich wird über eine Neuordnung der auswärtigen Kulturpolitik insgesamt nachgedacht (s. den Bericht in der FAZ vom 4.8.2001: "Augentrost für Blinde").

Großbritannien

Mehr Subventionen

Die neue Regierung Blair bislang Vorreiter von mehr Eigenverantwortung bei den Künsten geht zur Subventionspolitik zurück.

Im laufenden Jahr stehen 750 Mio DM für Kulturförderung zur Verfügung, 2004 soll die Summe erstmals auf 1 Mrd DM steigen. Dadurch erhält allein die Royal Shakespeare Company im kommenden Jahr 25 % mehr Subventionen. Zudem schafft das für die Verteilung der Gelder zuständige Arts Council seine 10 regionalen Außenstellen in England ab und kehrt zum Kulturzentralismus zurück (Bericht in der WELT vom 23.06.2001).

Italien

Pluspunkte

Schüler, die kulturelle Angebote außerhalb der Schule wahrnehmen, erhalten bei der Benotung ihrer Leistungen Pluspunkte ("Kultur-Kredit", FR, 26.6.2001).

Schweden

Mehrwertsteuer senken

Schweden will die Mehrwertsteuer auf Bücher von 25 auf 6 % senken. Ähnlich wie in Finnland, wo 1994 durch Senken der Mehrwertsteuer von 22 auf 12 (heute 8) % der Umsatz um ein Viertel gestiegen ist, erhofft man sich mehr Lesefreudigkeit auch bei der Jugend. Die einzigen Staaten in Europa mit hoher Mehrwertsteuer auf Bücher sind Dänemark (25 %), Bulgarien (20 %), Lettland (18 %) und Island (14 %). Die Steuersenkung wird zu einem Einnahmeausfall von 230 Mill. DM jährlich führen (FAZ 18.09.2001).

Vereinigte Staaten

Zerstört

Beim Anschlag auf das World Trade Center wurde das Beutekunstarchiv der Kunstabteilung der Zollbehörde der USA vernichtet (FAZ, 1.10.2001)

Personalien

- Der Giessener Buchhändler Dieter Schormann wurde im Juni 2001 zum neuen Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels gewählt. Schormann will sich für eine baldige Verabschiedung eines Preisbindungsgesetzes und für die Neuregelung des Urhebervertragsrechts unter Berücksichtigung der Verlegerinteressen einsetzen (FAZ, 15.6.2001).

- Der Generalintendant des Bremer Theaters, Klaus Pierwoß, ist in den Vorstand des Deutschen Bühnenvereins berufen worden.

- Regina Wyrwoll ist neue Generalsekretärin der Stiftung Kunst und Kultur des Landes Nordrhein-Westfalen (FAZ, 02.05.2001).

- Der Frankfurter Kulturmanager Hellmut Seemann wird Präsident der Stiftung Weimarer Klassik (WELT, 25.05.2001).

- Lydia Hartl wurde im April 2001 neue Kulturreferentin in München, als Nachfolgerin von Nida-Rümelin, der sie selbst empfohlen haben soll (WELT, 26.04.2001): Rückblick auf die ersten 100 Tage im Amt in der SZ vom 6.10.2001.

- Wolfgang Wagner macht weiter, nachdem Eva Wager-Pasquier die Leitung der Festspiele nach einigem Zögern abgelehnt hatte (SZ, 27.06.2001; er dürfe weiter den Ruf der Fest-

spiele "ruinieren", so die Woche vom 6.7.2001.

- Bernd Kauffmann ist von seinem Amt als Kunst-Fest-Präsident in Weimar zurückgetreten (SZ, 01.09.2001).

- Der Intendant der Bayerischen Staatsoper, Peter Jonas, ist zum neuen Vorsitzenden der Deutschsprachigen Opernkonferenz (DOK) gewählt worden. Er tritt die Nachfolge des im Dezember vergangenen Jahres verstorbenen Berliner Opernchefs Götz Friedrich an. WELT, 08.05.2001).

Zitate

"Das neue Gesetz wird dem Wahnsinn Tor und Tür öffnen."
Produzent Bernd Eichinger über die Urheberrechtsnovelle lt. Welt vom 12.10.2001.

"Die Kultur ist die eigentliche Essenz des menschlichen Lebens"

Bundesinnenminister Otto Schily lt. Info 2/2001 des Landesmusikrates Brandenburg.

"Gregor Gysi ist doch das Gummibärchen der Nation, dem glaube ich kein Wort. Wenn die Mauer nicht gefallen wäre, wäre

Gysi noch heute brav in der SED."

Bärbel Bohley, Malerin, lt. Spiegel 26/2001.

"In Berlin für Kultur zuständig zu sein, heißt: Allein auf offener Bühne vor einem Publikum aus Nörglern, Neidern, Egomane die Metropolenraubtiernummer zu geben, und sich dabei nie anmerken zu lassen, dass der Feuerreif aus Pappe ist und unter den Löwenfellen ABM-Kräfte sitzen, weil die Kassen leer sind."

Der Spiegel 27/2001 zum Amtsantritt der neuen Berliner Kultursenatorin Adrienne Goehler.

"Die SPD gibt sich im Osten vollständig auf. Warum soll im Osten noch einer die SPD wählen, wenn die ohnehin mit der PDS koalieren will? Das alles wird die Spaltung zwischen Ost und West verschärfen. Das ist für mich alles völlig unbegreiflich."
Katja Lange-Müller, Schriftstellerin, lt. Spiegel 26/2001.

"Wir stehen unter irrsinnigem ökonomischem Druck, gleichzeitig verschlechtern sich die rechtlichen Rahmenbedingungen."
Frank Depenheuer, Direktor des Kasseler Staatstheaters, anlässlich der Theaterdirektorenkonferenz im Mai 2001 (FR, 05.05.2001).

"Es gibt nur ganz selten einen deutschen Film, der sich international vermarkten lässt."
Christian Tillmann, Filmanalyst beim Bankhaus Sal. Oppenheim, lt. WamS vom 06.05.2001.

"Die Politik muss sich entschei-

den was sie möchte, man kann nicht Bundesliga spielen wollen, aber nur wie in der Regionalliga zahlen.“

Der Intendant des Schauspiels Hannover, Wilfried Schulz, zu den geplanten Kürzungen für die drei niedersächsischen Staatstheater in Braunschweig, Oldenburg und Hannover von insgesamt 17 Millionen DM (WELT, 25.06.2001).

„Klaus Wowereit, wir wollen deine Ohren –!“

so Winfried Sühlo, Vorsitzender des neu gegründeten Kulturforums der SPD in Berlin. Antwort des neuen Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit:

„Sie kriegen – dafür garantiere

ich – meine Ohren, aber nicht mein Portemonnaie.“

„Sie waren Phallus-Symbole“ Berlins Kultursenatorin Adrienne Goehler zum Attentat auf das WTC lt. BZ vom 25.9.2001.

„Das Kulturelle schwimmt sich frei“

Kulturstaatsminister Nida-Rümelin lt. FAZ vom 3.6.2001.

... „Kampf der Bösen gegen die Bösen.“

Botho Strauß.

... „Das war das größte Kunstwerk, das es je gegeben hat. Dass Geister in einem Akt etwas vollbringen, was wir in der Musik nicht träumen können, dass

Leute zehn Jahre üben wie verrückt, total fanatisch für ein Konzert, und dann sterben. Das ist das größte Kunstwerk, das es überhaupt gibt für den ganzen Kosmos. Das könnte ich nicht. Dagegen sind wir gar nichts, als Komponisten.“

Karlheinz Stockhausen.

... „die Erhabenheit der Katastrophe“.

Roger Willemsen.

... „Zur Freundschaft mit den USA gehört auch, dass man dem Freund in den Arm fällt, wenn er im Begriff ist, etwas Falsches zu tun.“

Günter Grass.

Alle Zitate lt. WELT, 8.10.2001.

Zwischenruf

Forschung und Museum

von Prof. Dr. Joachim Reichstein (Arch. Landesamt Schleswig-Holstein)

(Auszug aus der Rede anlässlich der 7. Jahrestagung des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen 2001 in Köln)

Wie fest sitzt der Gürtel Forschung in Museen? Kann man ihn überhaupt lockern?

Was ich dazu sagen möchte, sage ich in folgenden vier Abschnitten:

1. Kultur und Blößenwahn

2. Das Museum als Forschung und Darstellung

3. Forschung: die Zitadelle des Museums

4. Der Mangel an Wahrnehmung

Mit einer Schlussbemerkung werde ich enden.

Dabei habe Ich eine exzentrische Position: ich bin kein Museumsman, ich bin in die zu verhandelnde Sache nicht eigentlich einbezogen und insoweit ganz

inkompetent. Üblicherweise indes reicht heute volltönende, dreiste Rede als Kompetenzbeleg. Ich beginne deshalb ganz konventionell und hörbar mit

Kultur und Blößenwahn

Bei anhaltender Ebbe in den öffentlichen Kassen wird landauf, landab versucht, dem, was ich verkürzt „Kultur“ nenne, die Mittel zu entziehen. Kultur hat man nie im Mittelpunkt von

Einfluss und Bedeutung gesucht, Kultur ist auch nie ein Machtfaktor gewesen. Inzwischen steht sie aber in der Werteordnung der Gesellschaft weit hinten. Resignierend folgen gebeutelte Kulturpolitiker den Anweisungen jener Ressorts, die noch Saft und Kraft haben. Finanzminister und Kämmerer können offenbar nie etwas falsch machen. Welcher Kulturpolitiker entwickelt unverwechselbare Strategien? Wo gilt die Devise, Kargheit nicht in Dürftigkeit enden zu lassen? Kulturpolitik bleibt gerade ein Notpfennig. Ihr Niedergang ist offenbar. Das führt reinweg zur Marginalisierung kultureller Signifikanz. Ihre Dignität schrumpelt ein. Hellmut Seemann sprach in Frankfurt von „Kulturabdeckerei“. Der Schritt zur Destruktion des vermeintlich Unwerten fällt nicht schwer, wo sich Steuerungsinstrumente allein an ökonomischen Wertbestimmungen orientieren. Der prekäre Status dessen, was wir Kultur nennen, kommt dem entgegen.

In summa: Auf staatlicher und kommunaler Ebene herrscht Blößenwahn, sind kultureller Strip-tease und Kulturnudismus die Folge. Man legt Kultur ab, wie ein Olympionike seinen Gürtel.

Meine Prognose: Für die Kulturpolitik von Ländern und Kommunen wird es in den nächsten Jahren keinen ehernen Orientierungspunkt als den der Etatkürzung geben. Länder und Kommunen werden dem Druck der jeweiligen Finanzminister und Kämmerer in den nächsten Jah-

ren noch weniger standhalten und die Ausgaben für die Kultur weiter radikal kürzen.

Mangel schlägt durch, er ist bereits durchgeschlagen. Auch auf die Museen: Spätestens seit Mitte der 90er Jahre hatte sich die staatliche oder kommunale Alimentation einiger Museen so verschlechtert, dass sie eo ipso nicht mehr weitermachen konnten. Man suchte die Rettung in der Abkoppelung von den staatlichen Haushaltsordnungen. Ob mehr als Mogelpackungen dabei herausgekommen sind, sei dahingestellt. Mangel wick nicht Masse. Wo aber Museen sammeln, bewahren, forschen und vermitteln sollen, das Sammeln immer teurer und das Bewahren mit wachsender Sammlung nicht billiger werden, wo die Vermittlung ständig wachsenden Ansprüchen gerecht werden soll, droht die Gefahr, dass Forschung im Museum auf der Strecke bleibt. Wo aber im Stadion des Blößenwahns Museen mit Forschung strip-pen, droht ihnen existentielle Gefahr. Nicht jede Nacktheit macht Sieger.

Bereits wissenschaftstheoretisch ist Forschung ein Grundelement jeden Museums.

Das Museum als Forschung und Darstellung

Seit es in der Wissenschaft Zeichen von Überdruß daran gibt, allein in Schlüssen zu denken und an sprachfixierter Hermeneutik zu kleben, sammelt die Wissenschaft. Lesen Sie dazu Manfred Sommers philosophischen Versuch „Sammeln“¹.

Seither gehört Sammeln von Dingen und von dinglicher Überlieferung zur Wissenschaft wie der Dom und ein kühles Kölsch zu Köln. Was, werden Sie fragen, unterscheidet das Museum von der Sammlung?

Nun, dass Museumsleute Sammlungsgegenstände zur Darstellung nutzen. Durch Darstellung mutiert die reine Sammlung zum Museum. Darstellung begründet das Museum, Darstellung als wissenschaftliche Tätigkeit zur Geltungssicherung von Aussagen, Darstellung im Unterschied zur Forschung als wissenschaftliche Tätigkeit, durch die wir ihre, der Forschung, Gegenstände kennen lernen und zu Aussagen darüber gelangen, Darstellung als Metakompetenz im Unterschied zu Forschung als Objektkompetenz. Kein Museum kann Dinge sachgerecht präsentieren (Darstellung als Metakompetenz), ohne objektbezogene Forschung betrieben zu haben (Forschung als Objektkompetenz).

Schon Aristoteles kannte in seiner Logik den Unterschied zwischen Analytik und Topik, Leibniz nahm ihn in seiner *ars iudicandi* (Analysis) und seiner *ars inveniendi* (Synthesis) wieder auf. Wissenschaft hat wissenschaftstheoretisch zwei Seiten, sie kennt zwei Handlungsweisen: Forschung und Darstellung. Wissenschaft ist Forschung und Darstellung.

Wenn aber ein Museum ein Museum ist, ist Darstellung ein Grundelement. Das Grundelement Darstellung bedingt dann das Grundelement Forschung.

Sie haben längst erkannt: Jedes Museum, das nicht nur so heißt, sondern auch eines ist, ist bereits wissenschaftstheoretisch ein Forschungsinstitut. Weil Dinge und dingliche Überlieferung im Museum dargestellt werden, ist objektbezogene Forschung indispensable. Darstellung fordert Forschung. Ausstellung nicht.

Was hat Ernst Sprockhoff, einer meiner akademischen Lehrer, mit Blick auf die alte prähistorisch-archäologische Ausstellung in Schloss Gottorf in Schleswig gesagt? „Ein Museum und eine Ausstellung sind zweierlei.“ Der bissige Sprockhoff traf den Nagel auf den Kopf. Ein Museum stellt dar, wie es gewesen ist. Forschung wird Leerstellen im Wissen, wie es gewesen ist, füllen. Museum und Forschung sind kohärent.

Moderne Wissenschaft fordert Schnittstellenforschung. Museale wissenschaftliche Erkenntnisarbeit ist Schnittstellenforschung. Die Verfügbarkeit von Überresten, Sammlungsgut aus Natur und Kultur, aus Raum und Zeit, für planmäßige zielgerichtete Suche nach neuen Erkenntnissen zur Lösung sammlungsbezogener praktischer Anliegen oder zur Ausweitung des Erkenntnisstandes ganz allgemein, immer zugleich mit der Chance zu publikumswirksamer Erschließung und Präsentation, zu publikumswirksamer Darstellung, gibt dem Museum als Forschungsinstitut eigene Autorität. Gerühmt wird immer wieder die besondere Möglichkeit zu integrativer Forschung und die enorme Bandbreite der Forschung in

Museen, die - Stichwort Schnittstelle - situationsbedingt auf eine unabsehbare Fülle wissenschaftlicher Fragen nach Provenienz, Datierung, Axiologie oder Funktion ihrer Forschungsgegenstände Antworten finden kann, die höchsten Ansprüchen genügen und so nicht überall gefunden werden können.² Die Nähe zum Sammlungsgut, sein Reichtum und seine Vielfalt formt wissenschaftliche Kennerschaft, die unvergleichlich und Aufsehen erregend sein kann und ist.

Noch einmal: Museum und Forschung sind kohärent. Ein Museum darf den Gürtel Forschung nicht einmal lockern, ablegen nie.

Forschung: die Zitadelle des Museums

Eine Zitadelle ist das Kernstück einer Festung. Noch, behaupte ich, - noch ist die Forschung nicht nur wissenschaftstheoretisch (also Forschung versus Darstellung), sondern auch museumspraktisch Kernstück des Museums: seine Zitadelle.

Ich bin, wie gesagt, kein Museumsmann, aber ich kann Stellenpläne lesen: Amtsbezeichnungen von Museumsleuten und ihren akademischen Titeln sowie Kennwörtern für Forschungsvorhaben auf Schildern an Türen der Diensträume entströmt wissenschaftlicher Stallgeruch; es riecht nach lebendiger Forschung. Alle Voraussetzungen scheinen gegeben, Theorien, die durch wissenschaftliche Forschung gewonnen werden, im

Museum in sinnvoller Darstellung zusammenzubringen, und nach innen und außen wird die Autorität der Wissenschaft bemüht, um das, was Museen vermitteln, zu authentifizieren. Forschung das Element der Rhetorik der Authentizität im Museum.

Addierten wir die Stellen der Wissenschaftler in Museen - Stellen ohne Ende! Allein in Niedersachsen rund 450 Museen! -, würde ganz gewiss ein wissenschaftliches Potential fassbar, nach dessen Gegenstück man lange wird suchen müssen. Die Kulturstatistik liefert dazu keine Daten. Sie ließe uns auch im Stich, wenn wir den Output der Forschung im Museum zu bestimmen suchten. Wer vermag die Naturalisierung von Forschung in einer Ausstellung für statistische Zwecke nutzbar zu machen, wer den durch Verpflichtung museumsfremder Autoren für Museumspublikationen immer mehr ausartenden Etikettenschwindel? Basiert jeder Bestandskatalog auch auf Bestandsforschung? Welcher Katalog ist forschungsorientiert aufgelegt?

Typ „Neue Bilderhefte“ mit der klirrenden Rüstung des Apparats als wissenschaftlicher Staffage, aber bar authentischer Forschung oder Typ „Illustriertes Gesamtverzeichnis“? (Ich denke an Jochen Sanders und Bodo Brinkmanns Bestandskatalog der im Frankfurter Stadel versammelten niederländischen Gemälde vor 1800, der einen ersten wissenschaftlichen Zugang zu den Einzelwerken schuf und für den originäre Forschung

die Zuschreibungen auf einen aktuellen Stand brachte.³

Vor diesem Hintergrund frage ich: Ist alles, was Museum sein will, unbestreitbar Museum? Wo ist die Aufgabe, die Sammlungen in Dokumentation und Publikation durch Forschung zu erschließen, wirklich unbestrittene Maxime, und hat die dafür notwendige Forschungsleistung im Museumsalltag noch überall beglaubigten Rang? Nach dem Statut für die Staatlichen Museen zu Berlin (Stiftung Preußischer Kulturbesitz) sind die Wissenschaftler „zu einer angemessenen Forschungstätigkeit verpflichtet“⁴. Angemessen? Goethe: „Der Zweifel ist's, der Gutes böse macht“.⁵

Zwischen der Forschungsleistung für Kataloge vom Typ „Neue Bilderhefte“ und solcher vom Typ „Illustriertes Gesamtverzeichnis“ liegen Welten, - ungeachtet der Zwischenstufen und dem, was darunter und vielleicht auch darüber rangiert. Ergo: die Zitadelle Forschung in den Museen scheint ungleich munitioniert: Aber das ist Sache der Büchsenmeister. Haben sie solide und gediegene fachliche Bildung? Sind es fachlich hochkarätige Museumsleute mit wissenschaftlichem Format? Sind nicht gerade fürs Museum nur die besten gut genug? Wer nicht neugierig ist, erfährt nichts.

Und wie steht es mit den Feuerwaffen? Ein Blick auf die Artillerie: Sind die Schießscharten des Museums nur auf solche Besucher gerichtet, die sich im Museum schon immer ohne Probleme zurechtgefunden haben, oder

zielt man darauf ab, die Besucherbasis entschlossen und radikal zu verbreitern? Danach wird sich auch die Armierung richten.

Der Zitadelle Forschung Manko oder einträgliche Bilanz haben nicht nur mit Geld zu tun. Forschungsmanko hängt in komplexer Weise auch mit chronischer Angst vor Marginalisierung zusammen. Museumsleute, die nicht erkennen, dass es in der modernen Welt neben dem finanziellen Leidensdruck ein wachsendes Bedürfnis nach Substanz gibt, sollte man entlassen. Im Museumskarussell relativiert jede Ausstellung die vorangehende, und Popularisierung mit aufgesetzten Schnick-Schnack-Strategien führt zwangsweise à la longue zur inneren Demolierung der Festung Museum, zum völlig unnötigen Verschleiß an Substanz.

Als Verteidigung gegen staatliche und kommunale Belagerungstechnik ist Desarmierung der Zitadelle Forschung genau die falsche Taktik, auch wenn Breschen geschossen werden. Nicht schleifen ist die Parole, sondern die Forschungseinrichtung Museum aufwerten. Forschung ist der Waffenspeicher der Festung Museum. Sie allein gibt Kraft, Stärke und Mut zum Widerstand. Sie ist der eigentliche Kontrapunkt zum Blößenwahn, Geist gegen Geiz.

Noch immer ist das museale Forschungspotential eindrucksvoll bedeutend. Doch Forschung erscheint individualisiert. Noch mehr als sonst schon in der modernen Wissenschaft bestimmen

das persönliche wissenschaftliche Format des oder der Verantwortlichen im Museum dessen wissenschaftliche Arbeit und exzellente Forschungsleistung.

Mediocritas in omni re est optima, dieser das Mittelmaß als Maßstab setzende Wahlspruch Lübecks, ist für das Museum ein Desaster, -sein Ende, wo Forschung von Behauptung lebt.

Museales Forschungspotential ohne Ende, - aber kein Ranking, kein Forschungs-TÜV! So kann die Demolier-Polka getanzt werden, - für das Pianoforte von Johann Strauß.

Grundrechtlich ist Forschung frei, aber Forschung ist nicht vogelfrei. Es gibt Museen, die tanzen nicht mit. Etwa die naturkundlichen Forschungssammlungen: Ihre Direktorenkonferenz - ein Dutzend Mitglieder - stellt sich der Herausforderung, ganz wesentlich zur vollständigen Analyse des geologischen, paläontologischen und biologischen Inventars unseres Planeten beizutragen. Ihre Sammlungen, etwa in der Biologie zur Dokumentation, Erschließung und Analyse der Biodiversität, das heißt der strukturellen und taxonomischen Vielfalt der Organismen angelegt und vor wenigen Jahren in der Öffentlichkeit noch als Nebensache betrachtet, haben mit einem Mal für Fragen in Zusammenhang mit der Bewältigung der globalen ökologischen Krise zentrale Bedeutung.

Hier brummt die Forschung, wenn auch für jeden der zwölf Direktoren noch nicht überall laut genug, - hier brummt nicht zuletzt Forschung, aus der sich

möglicherweise auch zuständige Universitätsprofessoren längst zurückgezogen haben.

Tanzmuffel bei den Tönen der forschungskillenden Demolier-Polka sind nicht zuletzt die Museen der „Blauen Liste“. Die Geldgeber verlangen, dass Forschungsmittel nicht zur Querfinanzierung des Ausstellungsbetriebs benutzt werden. Der Anteil der Forschung an der Gesamtheit der Aktivitäten des jeweiligen Museums liegt bei 50 bis 65 % und darüber. Gerät der Anteil einmal unter 50 %, gibt es handfeste Probleme für die zukünftige Finanzierung. Die Evaluation leistet auf Bitten der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung der Wissenschaftsrat.⁶

Auch für andere Museen wurde ein hälftiger Forschungsanteil des Gesamtaufwandes pauschaliert, etwa für das Deutsche Bergbau-Museum Bochum, ein DMT-Forschungsinstitut für Montangeschichte.⁷ Es gibt Festungen, deren bloße Existenz schreckt Belagerungsheere ab.

Umso mehr beschäftige ich mich mit dem

Mangel an Wahrnehmung

Die Öffentlichkeit nimmt die Forschung in Museen nicht angemessen wahr. Ich habe den Bundesforschungsbericht⁸ und die mir verfügbaren Landesforschungsberichte⁹ durchgesehen: Über die außeruniversitäre Forschungsleistung unserer Mu-

seen findet man darin praktisch nichts. Das mag an Ressortperspektivismus und an den Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Kultur liegen. Das mag auch daran liegen, dass die Museumsleute ihre Forschungsleistungen für die Forschungsberichte nicht transparent machen und dass sich darum die Berichterstatter an Ludwig Wittgenstein halten: „Wovon man nicht sprechen kann, darüber muss man schweigen.“¹⁰

Doch - auch Wittgenstein - „Die Welt ist alles, was der Fall ist“¹¹, und somit ist Forschung im Museum - Forschungsberichte hin, Forschungsberichte her - nicht aus der Welt. „Die Welt“ - wieder Wittgenstein - „zerfällt in Tatsachen“¹². hat die Forschungskommission Niedersachsen gekontert. Im niedersächsischen Forschungsbericht gibt es immerhin elf Seiten unter der Überschrift „Forschung an Museen“ und noch zwei Seiten mit „Empfehlungen zur Forschung an Museen“. Man liest leider, dass „die speziell für Forschungszwecke aufgewandten Mittel... im einzelnen nicht quantifizierbar“ seien.

Man ist sich der - „auch in kleineren Museen vorhandenen“ - Forschungspotentiale aber durchaus bewusst und macht dies auch öffentlich geltend.¹³ Wittgenstein: „Die Gesamtheit der Tatsachen bestimmt, was der Fall ist.“¹⁴ Ich füge an: - ob die Öffentlichkeit davon Notiz nimmt oder nicht.

Der Mangel an öffentlicher Wahrnehmung der Forschungspotentiale größerer und kleinerer Museen - Ausnahme: Nieder-

sachsen - ist ein Ärgernis, aber er legitimiert kein Museum, seine Forschungspotentiale zu destruktuieren. Wir haben die Destruktion von Forschung in der Denkmalpflege erlebt. Die Öffentlichkeit hat sie nicht wahrgenommen. Aber inzwischen, wo die Handlungsweise der Denkmalpflege mehr durch denkmalpflegerische Ideologie als durch wissenschaftlich fundierte Qualitätskriterien bestimmt zu werden scheint, rüstet sich die öffentliche Meinung gegen die Denkmalpflege. Die Institution Museum sollte sich vor so etwas hüten. Selten entscheidet die öffentliche Meinung unweise. Einen Mangel an öffentlicher Wahrnehmung kann am besten die Öffentlichkeit selber und allein sie korrigieren. Wir können dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Nackt kann man kämpfen, aber nicht ohne öffentliche Meinung.

Schlussbemerkung

An den Krallen erkennt man die Katze, an der Liebe das Leben, an der Forschung das Museum. Folgerichtig mein Zuruf an die Museumsleute:

1. Keine Angst vorm Blößenwahn!
2. Lasst den Forschungs-Gürtel dran!
3. Schießt Euch auf die Forschung ein!
4. Das nur wird die Rettung sein!

Die Wirkung von Trainerwechseln auf das jeweilige Leistungs-

niveau von Mannschaften der Fussballbundesliga seit 1961 wurde untersucht, - die Wirkung von Kulturnudismus auf die Leistungsfähigkeit von Museen nicht. Angesichts des wissenschaftlichen Potentials musealer Forschung halte ich es an der Zeit, unter Berücksichtigung der organisatorischen und strukturellen Modalitäten der Museen dieses Potential qualitativ und quantitativ zu bestimmen. Sachgerechte Recherche schüfe eine empirische Basis für zukunftsorientierte Museums- und Forschungspolitik auf diesem Feld, böte die Grundlage, Organisation und Qualität musealer Forschung regional und überregional zu beurteilen und das moderne Museum zu seinem gesellschaftlichen Umfeld, kurz: zu der modernen Welt in Beziehung zu setzen. Die Leistung einzelner Museumsleute würde in solche Recherche gewiss eingehen, aber nicht eigentlich Gegenstand der Recherche sein.

Lassen Sie mich über Art und Weise des Erfahrbaren mutmaßen: Wir werden von erstaunlichen Forschungsleistungen hören, aber auch von fragmentiert erscheinender Forschung, zersplittert nach der Interessenlage einzelner Museumsleute und ohne regionale und überregionale Vernetzung und Koordination bei weitgehend fehlender Inter- bzw. Transdisziplinarität der Forschungsansätze. Ich prognostiziere Defizite in der Nutzung von Möglichkeiten fachlich und sachlich gebotener Zusammenarbeit, auch mit Hochschulinstituten; ich ahne, dass isolierte Darstellung der Forschungsar-

beiten und das damit verbundene Defizit an öffentlicher Wahrnehmung zutage kommen. Wird auch das Problem geringer werdender wissenschaftlicher Karrierechancen im Museum mit der Folge abnehmenden Grenznutzens und Bedeutungsverlusts evident werden? Man wird gewiss die thematische Betreuung forschungsrelevanter Bestände in kleinen Museen durch große Museen reklamieren, bei der anspruchsvollen Erschließung wissenschaftlich wichtiger Bestände den Blick ins Land vermissen. Man wird hören, wo überall es langfristig angelegte Forschungsvorhaben gibt und wo es sie eben nicht gibt, und man wird gewiss auch etwas von der „Drittmittelgefahr“ für kontinuierliche Forschung im Museum vernehmen.

Man wird über die Einrichtung museumsspezifischer Forschungskommissionen oder Akademien nachdenken müssen oder wenigstens über die Schaffung repräsentativer Organe, die - wie die Direktorenkonferenz der Naturkundlichen Forschungssammlungen - Museen in der Öffentlichkeit nach außen vertreten und zugleich Anlaufstellen für die Öffentlichkeit sind. Bereitschaft, sich im Museum mit so genannten Gegenwartsfragen zu beschäftigen wird ebenso abgefragt werden, wie die Bereitschaft, spartenoffen und gegenstandsoffen zu arbeiten.

Kurz: Meine Leitgedanken implizieren ein Programm, ein Programm für die Evaluation der Museen.

Ich fordere nicht den Kontrol-

leur, den Schnüffler, den Aufpasser. Dafür ist mir wissenschaftliche Freiheit selbst viel zu wichtig. Museen brauchen unverbaute Schwungkraft. Aber wenn Forschung die Zitadelle des Museums ist, das Element seiner Authentizität, das Schlüsselthema, kann nur die Ansage des wissenschaftlichen Potentials der Forschung in Museen, kann nur ein Ranking die Zukunft der Museen, die Museen sind und bleiben sollen, retten, - Ranking als geistiger Widerstand gegen die Materialisierung der Welt, Ranking als Herausforderung, Ranking als Zellulärtherapie, als Frischzellenbehandlung. Betroffene werden mich tadeln und eine Evaluierung missbilligen. Aber das muss ich aushalten. Manchmal dient man seiner Zeit am besten, wenn man für sie Verrat begeht.

Ranking, Wertvolles bestimmen und abgrenzen, Ranking selbst ist Forschung. Aber Forschung braucht Förderung und Förderung braucht Förderprogramme. Ranking taxiert das museale Forschungspotential auch unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten. Ranking kann dem öffentlichen Wahrnehmungsdefizit in Sachen Forschung in Museen begegnen und Ranking schafft die Grundlage für Ihre Förderung von Forschung in Museen, Förderung vielleicht im Rahmen von wenigstens mittelfristig angelegter, auf die zukünftige Entwicklung des Museums abzielender Forschungsplanung unter Leitung eines in der Forschung aktiven Wissenschaftlers des Stammpersonals mit Mitteln, die unter kei-

nen Umständen für andere Aufgaben des Museums verwendet werden dürfen und vor deren Bewilligung sich die Museums-träger zur geplanten Forschung verbindlich bekennen müssen.

Ranking eigener Art gibt es in Niedersachsen. Die Stiftung Niedersachsen hat 1999 ein Forschungsprogramm ausgelobt, das gezielt Kontinuität und Qualität von Forschung in Museen erhält und stärkt. Museen in Niedersachsen, die ein Forschungsvorhaben, an das internationale Vergleichsmaßstäbe angelegt werden können, durchführen wollen, können sich um die Förderung bewerben. Die Anträge werden wissenschaftlich begutachtet; ein Auswahlgremium von Senatsmitgliedern der Stiftung entscheidet über die Anträge. Forschung, Schnittstellenforschung bestimmt Rang und Bedeutung eines Museums. Man ruft nach Leuchttürmen. Die Blaue Liste baut Leuchttürme, wie die DMT, die Stiftung Niedersachsen und andere mehr. Das Bedürfnis nach Orientierung fordert jedoch allenthalben Leuchttürme, orientierungs- und standortbestimmende Punkte für Forschung in Museen.

Das Museum sagt uns viel über unsere Gegenwart. Der Hopper, mit dem wir traditionelle Schranken überwinden müssen, der uns voranbringen wird, gelingt nicht ohne große leistungs- und erfolgsorientierte geistige Beweglichkeit. Bei vielen Begeisterten und professionellen Museumsleuten, die ihre ganze, oft eigenwillige Persönlichkeit in die Museumsarbeit einbringen, ist sie präsent. Sie werden

Kritik, prüfende Bewertung begrüßen, Ranking gutheißen als Chance, sich dem Besseren zuzugesellen, Standpunkte und Begriffsapparate zu wechseln. In- des: In der Sprunggrube wird nicht alles landen, was Museum heißt.

Nichtsdestotrotz: der Hopper braucht Anlauf ... Stiften heißt anstiften, - anstiften, um das Museum aufzuwerten.

„Je gelehrter, je verkehrter“, hör' ich beckmessern. Nein! „Je gelehrter, so geehrter.“ Jedes Museum, in dem man geistiges Potential spürt, ist spannend. Solches Museum bringt seine Öffentlichkeit in Bewegung und wird sie immer in Bewegung halten.

Anmerkungen:

1. *Manfred Sommer: Sammeln. Ein philosophischer Versuch (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1999) bes. 423 ff.*
2. *Vgl. dazu etwa: Friedrich Waidacher: Handbuch der allgemeinen Museologie (Wien: Böhlau, 3 1999) 315*
3. *Jochen Sander und Bodo Brinkmann: Bestandskatalog niederländischer Gemälde vor 1800 in bedeutenden Sammlungen. Bd. 1: Städel, Frankfurt am Main (Frankfurt am Main: Blick in die Welt, 1995)*
4. *Vom Stiftungsrat am 11. Dez. 2000 verabschiedete Fassung III,2*
5. *Johann Wolfgang von Goethe: Iphigenie auf Tauris V. 1991*
6. *Wissenschaftsrat (Hrsg.): Stellungnahmen zu den Einrichtungen des Sektors Museen der Blauen Liste (Köln, 1992); ders.: Stellungnahmen zu Instituten der*

Blauen Liste und zu Aufnahmeanträgen in die Blaue Liste. Bd. V (Köln 1998); ders.: Stellungnahmen zu Instituten der Blauen Liste. Bd. VII (Köln 2000)

7. *Deutsches Bergbau-Museum Bochum: Jahresbericht 1999*

8. *Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Bundesbericht Forschung 2000 (Bonn, 2000)*

9. *Baden-Württemberg: Landesforschungsbericht 1995; Berlin: Forschung in Berlin (1999); Brandenburg: Forschung im Land Brandenburg (1998); Harnburg: Forschen für Hamburgs Zukunft (1995); Niedersachsen: Forschung in Niedersachsen (1994); Nordrhein-Westfalen: Forschung in Nordrhein-Westfalen (1999); Sachsen: Herausragende Ergebnisse sächsischer Forschung (1997) und Forschung in Sachsen (1999); Rheinland-Pfalz: Landesforschungsbericht 1990*

10. *Ludwig Wittgenstein: Tractatus logico-philosophicus 7*

11. *Wittgenstein: Tractatus 1*

12. *Wittgenstein: Tractatus 1.2*

13. *Forschungskommission Niedersachsen (Hrsg.): Forschung in Niedersachsen, Bericht und Empfehlungen (1994) bes. 337 ff. und 372 f.*

14. *Wittgenstein: Tractatus 1.1 2*

15. *Vgl. Tätigkeitsbericht der Stiftung Niedersachsen 1999 (Hannover: Stiftung Niedersachsen, [2000]); Kultur und Wissenschaft. Ausschreibung des Förderprogramms zur Forschung an Niedersächsischen Museen und Sammlungen 2001 (Hannover: Stiftung Niedersachsen, [2000])*

Von Kultur und von Konflikten

(Un)zeitgemäße Betrachtung zu einer neuen Diskussion

von Dr. Norbert Lammert, MdB

In der jüngsten Debatte über die Auswärtige Kulturpolitik im Deutschen Bundestag am 11. Mai 2001 und in der darauf folgenden Diskussion im zuständigen Ausschuss für Kultur und Medien ist in seltener Klarheit ein Dilemma zutage getreten, das größere Aufmerksamkeit verdient. Bei allen im Bundestag vertretenen Fraktionen herrscht weitgehend Einigkeit über die Grundsätze der Auswärtigen Kulturpolitik, zugleich wird die wachsende Diskrepanz zwischen den Ansprüchen sowie den damit verbundenen hohen Erwartungen und den bescheidenen Ergebnissen immer deutlicher. Diese Tatsache allein sollte dazu führen, weitere Ansprüche an die Aufgaben der Auswärtigen Kulturpolitik mit besonderer Sorgfalt zu verfolgen.

Doch die aktuelle Diskussion, wie sie sich auch in der "Zeitschrift für Kulturaustausch" auf breitem Raum bietet, macht besonders stutzig. Mit einer für diese Debatte ungewöhnlichen Selbstverständlichkeit wird postuliert, dass eine der zentralen Aufgaben der Auswärtigen Kulturpolitik künftig in der Konfliktprävention liegen müsse. So ist beispielweise von der Bewältigung von globalen Konflikten die Rede, und die Tatsache, dass

das Auswärtige Amt 8 Millionen DM für "Projekte zur Krisenprävention" bereit stellt, wird als ein Schritt in die richtige Richtung gewertet, ohne im mindesten zu erläutern, mit welcher Art von Projekten dies geschehen soll, geschweige denn, mit welcher Aussicht auf Erfolg.

Die Hoffnung, dass Auswärtige Kulturpolitik einen Beitrag zur friedlichen Lösung Konflikten leisten kann, ist nicht von vornherein abwegig. Sie entbehrt lediglich der Antwort auf die Frage, ob und vor allem wie sie dies überhaupt leisten kann und welche Rolle Kunst und Kultur wahrnehmen sollen. Von der politischen Instrumentalisierung von Kunst und Kultur haben wir uns in jahrelangen Diskussionen verabschiedet. Hier taucht sie durch die Hintertür wieder auf.

In der Tat ist die neuere Diskussion zwar gewiss gut gemeint, aber nicht gut durchdacht; sie entspringt entweder einem naiven Verständnis sowohl von Außenpolitik als auch von Kunst oder einem Mangel an Nachdenken – oder einer Mischung aus beidem.

Sicher ist Konfliktprävention ein bedeutendes Anliegen, dem sich kaum jemand entziehen will.

Ob allerdings die Auswärtige Kulturpolitik – ohnehin nicht allein, sondern im Gesamtkontext der Außenpolitik – eine geeignete Grundlage sein kann, auf der sie mit Aussicht auf Erfolg betrieben werden kann, darf durchaus bezweifelt werden. Die Überschrift "Mit Kultur gegen Krisen", wie sie die Zeitschrift für Kulturaustausch formuliert, sollte zumindest mit einem Fragezeichen gelesen werden.

Mit dieser neuen Akzentsetzung der Auswärtigen Kulturpolitik von Seiten der Regierungskoalition wird möglicherweise versucht, vom oben beschriebenen Dilemma der auswärtigen Kulturpolitik abzulenken, wobei eine neue Sinnsuche schon für den Ausweg aus dem Dilemma genommen wird. Dass eine praktische Umsetzung der fraktionsübergreifend im Prinzip zustimmungsfähigen Grundsätze der Auswärtigen Kulturpolitik, wie sie der Außenminister in seiner "Konzeption 2000" niedergelegt hat, im politischen Tagesgeschäft bisher ausgeblieben ist, darf nicht hinter einer Debatte über neue Konzepte zurücktreten. Eine konzeptionslose auswärtige Kulturpolitik ist ein abstellbares Ärgernis. Eine folgenlose aber ist fatal.

Die Veranstaltung

Kunst. Macht. Kulturpolitik.

Kulturpolitischer Bundeskongress, 7./8. Juni 2001: Forum 2 "Experiment statt Event? Kunst in offenen Räumen". Mit *Stefan Hilterhaus* (Tanzlandschaft Ruhr), *Jean-Baptiste Joly* (Akademie Schloss Solitude) und *Tom Stromberg* (Schauspielhaus Hamburg). Moderation: *Wibke Bruhns*.

Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, Freitag, den 8. Juni 2001.

The Show must go on: Kunst in Zeiten der Eventkultur

Bruhns: "War Peter Steins ‚Faust‘-Projekt auf der EXPO 2000 Experiment oder Event?" – Stromberg: "Es war ein Albtraum." Nachdem bereits in der Vorstellungsrunde die titelgebende Frage der Diskussionsrunde ebenso spontan wie erschöpfend beantwortet war, blieb ausreichend Zeit, sich einmal ganz generell mit der Frage nach den Rahmenbedingungen von Kunst in Zeiten der Eventkultur zu beschäftigen. Da alle Eingeladenen an mehr oder weniger hoch öffentlich subventionierten Häusern arbeiten und auch inhaltlich keine erheblichen Differenzen zu erwarten waren, konnte die andernorts so oft durchkämmt "dornige Niederung der Sachzwänge" verlassen und freihändig in die ebenfalls titelgebenden "offenen Räume" gegriffen werden. Unter der klugen Regie von Wibke Bruhns wurde ein unterhaltsamer und am Ende auch

noch lehrreicher Vormittag daraus. Aber der Reihe nach.

Another day in paradise

Dass es noch Institutionen gebe wie das Schloss Solitude, sollte man eigentlich verschweigen, meint Wibke Bruhns. Nicht nur, um es nicht unnötig ins Gespräch am falschen Ort zu bringen und damit zu zerreden oder zu gefährden, sondern auch, weil die Existenz eines Hauses wie diesem eigentlich heute kaum mehr vermittelbar sei, es sei zu paradiesisch. Jean-Baptiste Joly sieht das gelassener, spricht von dem "Experiment Solitude" und misst den Erfolg seines Hauses am Werdegang der Menschen, "die bei uns waren, am Erfolg der Ehemaligen". Im Gegensatz zum Berliner Noch-Kultursenator Christoph Stözl sei er der Auffassung, dass ein Institut durchaus mit einem gesellschaftlichen Auftrag versehen werden kann, denn man müsse eine Institution inhaltlich begründen können. Die Aufgabe einer jeden Kulturinstitution bestehe darin, Kunst für die Gesellschaft relevant zu machen. Und der größte Fehler, den Institutionen machen können, sei, nicht mehr erreichen zu wollen, als der Gesellschaft das zu geben, von dem man annehme, dass sie es ohnehin wolle. Dann gebe es nicht nur keine Innovationen, keine neuen Sichtweisen, man unterschreite damit auch ohne Not die Grenze des Zumutbaren beim Publikum, das man ernster neh-

men müsse und das man nicht unterschätzen dürfe.

All along the Waschkaue

Ganz das Gegenteil vom gefegten Stuttgarter Solitude-Schlossplatz zeichnet Stefan Hilterhaus, für den "Kunst in offenen Räumen" Kunst in den Industrieruinen des Ruhrgebiets bedeutet. Er bespielt Zechen und andere Orte früherer industrieller Nutzung, betont aber, dass er keine "Industriebespielungsinitiative" vertrete, vielmehr sei die "Tanzlandschaft Ruhr" eine Institution mit verschiedenen und wechselnden Aufführungsorten. Zu diesen zählten auch Jugendstil-Schwimmbäder, setzt Hilterhaus nach. Vermutlich, um nach den aufgeräumten Solitude-Impressionen nicht allzu ölverschmiert dazustehen. Im übrigen befindet sich sein Büro in der Waschkaue der Zeche "Zollverein". Von dort aus werden neue Wege betreten und "neue Brücken gebaut", wie Hilterhaus es nennt, denn seine These ist, dass neue Räume auch neues Publikum zur Kunst bringen. Die Chancen hierzu seien, jedenfalls seiner Erfahrung nach, relativ gut und auch langfristig vorhanden. Hilterhaus beklagt allerdings, dass die Kunst entgegen anderslautender Einschätzung optimistischerer Zeitgenossen isoliert sei, wo sich doch herumgesprochen habe, dass Kultur Teil des Lebens aller sei. Kunst müsse mit dem Alltag stärker verknüpft werden. Dabei habe zwar nicht Alles mit Allem zu tun, aber Tanz auf jeden Fall mit Wissenschaft: "Alltag und Wissenschaft sind dem Tanz immanent". Das Publikum reagiere positiv auf die Veranstaltun-

gen in den neuen Räumen, die "offen" seien im Sinne einer Öffnung für eine neue Nutzung.

All you need is love

Nach dem nicht zu unterschätzenden Publikum in Stuttgart und dem neuen Publikum in Essen nun das auf Distanz gegangene Publikum in Hamburg?

Auf die Gretchenfrage nach dem Publikum angesprochen, zitiert Stromberg Jürgen Flimm: "Ein Theater, das sich nicht durch seine Zuschauer legitimiert, kommt in Not". Und er setzt hinzu: Man bekomme das Publikum schon mal gar nicht in den Blick "wenn man immer dem Publikum hinterherläuft", denn dann "sieht man nur dessen Hintern".

Ob dies auch die Antwort auf die Frage war, ob er sich und seine Programmgestaltung durch die Reaktionen des Publikums seit den Premieren im Herbst 2000 verändert habe, bleibt hier allerdings ungewiss. Überhaupt das Publikum. Stromberg betont, dass es verschiedene Formen von Publikum gebe, verschiedene "Zielgruppen", und so will sein Programm nicht nur, es müsse auch einerseits in die Breite wirken, andererseits aber auch Dinge "erforschen", die das Theater "weiterbringen." Aber sein Publikum erziehen, sagt Stromberg, wolle er nicht, eher "Sehgewohnheiten verändern".

Damit widerspricht er zwar der Auffassung von Johannes Rau, der in seiner Rede herausgestellt hatte, dass dies längst das Metier der Naturwissenschaften geworden sei, wie auch der Begriff der Innovation kein kulturpolitischer Begriff sei, sondern

einer, den die Wirtschaft inhaltlich füllt. Aber dem Theater komme auch, so Stromberg, die Rolle der Vermittlung zu. Denn man muss schon vermitteln, dass "Ein Sturm *nach* Shakespeare von Jan Lauwers" etwas anderes sei als "Hamlet von Shakespeare in der Regie von Peter Zadek." Er habe bemerkt, dass das Publikum professioneller geworden sei und sich auch nicht von den Feuilletons beeindruckt lasse, die es im Übrigen in früheren Zeiten geschafft hätten, einen Intendanten abzusetzen, in dem sie ihn massiv angriffen. Auf die Frage, ob er die Einschätzung teile, dass das Publikum nicht mehr verstehe, was auf den Bühnen dieser Republik gespielt wird, präsentiert Stromberg eine einleuchtende These: Das "angestaubte Bildungswissen", das die Menschen "mit sich herumtragen", werde eben nicht auf jeder Bühne so umgesetzt, wie man es zu Schulzeiten kennen gelernt habe, dies sei jedoch kein besonders neues Phänomen und die Besucher wüssten ziemlich genau, wo auf dem Theater Dinge ausgereizt würden und wo nicht. Und die Experiment-scheuen gingen dorthin, wo Romeo und Julia so inszeniert wird, wie man es sich in der Schule vorgestellt hat. Dass das zumindest in Hamburger Schauspielhaus nicht der Fall sein würde, braucht er nicht zu betonen.

Love me do

Der Intendant kennt auch seinen "idealtypischen Besucher": kenntnisreich, hellwach, offen für jede Form der Inszenierung und doch kritisch. Der idealtypische Zuschauer könne in einer

Vorstellung durchaus auch mal in einen gesunden Schlaf fallen, aus dem er ab und zu erwacht. Denn der habe trotz Theaterschlaf am Ende mehr mitbekommen als viele andere – und möglicherweise "ganz viel verstanden". Und überhaupt sei es mitnichten so, dass die Theater ihr Publikum verloren hätten. Ganz im Gegenteil müsse es jeden erstaunen, dass auch bei der enorm gestiegenen Anzahl von Veranstaltungen und Kulturangeboten der verschiedensten Art das Publikum überhaupt noch in die Theater findet. In der Tat: die Menschen machen immer mehr Überstunden, sitzen durchschnittlich immer länger vor dem Fernseher, treffen sich in ausverkauften Fußballstadien und bevölkern die Vergnügungsparks. Stromberg: "Es gibt eine Renaissance des Live-Ereignisses. Man möchte die Brillanz im Auge des andern sehen. Es gibt eine Sehnsucht der Menschen, etwas live zu sehen." Die Kunst hat ihr Publikum nicht verloren, dies müsse man auf einem kulturpolitischem Kongress auch einmal deutlich sagen. A propos Kulturpolitik. Stromberg versteht sich als Kulturmanager in dem Sinne, dass er zwischen Künstler und Politik vermittelt.

(I can't get no) satisfaction

Nach seiner Erfahrung hierzu befragt, berichtet Hilterhaus, dass das Vertrauen der Politiker in die Macher von Kultur von entscheidender Bedeutung sei und dass mit dem Gewinnen von Vertrauen das System stehe oder falle. Stromberg hat eine andere Strategie, er denke beispielsweise überhaupt nicht daran, sich

mit dem Finanzsenator über Kunst und die Inhalte seines Spielplans zu unterhalten, denn was der Finanzsenator von der Kunst halte, sei ihm, vorsichtig gesagt, nicht wesentlich. Nein, auch nicht, wenn der im Publikum sitzt. In diesem Zusammenhang kann Joly vom "Machtspiel" zwischen Institutionen und Politikern berichten, das zu seinem großen Leidwesen von der Abhängigkeit turnusmäßig und rituell sich wiederholender öffentlicher Wahlen beeinflusst sei. Dieser enorme Aufwand an Demokratie sei zwar sicher sehr gut, diene vor allem aber dazu, "damit sich das Kapital zelebrieren" könne, helfe der Kunst aber nun wahrlich nicht weiter.

Love me or leave me

Zurück zum Publikum. Schloss Solitude sei ja alles andere als ein Magnet für ein Massenpublikum, konstatiert Wibke Bruhns, um dann ganz unschuldig zu fragen: "Wollen Sie breitere Schichten für Kultur gewinnen?" Worauf Jean-Baptiste Joly ohne zu zögern mit einem Wort antwortet: "Terror!"

In die folgende Stille hinein bemerkt Stromberg, dass sich das Problem vielleicht ganz anders stelle, denn das eigentliche Problem sei die junge Generation, die der künftigen Besucher von Kulturveranstaltungen. Sie sei nicht nur nicht ausreichend informiert, sondern bringe auch weder Geduld noch Konzentration mit, um die Produktionen an den "Kultstätten des deutschen Weltkulturerbes", womit der die öffentlich subventionierten Kultureinrichtungen meint, zu verfolgen. Wenn Geduld und Kon-

zentration nicht vorhanden seien, müsse man eben eine "Zu-mutung" mehr einbauen, und man müsse immer wieder von vorn anfangen, Kultur zu vermitteln, immer wieder. Zwar habe Joly in Stuttgart nicht den Druck wie ein Theater, obwohl er über hundert Veranstaltungen im Jahr mache, aber der "Energieverlust bei der Kulturvermittlung ist enorm", und auch Hilterhaus weiß, dass man Zugänge schaffen muss ("Brücken bauen", sagt er einmal mehr), das Publikum hinführen, auch Proben öffnen, um ein Verständnis auch für ein Entstehungsprozess zu wecken: "the making of" als Teil des Spielplans.

Hilterhaus hat noch ein weiteres Problem mit seinem Publikum. Im Ruhrgebiet sei zwar irrsinnig viel los, aber für jemand in Castrop-Rauxel seien 20 Minuten Fahrzeit zur nächsten Stadt eben enorm viel, und nur selten nehme man dergleichen Mühsal auf sich, um ins Theater zu kommen; in London oder auch in Hamburg sei es ganz normal, eine Stunde unterwegs zu sein, um eine Veranstaltung zu besuchen. Das habe, so Hilterhaus, mit Identifikation mit der Stadt zu tun und damit, dass "Menschen Markierungen brauchen". Offenbar liegen die im Ruhrgebiet unmittelbar vor der eigenen Haustür. Dass es das Problem auch woanders gibt, weiß Stromberg aus seiner Zeit in Darmstadt. Dort seien es nur die Intendanten und Regieassistenten gewesen, die eben mal nach Mainz oder Wiesbaden gefahren sind, um eine Produktion zu sehen, das Publikum folgte

diesem Beispiel nicht. Was im Dreieck Mainz-Wiesbaden-Darmstadt belächelt werden könne (drei Theater mit drei Ensembles und drei verschiedenen Spielplänen unmittelbar beieinander und das Publikum geht nur vor die eigene Haustür), das sei in den neuen Bundesländern jedoch eine große Gefahr, da sofort von Überangebot die Rede sei und die Einsparkeule geschwungen werde. Man blickt einen Moment ernst, denn mit Begeisterung allein sollte man seine Zeit schließlich auch nicht vergeuden.

Let it be

Festivals aber sind keine Alternative, darüber ist man sich sehr schnell einig. Man mache immer wieder die Erfahrung, dass wenig von einem Festival bleibe, dass sich trotz anders lautender Ankündigungen doch schnell alles wieder verflüchtige. Kontinuität, auch hier ist man sich sofort einig, sei viel wichtiger.

Joly, der Franzose in Deutschland, wagt die These, dass Institutionen einen Grad von Nichtaustauschbarkeit gegenüber Festivals hätten, der sie in einen anderen Rang hebe. Das könnte, wenn man es richtig mache, übrigens auch für Festivals selbst gelten, denke man zum Beispiel an die zu Institution gewordenen Sommerparty in Avignon. Die schiere Präsentation von Austauschware, die man international nennt, nur weil man sie auf jedem Festival der Welt zeigen und sehen könne, auch darüber ist man sich schnell einig, kann es nicht sein, die unsere Beachtung verdient. Die Zaubерlösung, die den Festivalmachern

trotzdem immer noch vor-schwebt und möglicherweise einer der wenigen Gründe dafür ist, dass es Festivals überhaupt noch gibt, sei der Versuch, Lokales und Internationales im Festival zu verbinden.

Dazu weiß Stromberg spontan zu sagen: "Geht nicht, geht nie", doch Hilterhaus gibt die Hoffnung nicht auf: "Wir haben das gemacht!" Aber vielleicht seien Festivals auch nur so eine Mode, die sich überlebt.

Joly konstatiert, dass dies schließlich auch für Institutionen gelte. Er habe beobachtet, dass sich alle 20 bis 25 Jahre eine Reihe von Neugründungen von Institutionen vollziehe, die sich logischerweise ergeben im Zuge der Veränderungen der Szenen. Aber auch die Institutionen seien nicht per se für die Ewigkeit geschaffen. Sie hätten vielmehr eine Lebenserwartung von einer Generation, denn die Aufgaben überlebten sich, wie sich das Leben verändert, und die Schwerpunkte veränderten sich wie der Geschmack einer neuen Generation.

Dies nimmt Joly positiv, denn strategisch nach vorn gedacht, könnte er hiermit neue Gründungen rechtfertigen. Verschweigen tut er hingegen, dass Institutionen, die sich überlebt haben, oder deren Geschäftsgrundlage nicht mehr vorhanden ist, konsequenter Weise auch zu schließen wären. So kann das Geld schließlich nie ausreichen, wenn immer Neues anfangen, aber vergessen wird, dafür Altes zu schließen, und immer wieder neu auf Experiment und Event gesetzt wird.

The End (The Doors)

Joly wagt sich, die Gelegenheit ist günstig, mit Definitionen vor. Das Experiment beschreibe die "Unsicherheit im Moment des Entstehens", gemeinsam sei Experiment und Event lediglich die Abwesenheit von Kontinuität.

Mit dem Event sei es komplizierter, denn es täusche Avantgarde vor und belege damit den Platz, an dem Neues hätte gefördert werden sollen, was dann aber nicht geschehen könne. Selten musste das Event eine so kluge Schelte einstecken, spontaner Beifall, Stromberg wirbt Joly als Dramaturgen an. Doch Joly ist noch nicht fertig. Kultur, so Joly, werde viel zu schmal diskutiert, eigentlich müsse sich das ganze Kabinett damit beschäftigen, denn es gehe alle an. Ein schlechter Politiker, mag man einwenden, der das für seinen Bereich mit guten Gründen nicht auch reklamieren würde. Zumal Joly zugleich vor der "kulturellen Inflation" warnt, als meine er damit, das viele Reden über Kultur auch in Prominentenkreisen könne den Argwohn nähren, hier sei ein besonders lohnendes Feld für Kürzungen, eben weil es doch so lautstark im Gespräch sei wie sonst nur Institutionen unmittelbar vor der Pleite.

Zum Schluss klärt Joly noch die Geschäftsgrundlage: "Kultur ist der Garant der Demokratie", und "Kunst ist der unbekannteste Teil der Kultur." Und es ist nur folgerichtig, dass schnell noch die Kulturbegriffe bei Goethe und bei Herder beigebracht werden, damit wir uns nicht kurz vor dem Ende noch missverstehen. Dass die Fragen des Pro-

grammhefts an das Forum "Experiment statt Event? - Kunst in offenen Räumen" weder angeschnitten noch zufällig beantwortet wurden, mag so recht niemand bedauern: "Können neue, offene Räume für Kunst geschaffen werden, in denen Experimente (wieder) möglich werden? Kann Kulturpolitik es sich überhaupt noch leisten, öffentliche Räume für das künstlerische Experiment zu schaffen oder gerät sie immer mehr unter das ‚Diktat‘ einer Eventkultur?" Wir dürfen froh sein, dass Wibke Bruhns diese eher hinderlichen Fragen aus dem Spiel gelassen und statt dessen eine kurzweilige Diskussion in Schwung gehalten hat, deren großer Vorteil war, weder Experiment noch Event gewesen zu sein. The show must go on. Let's dance.

*Olaf S. Gehrke
Wiss. Mitarbeiter der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
AG „Kultur und Medien“*

Aus kulturpolitischen Zeitschriften

Dem Thema ‚Kulturpolitik‘ widmete *„Das Parlament“* vom 11.05.2001 eine eigene Themenausgabe.

- *„aktuell“*, hg. vom Deutschen Kulturrat Juni 2001, widmet sich insbesondere der geplanten neuen *„Nationalstiftung“* und bietet S. 10ff eine Übersicht über aktuelle kulturpolitische Informationen, darunter auch eine Übersicht über Anfragen, Gesetzesentwürfe und Entschließungsanträge zur Kulturpolitik im Deutschen Bundestag bis März 2001. Außerdem befinden sich dort S. 14ff Vorstellungen des neuen Vorstandes und Sprecherrats des Deutschen Kulturrates.

- Im Juni 2001 erschien der Jahresbericht des Deutschen Kulturrates *„Lobby-Arbeit für die Kultur“*, der den Zeitraum vom Mai 2000 bis zum April 2001 abdeckt.

- Die Zeitschrift *„Musik in Sachsen“* 3/2001 enthält nicht nur einen Überblick über Konzerte und Veranstaltungen von

Juli bis September 2001 sondern auf Seite 13 auch einen Hinweis auf das Symposium *„Musikerziehung im Grundschulalter“*, das vom 07. bis 08. September 2001 in Großenhain stattfand. Es sprach u. a. Prof. Dr. Hans Günther Bastian.

- Im Sammelband *„Klang und Wahrnehmung“* *Komponist – Interpret – Hörer*“, hrsg. vom Institut für Neue Musik und Musikerziehung Darmstadt, ist besonders hervorzuheben der Beitrag von Hans-Georg Nicklaus *„Über einige Zusammenhänge zwischen Ästhetik und Pädagogik“*.

- Die Zeitschrift *„kultur politik“* 2/2001, hg. vom Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler, bietet (18ff.) u.a. positive Stellungnahmen zum geplanten neuen Urheberrecht und eine Würdigung der Neugestaltung der Künstlersozialversicherung (21f.), 3/2001 eine Bestandsaufnahme der beruflichen Situation der Künstlerinnen und Künstler in den neuen Ländern (6ff.).

Rezensionen

Klaus Stemmler: Kulturpolitik in der Ära Kohl. Eine Kritik der Grundlagen und Diskussionen zur Wahrnehmung von Kompetenzen unter der Regierung Helmut Kohl 1982–1998. ARCult Media, Bonn 2000. ISBN 3-930395-22-3, 148 Seiten, DM 28.

Der 9. November ist ein historisches Datum. Dass dies auch und besonders für die Kulturpolitik gilt, ist in Vergessenheit geraten, obwohl fünf Jahre vor dem berühmten Datum, am 9. November 1984, die erste große kulturpolitische Debatte im Plenum des Deutschen Bundestages stattfand.

Der (Magister-) Arbeit des Kulturwissenschaftlers Klaus Stemmler, die als Veröffentlichung der ARCult Media vorliegt, ist es zu verdanken, dass dieses historische Ereignis wieder zurückfinden kann in das Bewusstsein der breiten, kulturpolitisch interessierten Öffentlichkeit. Doch was führte dazu, dass sich überraschend der Deutsche Bundestag mit Fragen der Kulturpolitik auseinandersetzte?

Die angekündigte geistig-moralische Wende der neuen Bundesregierung hatte auch die Kulturszene beschäftigt, und so sah es die SPD-Fraktion als ihre Pflicht an, sich mit einer Großen Anfrage zur Kulturpolitik im September 1983 Klarheit über den neuen Kurs der Bundesregierung zu verschaffen. Die parlamentarische Initiative wurde ein Vierteljahr später flankiert

von einem Pendant von Seiten der Regierungskoalition. Ein gutes Jahr später standen beide Antworten auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages, und es fand nicht weniger statt als die kulturpolitische Positionsbestimmung der Bundesregierung.

Die Kritik der "Kulturpolitik in der Ära Kohl" ist der Gegenstand des schon im vergangenen Jahr und etwas unbemerkt erschienenen Buches, in dem der Bogen gespannt wird von einer knappen Darstellung der "Rahmenbedingungen" der Bundeskulturpolitik seit Mitte der 80er Jahre über kompetenzrechtliche Grundlagen bis zur Situation nach 1998. Daneben werden die "konzeptionelle Problemlage für die Organe Regierung, Bundestag und Parteien" und die "strukturelle Problemlage" behandelt. Zum Ende werden darüber hinaus mögliche "Perspektiven" aufgezeigt, die aber im wesentlichen die Erwartungen an das neu installierte Amt des Staatsministers für Kultur mit den ersten Amtshandlungen des ersten Amtsinhabers abgleichen.

Der Gegenstand ist insgesamt klar eingegrenzt: nur innerdeutsche Kulturpolitik ist das Thema und dazu beschränkt auf die Aktivitäten von Bundesregierung und Bundestag. Dabei hätte der gewählte nicht-chronologische Aufbau die Möglichkeit eröffnet, stärker inhaltliche Linien herauszuarbeiten: Da nach den 50er und beginnenden 60er Jahren, in denen die Bildung, und den 60er und 70er Jahren, in denen die Kunst im Vorder-

grund der Kulturpolitik stand, in den 80er Jahren die Geschichte wesentlicher Gegenstand wurde, greift ein Verweis auf die "grands projets" des Kanzlers ohne eine gesellschaftspolitische Einordnung zu kurz und mag damit vor allem die These stützen, dass Kulturpolitik auf Bundesebene über weite Strecken ein "muddling through" ist.

Es tröstet wenig, dass dieser Satz auch im Buch im Präsens steht.

Diese Arbeitsthese hat möglicherweise – um ein "muddling through" in der Berichterstattung zu verhindern – dazu geführt, dass die Chronologie zugunsten einer strukturellen Einteilung aufgegeben wurde, was der Sache auch zu Gute kommt. In der "konzeptionellen Diskussion" werden die möglichen Politik-Ansätze der Kulturpolitik durchgespielt ("Kulturpolitik als Richtlinien-, Struktur- und als Ordnungspolitik"), wo es über den ordnungspolitischen Ansatz heißt, dass er "einen Verlust von unmittelbarem politischen Gestaltungsanspruch" mit sich bringt. Womit wir nebenbei noch etwas über mögliche Motive der Einrichtung einer Bundeskulturstiftung gelernt haben.

Die Nacherzählung der in Rede stehenden Zeit und der kulturpolitischen Vorgänge ist nicht frei von dem "weitgehenden Verzicht auf parteitaktische Polemik", den der Autor an anderer Stelle ausdrücklich lobenswert fand. Nimmt man die eingestreuten Pejorative sportlich, taugen sie sicher als Auflockerung. Was zum Ende hin und

nach den Einwüfen gegen die Kulturpolitik der Union ein wenig verwundert, ist die besonders scharfe Kritik an der Amtsführung des ersten Staatsminister für Kultur und Medien: "Zwei Jahre nach dem Regierungswechsel kann eine Zwischenbilanz erfolgen, die ausgesprochen dürftig ausfällt: es hat sich für die Kultur auf der Ebene der Bundespolitik wenig geändert, geschweige denn verbessert" (S. 116).

Im Zeitraum nach 1998 gelingen Zusammenfassungen sichtlich authentischer, und das letzte Viertel des Buches mutet ein wenig wie eine Kür an, zumal es den im Titel des Buches genannten Zeitrahmen sprengt und offenbar getragen ist von der live mitverfolgten Diskussion. Nachvollziehbar deshalb, aber dennoch inkonsistent ist, dass Verbindungen vom Hauptgegenstand des Buches, der "Ära Kohl", zum neuen Ansatz, die Kulturpolitik auch in der Regierung mit einer Person identifizierbar zu machen, unterbleiben. So bleibt über Strecken der Eindruck einer – allerdings quellenreichen – Nacherzählung, nicht einer Analyse. "Das ‚System Kohl‘ scheut parlamentarische Auseinandersetzungen und formale Entscheidungsverfahren", heißt es auf S. 82, ohne dass auch nur der Ansatz eines Beleges folgt. Vielmehr wird ausgiebig aus den Tageszeitungen zitiert, aus denen eben dieser Befund stammt. Ein analytisches Vorgehen hätte möglicherweise auch nachvollziehbarer gemacht, was als Einschätzung der Arbeit des Bundestages ebenfalls eher apodiktischer Natur folgt: "Es be-

steht ein grundsätzliches Problem innerhalb des Bundestages, Kulturpolitik als Gegenstand der parlamentarischen Arbeit anzuerkennen" (S. 59) und: im Bundestag fehlt es an "breiterem kulturpolitischen Interesse" (S. 111). "Damit lautet das Fazit, dass eine konzeptionelle Kulturpolitik auf Bundesebene bis dato nur in Ansätzen zu erkennen ist." (S. 72).

Unbestritten: Es ist eine ganze Reihe der schönsten Zitate aus den vergangenen Debatten in dem Band versammelt, die wichtigsten Dokumente sind angeführt. Enttäuschend karg dagegen ist das Zahlenmaterial ausgefallen, das sich auf die Ausgabenentwicklung des Bundes beschränkt und auch schon wegen der immer geringer werdenden Halbwertszeit solcher Daten allenfalls illustrativen Charakter hat. Insgesamt ist der Band weniger eine Pflichtlektüre für kulturpolitische Akteure als eine von Zeit zu Zeit brauchbare Hilfe zur Vergewisserung, ist aber auch als Einstieg in die Materie ausdrücklich zu empfehlen. Der Anhang verzeichnet dankbarer Weise die großen Debatten im Plenum des Deutschen Bundestages und die einschlägigen Drucksachen, womit ein kleines Kompendium der Beschäftigung des Bundestages mit der Kulturpolitik vorliegt.

Die Abbildung von Wolfgang Mattheuers "Jahrhundertschritt" auf dem Titel mag allegorisch gelesen werden und den, nun ja, Jahrhundertschritt der Einführung des Amtes des Staatsministers für Kultur und Medien il-

lustrieren wollen. Dagegen ist die Überschrift der Arbeit ohne zu spekulieren irreführend, geht es doch um nichts weniger als um die Bundeskulturpolitik in Deutschland – sowohl von Regierung als auch Parlament – vom Beginn der 80er Jahre bis erheblich nach 1998.

Und so kann der Band enden wie ein guter Fortsetzungsroman: an einem denkbar spannungsgeladenen Punkt: Der erste Staatsminister verlässt vorzeitig sein Amt. Ein neuer Kandidat steht schon mutig im Blitzlichtgewitter. Wird der Neue es schaffen? Wird er die Fehler seines Vorgängers vermeiden und mehr politisches Gespür beweisen? Wird er die richtigen Entscheidungen treffen? Und vor allem: Werden er und die schöne Schriftstellerin ein Paar? Die letzte Frage zumindest kann schon beantwortet werden.

Olaf S. Gehrke

Kunst- und Musikhochschulen in Deutschland – Colleges of Art and Music in Germany. Hrsg.: Christian Bode, Werner Becker, Claudius Habbich. In Verbindung mit dem DAAD und der HRK. 32x25 cm, 250 Seiten; München: Prestel, 2001. ISBN 3-7913-0000-0, DM 78.

Ein Land, dessen kulturellen Leistungen international Attraktivität ausstrahlen und das ein weltweit einzigartiges, nicht zentralistisches und dabei im Prinzip funktionierendes, vielfältiges System der öffentlichen Förderung von Kunst, Kultur und Wissenschaft entwickelt hat, bildet seinen Nachwuchs in besonderer Weise und mit besonderer Verantwortung aus. Wie um diese These zu beweisen, liegt seit wenigen Wochen ein umfangreiches Werk vor, dessen korporative Mitherausgeber DAAD und Hochschulrektorenkonferenz sind: "Kunst- und Musikhochschulen in Deutschland".

Wie bereits in den beiden Vorgängerpublikationen dieser reich bebilderten Trilogie über die Universitäten (1995) und die Fachhochschulen (1997) werden nun die künstlerischen Hochschulen in alphabetischer Reihenfolge vorgestellt, unterbrochen von Bilderstrecken und Essays, u.a. von C. Bernd Sucher, Christoph Richter, Siegfried Mauser, Helmut Staubach oder Monika Grütters – alles durchgehend zweisprachig deutsch und englisch.

Auf Übersichten, Tabellen und

Zahlenkolonnen wird bewusst verzichtet, und so muss nachzählen, wer die präsentierte Vielfalt auch in Zahlen fassen will: 22 Hochschulen für Musik, eine für Tanz, zwei für Film, eine für Schauspiel, 17 für Kunst, zwei für Kunst und Musik, sechs für Kirchenmusik gibt es in Deutschland, das sind insgesamt 51 Hochschulen, an denen 31.000 Studierende eingeschrieben sind, und das sind 2% aller Studierenden in Deutschland. Jeder fünfte Studierende an einer künstlerischen Hochschule kommt aus dem Ausland, womit der Ausländeranteil hier fünfmal so hoch ist wie der Durchschnitt an anderen Hochschultypen.

Diese Informationen setzt der Bildband auf 250 Seiten in ansprechendem Layout um, auch mit Fotostrecken, die allerdings ebenso eindrucksvoll wie beliebig sind, denn musizierende, tanzende oder malende Studierende sind zwischen Kiel und München ein eher ähnliches Sujet. So greifen die Herausgeber zur Abwechslung einerseits zu Bildunterschriften, wie sie sonst die Deutsche Zentrale für Tourismus – gern ohne weiteren Mehrwert für die Abbildung – dichtet: "Hohe Räume, lange Flure", "Student mit schwerem Gepäck", "In der Gruppe macht's am meisten Spaß". Und andererseits dürfen wir einen Trompeter gleich auf zwanzig Bildern durch seinen Alltag in Berlin begleiten. Andere Fotostrecken zeigen die Tempel der Hochkultur in der Republik.

Spätestens hier stellt sich die

Frage: Für wen ist das Buch eigentlich gedacht? Eine "wichtige Orientierungshilfe für Studierende", wie es in der Wortwahl der Herausgeber heißt, liegt mit diesem Band sicher nicht vor. Die Autoren des Vorwortes haben aber auch kein Problem damit, das Buch gleich als Geschenkband zu bezeichnen, am liebsten "für ausländische Besucher".

Der Nutzen liegt wohl irgendwo in der Mitte, es ist, was man im Verlagsjargon ein "Coffee Table Book" nennen mag, das für die Präsentation der künstlerischen Hochschulen im Ausland geeignet ist und damit Standortwerbung für Deutschland mit Hilfe der musischen Ausbildung macht. Daran ist eigentlich nichts auszusetzen. Und doch erinnert man sich in diesem Zusammenhang an die Frage, mit der Dieter Ronte seinen Beitrag überschrieben hat: "Tun wir zuviel?"

Olaf S. Gehrke

Institut der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.), Jahrbuch für Kulturpolitik 2000. Bd. I: Thema: Bürgerschaftliches Engagement. Essen 2001, 446 S.

Thomas Röbbke und Bernd Wagner als Herausgeber geht es in ihrem ersten Band des Jahrbuches für Kulturpolitik "um eine Neudefinition staatlicher Aufgaben in einem unübersichtlich gewordenen Feld privater und gemeinnütziger Akteure" am Beispiel der Kulturpolitik. Das Buch soll überdies "als Plattform verstanden werden, die Rolle, die Aufgaben und die Desiderate einer aktivierenden Kulturpolitik zu konkretisieren." (Kulturpolitik, S. 34/35).

Wie der Untertitel "Bürgerschaftliches Engagement" angedeutet, ist ihnen mehr als dies gelungen. Es ist auch beabsichtigt. Die Beiträge bieten eine repräsentative Sammlung von Stellungnahmen und Meinungsbildern von Repräsentanten aus Bundes- und Landespolitik, Wissenschaft, Fachverbänden und Kulturszene aller politischer Lager zur aktuellen Bürgergesellschaftsdebatte.

Besonders die Einführung der Herausgeber ist lesenswert. Kenntnisreich werden verbreitete Meinungen zur Bürgergesellschaft in einem ersten Schritt begrifflich analysiert und in ihrer geistesgeschichtlichen Entwicklung beschrieben. Herausgearbeitet werden dabei drei Aspekte: zum einen *partecipolitische* Strömungen, die verschie-

denen Denktraditionen verpflichtet sind, der christlichen Soziallehre, der Solidaritäts- und Gerechtigkeitsidee der Arbeiterbewegung, dem Wirtschaftsliberalismus und der Alternativ- und Selbsthilfebewegung der 70er Jahre, zum anderen *philosophische Strömungen* der Aufklärung und der neuzeitlichen politischen Philosophie, ferner *neue soziale Bewegungen Ost- und Westeuropas*, "die mit unterschiedlichen Zielen das traditionelle politische Gefüge in Unordnung brachten und neu belebten." (Kulturpolitik, S. 29).

Auf dieser Folie können die nachfolgenden Einzelbeiträge zur Bürgergesellschaftsthematik in einem zweiten Schritt gesichtet und "systematisch verortet" werden. Damit verfolgen die Herausgeber stringent ihr Ziel, es nicht – wie so häufig in der aktuellen Debatte – bei "moralischen Appellen" zu belassen.

Vielmehr soll der vorliegende Band seinen Beitrag dazu leisten, das Instrumentarium für eine "politische Steuerung dieses Umbaus" (ebda.) zu einer aktiven Bürgergesellschaft zu liefern.

Entstanden ist ein informatives Buch, das einen systematischen Überblick zur Bürgergesellschaftsdebatte bis zu den gesetzvorbereitenden Arbeiten der Enquete-Kommission "Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements" liefert. Komplettiert wird es durch eine umfassende Bibliographie, die eine repräsentative Übersicht zu den verschiedensten Anbietern im kulturpolitischen Bereich bietet. Ein aktu-

elles Adressenverzeichnis zu kulturpolitischen Gremien und Verbänden, umfangreiches Zahlenmaterial zur Kulturstatistik sowie ein kommentiertes Linkverzeichnis zu wichtigen auf Bund- und Länderebene tätigen Informationsdienstleistern der Kulturpolitik runden den ersten positiven Eindruck ab und machen es zu einem praktikablen Wegweiser durch die vielschichtige Kulturlandschaft.

Dass auch die "*Kulturpolitische Umschau - Im Gespräch*" der Konrad-Adenauer-Stiftung eigens aufgeführt ist, ehrt uns. Dem Anliegen, "neue Allianzen zwischen Theorie und Praxis der Kulturpolitik" (Kulturpolitik, S.

14) zu schaffen, ist die Kulturpolitische Gesellschaft mit dem vorliegenden Buchprojekt mit Sicherheit ein gutes Stück näher gekommen.

Abzuwarten ist, ob auch der Anspruch gehalten werden kann, einen nachhaltigen Beitrag zum Bürger aktivierenden Staat zu leisten. Denn Bürgerengagement, wie zu Recht von den Herausgebern mehrfach angemerkt, ist nicht von oben zu verordnen. Der Staat kann lediglich erleichternde Rahmenbedingungen dazu schaffen.

*Dr. Michael Schmitz,
Teamleiter „Staat und Gesellschaft“,
Hauptabteilung Innenpolitik und
Soziale Marktwirtschaft der
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Nicht mehr berücksichtigt werden konnte die Publikation "*Der deutsche Kulturrat in guter Begleitung*" aus Anlass des 20jährigen Bestehens des Deutschen Kulturrats. Wir stellen sie im nächsten Heft ausführlicher vor.

LETZTE MELDUNGEN

Urheberrecht im Bundestag

Anlässlich eines Hearings zum geplanten neuen Urhebervertragsrecht im Bundestag am 15.10.2001 wurden erneut die Fronten sichtbar: Während Vertreter des Journalistenverbandes, von Schriftstellern und Übersetzern den Gesetzentwurf als notwendig ansahen, lehnten ihn die Zeitungs- und Buchverleger als Risiko für den Verlagsstandort Deutschland ab. Uwe Wittstock kommentiert in der WELT: "Die wohlgemeinte Sache hat mehr als einen Haken." Es sei absehbar, dass Däubler-Gmelins neues Urheber-Gesetz einen ungeheuren bürokratischen und juristischen Aufwand nach sich zieht. "Künftig werden nämlich nicht mehr die geschlossenen Verträge gelten. Jeder Urheber soll vielmehr bis in die Pfennig-Beträge hinein ‚permanenten, latenten Korrekturanspruch‘ bei der Bezahlung seines Werkes haben, auch rückwirkend. Schon allein dies wird das Bundesverfassungsgericht überprüfen müssen, sollte das Gesetz – trotz der Einwände auch des Bundesrates – verabschiedet werden ... Ein Poet wird auch mit dem neuen Gesetz mit fast absoluter Sicherheit ein armer Poet bleiben. Es sei denn, die Verlage müssen einen großen bürokratischen Aufwand treiben, dass sie sich Gedichte nicht mehr leisten können. Dann wird der Poet ein unveröffentlichter Poet sein."

Dazu Dr. Norbert Lammert, MdB / Dr. Norbert Röttgen, MdB

...Der Gesetzentwurf der Bundesregierung mit dem Ziel der Sicherung einer angemessenen Vergütung für Autoren und andere Urheber ist sicher gut gemeint, aber in der Umsetzung hoffnungslos misslungen. Er trifft auf den nahezu geschlossenen Widerstand der Verwerter in der gesamten Kulturbranche von Musik-, Buch- und Zeitungsverlegern bis zum öffentlichen und privaten Rundfunk und der Filmwirtschaft.

Die Bundesjustizministerin ignoriert die vielfach vorgetragenen Bedenken und veranlasst ihre parlamentarischen Hilstruppen, das Gesetzgebungsverfahren durchzupeitschen. Einer solchen Absicht werden wir uns widersetzen. Denn Rechtspolitik gegen jede Vernunft und gegen jede praktische Erfahrung ist zum Scheitern verurteilt.

Der Inhalt des Gesetzentwurfes ist ein Angriff auf die kulturelle Vielfalt in Deutschland, da er durch Überregulierung die Überlebenschancen insbesondere der kleinen selbständigen Verlage und Betriebe gefährdet: Er ist mittelstandsfeindlich, weil er vor allem den Unternehmen des Mittelstandes u. a. mit dem rückwirkend bis zu 20 Jahren einklagbaren Anspruch auf ange-

messene Vergütung die notwendige Kalkulationsgrundlage für ihre Geschäftstätigkeit entziehen würde; er ist ein Fremdkörper in unserer Rechtslandschaft, weil er starre tarifliche Regeln an die Stelle von Vertragsfreiheit und marktwirtschaftlichen Prinzipien setzt, vertragliche durch gesetzliche Ansprüche ersetzen will.

Die staatliche Reglementierung eines freien Marktes ist bereits ein Widerspruch in sich. Privatrechtliche Verträge zwischen Urhebern und Verwertern wären nicht mehr das Papier wert, auf dem sie geschrieben sind; das schadet auch den Autoren und anderen Urhebern, deren Situation er eigentlich verbessern soll, weil er zwischen diesen und den Verwertern statt eines Raumes der finanziellen Sicherheit und des Rechtsfriedens ein durch Rechts- und Planungsunsicherheit bedingtes Misstrauen schafft.

Dies würde beispielsweise zum Verzicht auf die Beschäftigung freier Mitarbeiter beziehungsweise zu vermehrten Auftragsvergaben ins Ausland führen; er ist praxisfern, weil er auf die Fiktion einer allgemeinverbindlich festlegbaren „angemessenen Vergütung“ aufbaut, obwohl sich die künstlerische Leistung wie auch der wirtschaftliche Erfolg von vorneherein einer standardisierten Bewertung entzieht; er ist insbesondere in dem Bereich misslungen, in dem unbestreitbarer Handlungsbedarf besteht, weil er ausgerechnet für die Sondersituation der elektronischen Medien keine praktikablen Lösungen bereit hält....

Frankfurter Buchmesse unter dem Eindruck des Terrors

In den Feuilletons wird die Atmosphäre der diesjährigen Frankfurter Buchmesse, die nur von etwa 260.000 Besuchern frequentiert wurde, mit der Situation nach dem 11. September in Verbindung gebracht.

Die FAZ vom 16.10.2001 weist darauf hin: "Eine ganze Reihe von ästhetischen Kategorien ist mit einem Mal schal geworden: spannend, intensiv, interessant, schnell."

Die SZ vom 10.10.2001 übertitelt mit "Die Frankfurter Buchmesse und der Krieg" und betont: "Der Krieg verschärft die Bedingungen der Messe, und er wirft nicht nur Schatten sondern auch Licht. Er ist ein Scheinwerfer, er leuchtet in verborgene Ecken nicht nur Literatur und des Buchmarkts, sondern auch in Winkel der öffentlichen Präsenz von Kultur, die ohne ihn vielleicht noch lange im Dunkel gelegen hätten."

Die SZ ebenfalls vom 10.10.2001 hält "Späßliteratur für unerwünscht" und bedauert: "...wer interessiert sich im Augenblick für Griechenland?"

Nicht überzeugend

Nach einem Bericht der FR vom 13.10.2001 verzeichnet auch der Buchhandel im Internet erhebliche Zuwächse, zumal nach einer Erhebung des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels von von dem von ihm vertretenen 7.000 hiesigen Verlagen und Buchhandlungen mehr als 2.000 im Netz anzutreffen seien.

Im vergangenen Jahr entfielen 378 Millionen DM auf den on-

line-Buchhandel (Steigerung: 129 %), das macht allerdings nur 2,3 % vom Gesamtumsatz hiesiger Buchhändler aus. Bisher habe allerdings noch kein Buchhändler im Internet Geld verdient. Das gilt auch für *Amazon.com*.

Hinweis der Redaktion

Da wir im Rahmen unserer Presseschau möglichst viele Zeitschriften, Presseerklärungen, Resolutionen etc. auswerten und aufnehmen wollen, bitten wir auch in dieser Nummer um entsprechende Zusendung.

Damit verbinden wir unseren herzlichen Dank für die gute Resonanz auf diese Bitte in der vorangegangenen Ausgabe.

Zugleich möchten wir betonen, daß Meldungen in der Presse nicht überprüft werden können und Berichte und Diskussionsbeiträge nicht mit der Redaktion oder der Stiftung zu identifizieren sind. Vielmehr ist es unser Ziel, die öffentliche Debatte und ihre Themen möglichst umfassend, freilich auch pointiert zu dokumentieren.